

„Über freier Erde leuchtet wieder die Sonne der Freiheit“

Die SPÖ-Landesorganisation
Vorarlberg nach 1945

Werner Bundschuh

„Über freier Erde leuchtet wieder die Sonne der Freiheit“

**Die SPÖ-Landesorganisation
Vorarlberg nach 1945**

Werner Bundschuh


Zum Autor:

Dr. Mag. Werner Bundschuh MAS (Jg. 1951) unterrichtet seit 1975 am BG Dornbirn die Fächer Deutsch und Geschichte, seit 1983 ist er Lehrbeauftragter am Eurostudienzentrum in Bregenz.

Zahlreiche Publikationen zur Regionalgeschichte, u.a. auch zur Geschichte der Sozialdemokratie in Vorarlberg (zuletzt 2004 „Der rote Punkt im schwarzen Meer. Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Dornbirn.“)

Obmann der Johann-August-Malin-Gesellschaft.

Impressum:

Dr. Karl Renner Institut Vorarlberg  **Renner** Institut
Vorarlberg

Bregenz 2005

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Color Druck, Götzis

Inhalt

Dr. Elke Sader, Landesparteivorsitzende	5
Herbert Pfanner, Landesgeschäftsführer	7
Hubert Lötsch, Landesstellenleiter	9
„Über freier Erde leuchtet wieder die Sonne der Freiheit“ – Die SPÖ-Landesorganisation nach 1945 (Werner Bundschuh)	11
Der erste sozialistische Bürgermeister in Vorarlberg	14
Das zweite Standbein der Sozialdemokratie: Gewerkschaft und Arbeiterkammer	14
Die „Nebenorganisationen“	22
„Entnazifizierung“: Keine Stunde Null.....	23
Personelle Turbulenzen – Ein Pfarrer als Landespartei sekretär	29
Manchmal doch noch kampfeswillig: Streiks für Lohnerhöhungen	30
Nichts beschönigt: Parteiinterne Analyse aus dem Jahre 1954.....	32
Die „Innerösterreicher(innen)“ kommen.....	34
„Freundschaft“ ist international.....	35
Für den Ausbau der „direkten Demokratie“	36
Fußsach – ein politisches Waterloo	38
Im Schatten und dennoch unverzichtbar: Frauenarbeit in der Partei ...	44
Die ‚goldenen‘ Kreisky – Jahre.....	46
„Unser Weg – unser Ziel – Vorarlberg“: Programmentwurf für eine ‚soziale Demokratie‘	51
1974 : Austritt aus der Landesregierung	59

Kommunalpolitische Erfolge.....	62
Contra „Pro Vorarlberg”	67
Zwischen Ablehnung und Solidarität: „Fremd- und Gastarbeiter”	69
Verspätetes Umweltbewusstsein: Geburtsstunde der ‚Grünen’	73
Die Landesorganisation in Seenot.....	77
EU-Parlamentarier aus Vorarlberg	78
Es regiert das Prinzip Hoffnung	79
Heute: Mit Elke Sader eine Frau an der Spitze	84
Literaturverzeichnis	88
Portraits der Landesparteivorsitzenden (Gerwald Rainer)	95
Jakob Bertsch: Mann der ersten Stunde	95
Josef Schoder: Ehrenzeichen mit Nuntius und Kardinal	97
Franz Katzengruber: Er musste Fußach ausbaden	99
Roman Heinz: Der Mann der Wendezeit der Politik	101
Fritz Mayer: Der große Macher und der Reformier	103
Arnulf Häfele: Der Boxer mit den roten Handschuhen	105
Karl Falschlunger: Parteichef während schwerem Seegang	107
Elmar Mayer: Ein Versuch bei „blauem Gegenwind“	109
Manfred Lackner: Ein Obmann des Übergangs	111
Elke Sader: Parteichefin, die wieder siegen kann	113
Anhang	115



Dr. Elke Sader

Die Sozialdemokratie ist eine gestaltende Kraft mit Visionen für eine gute Zukunft für alle. Nur wer zu seiner Vergangenheit steht, kann auch glaubwürdig diesen Anspruch vertreten. Das Bekenntnis "Jawohl, auch wir haben nicht alles richtig gemacht" steht nicht für sich alleine, es geht darum, Kraft daraus zu schöpfen, um die Aufgaben, die auf uns zukommen, noch besser anpacken zu können.

Jubiläen zu feiern, ist nicht nur einer Regierung zu überlassen. Auch die SPÖ Vorarlberg feiert das Ende der Nazi-Diktatur, die Gründung der zweiten Republik und die Wiedergeburt der SPÖ nach ihrem Verbot im Nationalsozialismus.

Bereits in den ersten Monaten des Jahres 1945 formierten sich SozialdemokratInnen als Männer und Frauen der ersten Stunde, um mit viel Engagement und Mut die sozialdemokratische Bewegung wiederaufzubauen und an vorderster Front die junge Demokratie entscheidend mitzugestalten.

Die Geschichte der SPÖ Vorarlberg nach 1945 ist keine durchgängige Erfolgsgeschichte: es gab Erfolge, es gab auch Niederlagen, es gab Zwist und wieder Frieden, es gab gute und weniger gute Entscheidungen. Aber: immer wieder machte sich die Sozialdemokratie im Lande auf den Weg, gegen die schwarze Übermacht anzutreten. "Der rote Fleck" im schwarzen Meer war und ist ein wichtiger Garant für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Für die Werte der Sozialdemokratie, die heute wichtiger denn je sind, sind immer wieder tausende Frauen und Männer geradegestanden.

Dieses Buch wurde nicht geschrieben, um der Sozialdemokratie im Land einen Glorienschein umzuhängen, historische Heuchlereien seien Anderen vorbehalten. Dieses Buch stellt eine Aufarbeitung der Parteilgeschichte nach 1945 dar, die auf Fakten und Tatsachen beruht. So sind gute Zeiten ebenso beschrieben wie weniger gute, nur die Wahrheit bildet eben ein gutes Fundament für eine Zukunft, die wir SozialdemokratInnen uns wünschen.

Ich danke dem Autor Dr. Werner Bundschuh für seine Arbeit, dem Verfasser der Portraits der Landesparteivorsitzenden, Gerwald Rainer und dem Dr. Karl Renner Institut für die Herausgabe dieser Publikation.

Dr. Elke Sader
Landesparteivorsitzende



Herbert Pfanner

60 Jahre Frieden, ein für die Menschheit kurzer Augenblick. Als einer der bis auf ein Jahr gerade so alt ist, kann, glaube ich, kaum ermessen, was diese doch so lange Periode bedeutet. Es ist daher höchst an der Zeit, diese Jahre, auch aus sozialdemokratischer Sicht, aufzuarbeiten. Friede ist unteilbar mit Demokratie und Arbeit verbunden. Es liegt an uns die Vergangenheit zu durchleuchten und daraus die richtige Konsequenz zu ziehen.

Darauf zu achten, dass Demokratie nicht nur ein Schlagwort ist, sondern auch in den eigenen Reihen gelebt wird. Dieses Buch zeigt uns, dass die GründerInnen alles unternommen haben um Frieden, Arbeit und Pluralismus nach dieser dunklen Zeit wieder der Normalität zuzuführen.

Ich danke dem Autor Dr. Werner Bundschuh für diese Aufarbeitung. Nur wenn wir die Wurzeln kennen, können wir die Zukunft gestalten.

Herbert Pfanner
Landesgeschäftsführer



Hubert Lötsch

„Geschichte ist dazu da, um aus ihr für die Zukunft zu lernen“, sagte einmal der deutsche Schriftsteller Peter Härtling. Dazu braucht es eine ordentliche Portion Engagement, den Willen zur Veränderung und eine ehrliche Sichtweise.

Diesen drei Maximen folgt dieses Buch und wird damit auch allen kritischen Geistern unserer Bewegung gerecht. Nicht die Lobeshymnen auf die politischen Erfolge der Sozialdemokratie, sondern eine historische Aufarbeitung innerparteilicher Geschehnisse und die Beleuchtung wesentlicher gesellschaftlicher Entwicklungen bilden die Fundamente dieses Buches.

Wie keine andere Partei hat die Sozialdemokratie das Land geprägt und Ziele verfolgt, die allen Menschen Fortschritt und Wohlstand gebracht haben.

Wie keine andere Partei vermag die SPÖ Vorarlberg mit der Aufrichtigkeit, der sie ihrer Geschichte entgegentritt, auch die Zukunft zu gestalten.

Das Dr. Karl Renner Institut freut sich als Herausgeber dieses Buches, die Geschichte der SPÖ Vorarlberg nach 1945 zu präsentieren.

Hubert Lötsch
Landesstellenleiter

„Über freier Erde leuchtet wieder die Sonne der Freiheit“ –

Die SPÖ-Landesorganisation nach 1945

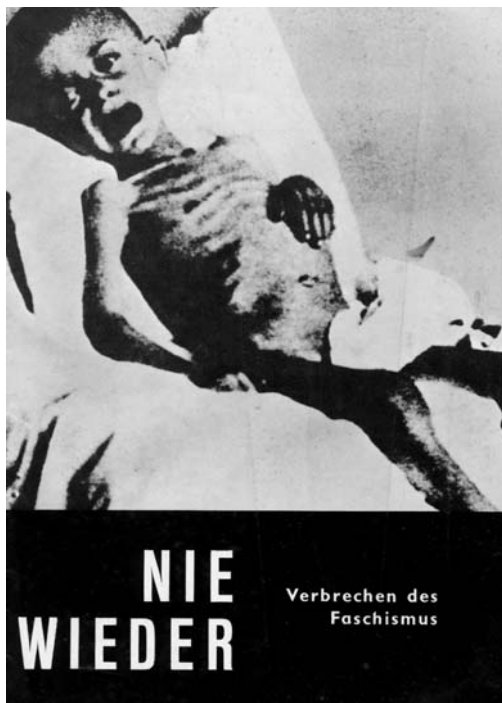
Während verblendete Nationalsozialisten immer noch glaubten, mit der Operation „Seifenblase“ die „Festung Vorarlberg“ militärisch verteidigen zu können, amtierte in Wien bereits eine provisorische österreichische Regierung unter Dr. Karl Renner. Am 27. April 1945 erließen die neu gegründeten Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ im Namen des österreichischen Volkes die Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs, in der es hieß, dass der „Anschluss“ des Jahres 1938 „durch militärische Bedrohung von außen und den hochverräterischen Terror einer nazifaschistischen Minderheit eingeleitet, einer wehrlosen Staatsleitung abgelistet und abgepresst, endlich durch militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden ist“. In diesem Dokument liegt die Wurzel jener „Opferthese“, der so viele Österreicher und Österreicherinnen in der 2. Republik anhängen, ohne sie auf die historische Richtigkeit zu überprüfen.

Erst zwei Tage nach dieser Erklärung erreichte die I. Französische Armee Vorarlberger Boden. Das Schild „Hier ist Österreich, Freundesland“ (Übersetzung) erwies sich zunächst als trügerisch: Fanatiker wollten Bregenz verteidigen, Beschuss und Zerstörungen folgten. Mutige Männer wie etwa Anton Renz, der am 1. Mai 1945 die Sprengung der Lauteracher Brücke verhindern wollte, wurden noch in letzter Sekunde Opfer der SS.

Doch nach sechs zermürbenden Kriegsjahren ließen sich auch die Menschen in Vorarlberg selbst durch Terror nicht mehr für das mörderische NS-Regime mobilisieren – ein großer Teil unterstützte die sich allerorten bildenden Widerstandsgruppen. Zwischen dem 29. April und dem 6. Mai 1945 wurde durch den Einmarsch französischer Truppen auch in Vorarlberg der nationalsozialistische Machtapparat beseitigt.¹

Österreich wurde nach der Befreiung von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Zonen blieben zunächst strikt getrennt. Erst am 20. Oktober 1945 erlangte die provisorische Staatsregierung, die von den westlichen Bundesländern mit Argwohn betrachtet wurde, die Anerkennung des Alliierten Kontrollrates.

Wie immer man diese Umbruchstage analysieren mag, es bleiben Ambivalenzen: Es waren sowohl Tage der Befreiung als auch der



Ein offizielles Ziel einte nach 1945 die SPÖ: Nie wieder sollte weder eine austrofaschistische noch eine nationalsozialistische Diktatur die Arbeiterbewegung zerschlagen. Der Glaube, dass sich die Arbeiterschaft nach den schrecklichen historischen Erfahrungen zwischen 1933 und 1945 in Vorarlberg in hohem Maße den sozialistischen Idealen zuwenden würde, musste jedoch bereits bei den Wahlen im November 1945 den Realitäten angepasst werden.

„Besatzung“. Aber die eigentliche Besetzung des Landes war 1938 erfolgt, wenn der „Anschluss“ auch von vielen mental nicht als Okkupation empfunden worden war. Zweifellos galt die für Vorarlberg und Tirol zuständige französische Militärregierung vielen weniger als Befreiungsmacht vom Nationalsozialismus denn als Organ einer fremden Besatzungsarmee.²

Am 24. Mai 1945 wurde ein provisorischer „Vorarlberger Landesausschuss“ bestellt, dem mit Jakob Bertsch, Emil Nesler und Hans Mayer drei Sozialdemokraten angehörten. An der Spitze dieses von den fran-

zösischen Militärbehörden abhängigen Landesausschusses stand Ulrich Ilg, der unter Dollfuß Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft gewesen war.

Noch bestand ein von den Alliierten erlassenes Parteienverbot. Dennoch war in Wirklichkeit bei der personellen Zusammensetzung der verschiedenen Gremien klar nach Parteigesichtspunkten verfahren worden. Die "ÖVP" stellte mit fünf Vertretern die Mehrheit im Landesausschuss und besetzte die Schlüsselressorts. Dem sozialistischen Lager waren drei Mitglieder zuzurechnen, die Kommunisten gingen leer aus.

Auf Landesebene und in den Bezirks- und Ortsausschüssen arbeiteten Vertreter der demokratischen Parteien zunächst mit der "Österreichischen Demokratischen Widerstandsbewegung" eng zusammen. Diese Organisation war eine Nachkriegsgründung und darf mit der Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime nicht verwechselt werden, wenngleich selbstverständlich ehemalige organisierte oder unorganisierte Widerstandskämpfer in dieser neuen Bewegung tätig geworden sind. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, politische Gutachten über die nationalsozialistische Vergangenheit von Einzelpersonen zu erstellen.

Sozialistische, christliche und kommunistische Politiker und Gewerkschafter hatten – zum Teil in Gefängnissen und Konzentrationslagern – erfahren müssen, welche verheerende Konsequenzen eine gespaltene und schwache Arbeiterbewegung haben kann. In den ersten Monaten nach Kriegsende stand deshalb gemeinsames Handeln im Vordergrund.³ Nach der Zulassung von ÖVP, SPÖ und KPÖ als demokratische Parteien durch die französische Militärregierung im September traten die unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen jedoch wieder deutlicher hervor, besonders im Wahlkampf für die ersten Nationalrats- und Landtagswahlen in der Zweiten Republik im November 1945.⁴ Erst eine Woche vor der Wahl konnten die Zeitungen der drei demokratischen Parteien wieder erscheinen. Am 15. November 1945 kam die Nr. 1 des "Vorarlberger Volkswillens", die sozialistische Zeitung, heraus. In ihrer Wahlpropaganda richtete sich die SPÖ mit dem Motto „Nie wieder Krieg!“ in erster Linie an die junge Generation und an die Frauen, die die

Mehrheit des Wahlvolkes stellten. Von den 77.824 Wahlberechtigten waren nicht weniger als 67,3% Frauen. Das Ergebnis am 25. November 1945 war jedoch eindeutig: Die traditionellen politischen Lager erwiesen sich als äußerst stabil, zwei Diktaturen hatten das Wählerverhalten nicht grundlegend verändert. 70,2% der gültigen Stimmen entfielen auf die ÖVP (48.916), 27,4% auf die SPÖ (19.016) und 2,4% auf die KPÖ (1709). Damit stellte die ÖVP 19 Abgeordnete im Landtag, die SPÖ sieben, die KPÖ erhielt kein Mandat. Wegen des NS-Verbotsgesetzes blieben 15.156 Personen (16,4%) vom Urnengang ausgeschlossen. Dem ersten Landtag der Zweiten Republik gehörten folgende SPÖ-Vertreter an: Bertsch Jakob (Landesrat und Landtagsvizepräsident; Landesparteiobmann), Draxler Hans (Landesrat), Greussing Josef, Würbel Karl, Grabher Gebhard, Ciresa Hans, Katzensgruber Franz und Nagele Michael.

Der erste sozialistische Bürgermeister in Vorarlberg

Besonders in Hard konnten die Sozialisten nach 1945 an die früheren Erfolge der SDAP anschließen.⁵

Für die Vorarlberger Arbeiterbewegung ist der 15. April 1947 ein historisches Datum. An diesem Tag wurde zum ersten Mal in Vorarlberg ein Sozialist, nämlich Adolf Kölbl, von der Mehrheit einer Gemeindevertretung zum Bürgermeister bestellt.

Nach der Wahl Kölbls lehnte es die ÖVP ab, den ihr angebotenen Vizebürgermeistersessel zu besetzen. Deshalb wurde der Betriebsobmann der Kammgarnspinnerei Josef Blenk Vizebürgermeister. Er folgte Adolf Kölbl im Jahre 1950 nach.

Das zweite Standbein der Sozialdemokratie: Gewerkschaft und Arbeiterkammer

Nach der Anerkennung der Parteien durch den Alliierten Rat im September 1945 konnten sich auch die Gewerkschaften neu formieren. Im überparteilichen "Österreichischen Gewerkschaftsbund" (ÖGB) soll-

ten künftig Sozialisten, Christlichsoziale und Kommunisten zusammenarbeiten. Der Grundgedanke war, die Gewerkschaften aus der Bindung an politische Parteien zu lösen, um als Interessensvertretung aller arbeitenden Menschen – ohne auf das politische Couleur zu achten – wirken zu können. Erster Vorsitzender des ÖGB wurde der Sozialist Johann Böhm.

Ende September 1945 traten in Bregenz die bereits existierenden Bezirksausschüsse zusammen und bildeten eine provisorische Landesexekutive, bestehend aus je vier Vertretern der drei politischen Parteien. An der Spitze der neuen Einheitsgewerkschaft stand der Bau- und Holzarbeitergewerkschafter Hans Ciresa. Er zählte – wie der Sekretär Anton Linder, der aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt war – zur sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft innerhalb des ÖGB⁶. Es gab drei Vorsitzende, jede Partei stellte einen.

Mit der Wiedererrichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte – ermöglicht durch das Arbeiterkammergesetz vom 20. Juli 1945 – erhielt die Arbeitnehmervertretung ein zweites Standbein.⁷ Während Gewerkschaften auf freiwilliger Basis organisiert sind, wurden die Kammern als gesetzliche Interessensvertretungen mit Zwangsmitgliedschaft ins Leben gerufen. Selbstverständlich gibt es gewisse Doppelgleisigkeiten, Überschneidungen und Berührungspunkte. Ohne die Existenz der Gewerkschaften und ihre Verankerung in den Parteien wären jedoch die Kammern wenig durchschlagskräftig. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass eine starke Personalunion zwischen den Gewerkschaftern und den Kammerfunktionären besteht.

Während bei der Gründungsversammlung der Arbeiterkammer lohnpolitische und arbeitsrechtliche Forderungen, zum Beispiel die nach einer grundsätzlichen Angleichung der Stellung von Arbeitern und Angestellten im Sozialrecht, erhoben wurden, stellten die Gewerkschafter bei der ersten Landeskonferenz gesellschaftspolitische Überlegungen in den Mittelpunkt.

Die erste Landeskonferenz des ÖGB fand am 8. Dezember 1945 in Feldkirch statt. Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der die wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen enthalten waren:

„Ausgehend von der so teuer erkaufte Erfahrung, wonach eine dauernde Verankerung der Demokratie nur dann erfolgen kann, wenn neben der Überwindung des nazistischen Geistes die Grundlagen zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit geschaffen werden, halten die Versammelten die Erfüllung folgender Voraussetzungen für dringend nötig:

1. Gewährung des vollen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten an dem Wiederaufbau der Wirtschaft.
2. Ausschaltung aller jener Kräfte und Personen aus der Wirtschaft und Verwaltung, die als exponierte Faschisten, direkt oder auch nur indirekt als Geldgeber an dem Unglück Österreichs schuldig wurden.
3. Reinigung der Betriebe, Ämter und Dienststellen von stark belasteten nazistischen Elementen unter Mitwirkung der Betriebsräte und Vertrauensmänner.
4. Kommissarische Leitung privater Industrie- und Wirtschaftsbetriebe, aus denen Naziunternehmer entfernt werden, im Einvernehmen mit den im Betriebe Beschäftigten.
5. Unverzögliche, planmäßige Wiedereingangssetzung der Industrie und Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.
6. Sofortige Wiederinkraftsetzung aller sozialen Gesetze nach dem Stand vom 1. Jänner 1933 und ehestens Novellierung dieser Gesetze im Sinne einer anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit.
7. Rückkehr zur kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ersetzung der Tarifordnungen durch Kollektivverträge zur Wahrung einer anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit.
8. Erziehung der Jugend und allgemeine Umschulung zur Qualitätsarbeit⁸.

In dieser ersten Nachkriegsphase galt es für die Gewerkschafter, die Errungenschaften des früheren österreichischen Sozialrechts wiederherzustellen.

Was während der Weltwirtschaftskrise anfangs der dreißiger Jahre begonnen hatte – die Demontage der sozialen Einrichtungen – setzte

das autoritäre “Ständestaat”-Regime unter Dollfuß und Schuschnigg fort. Der demokratische Inhalt der Arbeitsverfassung, das Betriebsrätegesetz und das Arbeiterkammergesetz sowie das Koalitionsrecht wurden beseitigt. Doch der entscheidende Abbau erfolgte während der NS-Zeit. Durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wurde im Arbeitsvertragsrecht anstelle des Kollektivvertragswesens ein autoritäres staatliches Zwangssystem eingeführt, das Sozialversicherungswesen zu einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik und Rüstungsfinanzierung degradiert. Der größte Teil der österreichischen Bestimmungen wurde abgeschafft, und reichsdeutsche Rechtsnormen wurden eingeführt. In der Sozialpolitik galt es, wieder an die große Tradition der Ersten Republik anzuknüpfen. In der Provisorischen Regierung übernahm der Vorsitzende des ÖGB, Johann Böhm, das Staatssekretariat für soziale Verwaltung. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, das nationalsozialistische Recht zu überwinden.

Der Aufbau des ÖGB ging keineswegs reibungslos vor sich. Trotz intensiver Werbung waren Ende des Jahres 1945 von den rund 22.000 unselbständig Beschäftigten in Vorarlberg nur 3.872 gewerkschaftlich organisiert, davon 1.765 in der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitergewerkschaft. Diese Teilorganisation war also mit Abstand am stärksten und umfasste zu diesem Zeitpunkt 45,6 Prozent aller Vorarlberger ÖGB-Mitglieder. Sie hatte ihren Sitz in der Textilmetropole des Landes, in Dornbirn. Die Mitgliederzahlen stiegen im folgenden Jahr jedoch rasch an: Am 31. Dezember 1946 zählte der ÖGB in Vorarlberg bereits 19.279 Mitglieder und erreichte damit einen Organisationsgrad von circa 50 Prozent.

Im Bericht der Landesleitung der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter, der größten Teilorganisation, an den ersten Gewerkschaftstag in Wien (abgehalten vom 16. bis 18. April 1948) werden die organisatorischen Schwierigkeiten beim Neuaufbau ausführlich geschildert:

„Am schwierigsten gestaltet sich die Werbearbeit in den kleinen Betrieben, in denen bisher noch keine Organisation bestanden hat, und unter diesen wieder ganz besonders in solchen, wo ... infolge der niedrigen Beschäftigtenzahl keine Vertrauensleute zu

wählen sind. ... Die Landesleitung befasste sich in ihrer ersten Sitzung am 8. März 1947 mit der Frage einer intensiven Durchführung des organisatorischen Aufbaues. Sie forderte die Ortsgruppen und Betriebsstellen auf Grund des in dieser Sitzung gefassten Beschlusses auf, mindestens alle zwei Monate eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute einzuberufen, um wenigstens die Funktionäre über die wichtigsten Vorkommnisse auf dem laufenden zu halten, wenn schon eine Mitgliederversammlung nicht möglich sei. Diesen Beschluss hat bis heute außer Lustenau keine einzige Gruppe durchgeführt”⁹.

Verkehrsschwierigkeiten, Schwierigkeiten bei der Lokalbeschaffung, Mangel an Heizmaterial und dergleichen mehr, behinderten in diesen „Wiederaufbaujahren“ die Partei- und Gewerkschaftsarbeit. So war es zum Teil unmöglich, Landeskongresse abzuhalten.

Angelpunkt der Gewerkschaftsarbeit waren damals die Lohn- und Preisstoppabkommen.

Nach der Befreiung Vorarlbergs wurde auch in der französischen Zone der Lohn- und Preisstopp, ein Grundpfeiler der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, aufrechterhalten. Doch mit diesem wirtschaftspolitischen Instrumentarium gelang es in der neuen Republik nicht, die Preise stabil zu halten. Es war unmöglich, Löhne festzusetzen, die der tatsächlichen Kaufkraft des Geldes Rechnung trugen. Die Schere zwischen den Löhnen und Preisen klaffte immer mehr auseinander. Mit “Überbrückungshilfen”, Lohnhärteausgleichen, Prämien etc. sollte dieser Entwicklung Einhalt geboten werden. Durch die in Vorarlberg im Schnitt höheren Lebenshaltungskosten wurde die Situation dramatisch verschärft. Teile der Arbeiterschaft waren mit der Lohnpolitik sehr unzufrieden und nahmen den Kampf um höhere Löhne auf. Zunächst waren es in Vorarlberg die Bauarbeiter, die ihre Ansprüche anmeldeten, die Textilarbeiter folgten. Sie forderten:

1. Sofortige Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung
2. Lenkung der Produktion durch Zuweisung von Rohstoffen
3. Straffeste Bewirtschaftung der notwendigen Bedarfsgüter

4. Kampf den überhöhten Preisen und strengste Kontrollen
5. Exemplarische Bestrafung der Preiswucherer und Schleichhändler.

Die Gewerkschaftspolitik nach 1945 zielte auf eine verstärkte Wirtschafts- und Betriebsdemokratie ab. Angesichts der Not der Nachkriegszeit wurde die Forderung nach einer Planung der Produktion und der Verteilung der Güter durch staatliche Intervention erhoben. Die diesbezüglichen antikapitalistischen Ansätze spiegeln sich im Forderungsprogramm des ÖGB vom 25. November 1945 wider. Die folgenden acht Punkte wurden mit wechselnder Intensität in der nachfolgenden Zeit immer wieder erhoben:

- Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und eine Bodenreform
- Einfluss des ÖGB in einem für alle Bereiche zuständigen Wirtschaftsministerium
- Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung
- Selbstverwaltung in der Sozialverwaltung und in den Arbeitsämtern
- eine moderne Landarbeiterordnung
- Wiedereingliederung der Kriegsgeschädigten in die Produktion
- Entschädigung der nationalsozialistischen Opfer
- Verbesserung der Ernährungslage und Wohnungsnot durch die Bundesregierung

Nur Teile dieses Forderungskataloges wurden verwirklicht. Die Forderung nach einer Bodenreform und einem gewerkschaftlich dominierten Wirtschaftsministerium wurden bald fallengelassen. Die enge Verzahnung von Gewerkschaft und der SPÖ als Regierungspartei nötigte zu Kompromissen, der „österreichische Weg“, der zur Sozialpartnerschaft führte, bedingte eine Rücksichtnahme auf die ÖVP als Unternehmensvertretungspartei. Diese Rahmenbedingungen sind zu bedenken, wenn die Gewerkschaftspolitik der Einzelgewerkschaften untersucht wird. Die Konflikte innerhalb der Arbeitnehmerorganisationen könnten anhand der Entstehung der Verstaatlichungsgesetze, dem Betriebsrätegesetz und dem Kollektivvertragsgesetz im Detail nachgezeichnet werden.

Die Betriebsrätewahlen von 1948 zeigten, dass die Position der sozialistischen Gewerkschafter in Vorarlberg im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr schwach war. Stimmenmäßig lag zwar die SPÖ-Fraktion klar voran (40,6%), mandatsmäßig schlugen sich die 5.338 Stimmen allerdings nur mit 315 Betriebsräten (= 28,6%) nieder, da die Parteilosen besonders stark waren. In den folgenden Jahren änderte sich die Situation insofern, als die Parteibindung sich verstärkte.

Stark waren die Sozialisten bei den Eisenbahnern, sehr rührig waren die Bau- und Holzarbeiter, doch in der Leitindustrie, in der Textilindustrie war der Rekrutierungsgrad sehr gering. Auch in der boomenden Metallindustrie kamen die sozialistischen Gewerkschafter nicht so recht vom Fleck.

Spätestens 1946 wurde den Vorarlberger Sozialisten klar, dass sich die Hoffnungen auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nicht erfüllten. Auch der Glaube, dass sich die Arbeiterschaft nach den schrecklichen Erfahrungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in hohem Maße den sozialistischen Idealen zuwenden würde, musste korrigiert und den Realitäten angepasst werden. Elf Jahre lang – auch die Zeit des Austrofaschismus zählt dazu – fehlte die Möglichkeit, sich frei zu organisieren. Das machte sich in der Entpolitisierung weiter Teile der Arbeiterschaft bemerkbar. Das Anknüpfen an die Traditionen der selbstbewussten Arbeiterschaft der Ersten Republik war mühsam und konnte aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen nur teilweise gelingen.

In ihrer Mitgliederentwicklung machte die Vorarlberger SPÖ einen raschen Sprung und übertraf bald den Höchstwert der SDAP in der Ersten Republik: 2.216 Mitglieder hatte die SDAP 1932 noch aufzuweisen gehabt; Ende 1945 zählte die SPÖ 2.415 Mitglieder, Ende 1946 bereits 4.010. Besonders erfreulich für die SPÖ war die Situation in Hard: Bei den November-Wahlen 1945 erreichte die dortige SP-Ortsgruppe am meisten Stimmen und erhielt deshalb mit Adolf Kölbl 1947 den ersten sozialistischen Bürgermeister in Vorarlberg.

In den ersten Monaten nach Kriegsende herrschte auch in der Dornbirner Gemeindepolitik eine Art „Burgfrieden“. Nur ganz selten traten zunächst ideologische Konflikte zu Tage. SP-Stadtparteiobmann und Vizebürgermeister Franz Katzengruber – der nachmalige Landesparteivorsitzende – schlug im Frühjahr 1946 vor, die Viehmarktstraße in “Kolomann Wallisch-Straße” umzubenennen. Er begründete sein Ansuchen damit, dass der zum Tode verurteilte Februarkämpfer von 1934 für den Sozialismus eingetreten sei. Die ÖVP lehnte dieses Ansinnen ab.¹⁰

Für die SPÖ und KPÖ waren die jährlichen Umzüge und Demonstrationen zum 1.Mai besonders wichtig. Anders als in der Ersten Republik kam es jedoch zu keinem gemeinsamen Auftreten mehr.

Die Parteiaufschwungsphase der SPÖ in der Nachkriegszeit dokumentierte sich bei den 1. Mai-Feiern 1946. Beim Maiaufmarsch der SPÖ 1946 wurden in Dornbirn rund fünfhundert Teilnehmerinnen gezählt, 1947 doppelt so viele. Doch dann nahm die Teilnahme rapid ab.

Die Begehung dieses Arbeiterfesttages zeigte auch die grundsätzliche Schwierigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung Vorarlbergs nach 1945: Einerseits hielt sie an Traditionellem fest, andererseits suchte sie Anpassung an den “Zeitgeist”.

Der 1. Mai-Umzug 1947 in Bregenz – ein “leuchtendes Symbol der Schaffenden unseres Landes” – war noch ein Großereignis:

“Viele Hunderte zogen durch die Straßen. Musikkapellen aus Hard, Lauterach und Bregenz ließen ihre Weisen erklingen. Der überaus stattliche Festzug, der den letztjährigen weit übertraf, bot ein buntes Bild unter Spruchbändern und roten Fahnen ... Als nach der Rede die Internationale erklang, war es wie ein Schwur, weiter zu kämpfen für Freiheit und Völkerversöhnung.”

Doch diese Begeisterung klang rasch ab. Die Berichte in den nächsten Jahren sind wesentlich weniger euphorisch: “Teilgenommen einige Parteigenossen, ARBÖ, Sozialistische Jugend; insgesamt 28 Teilnehmer. Hoffe, dass nächstes Jahr mehr teilnehmen werden.” So der Berichtstatter aus Hard im Jahre 1955.

Die SPÖ war nach 1945 jedoch im Land ein politischer Faktor geworden. Während in der Ersten Republik die Konservativen den Sozialisten das Heimatrecht abgesprochen hatten, setzte sich jetzt die SPÖ in verschiedenen Bastionen des Landes fest: Die Partei hatte ihre Vertreter nicht mehr nur im Arbeitsamt oder in der Arbeiterkammer, sondern auch in der Landeshypothekenbank, in der Landesfeuersversicherung, im Verwaltungsrat der VKW und in den Illwerken. Doch die „Roten“ blieben eine Minderheit in einem „schwarzen Land“. Ihr Gestaltungswille war durch die Mehrheitsverhältnisse stark eingeschränkt, denn letztlich entschied die ÖVP, was zu geschehen hatte – bis heute.

Die „Nebenorganisationen“

Wenn sich auch heute Organisationen wie der ARBÖ oder die Naturfreunde weitgehend von der Partei abgenabelt haben, die Geschichte der SPÖ ist ohne sie nicht denkbar.

Männer wie Hans Mayer bei den Kinderfreunden, Ludwig Pruner bei den Arbeiterturnern, Hans Gattermayer bei den Arbeiterradfahrern oder Engelbert Jarnek bei den Naturfreunden suchten nach 1945 mühsam die zerschlagenen Organisationen wieder aufzubauen.

Besonders erfolgreich war dieser Wiederaufbau im Bereich des Arbeitersports, der sein Zentrum in Bregenz hatte. Beim ersten Landestag des ASKÖ (Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur) nach Kriegsende konnte Obmann Ludwig Pruner am 9. Mai 1953 bereits eine stolze Bilanz präsentieren. Die Organisation umfasste damals:

8 Arbeiter-Turn- und Sportvereine mit 723 Mitgliedern

16 Arbeiterradfahrvereine mit 1400 Mitgliedern

9 Vereine der Naturfreunde mit 1030 Mitgliedern

6 Sportgruppen der SJ mit 400 Mitgliedern.¹¹

Nicht alle Versuche, die traditionelle Verwebung von Partei, Gewerkschaft und Nebenorganisationen wie in der Ersten Republik zu gestalten, waren gleich erfolgreich. 1950 fanden sich in Feldkirch einige Genossen, die den Arbeiterradiobund neu beleben wollten – allerdings nur mit sehr mäßigem Erfolg. Und auch die Arbeitersänger florierten

nicht so recht. Im Jahresbericht 1951 beklagte sich Obmann Karl Reifenauer: „Der Besuch unserer Veranstaltungen von seiten der Parteimitglieder lässt sehr zu wünschen übrig. Ein weiteres Hemmnis zur Aufwärtsentwicklung unserer Gesangsvereine ist darin zu sehen, dass die Söhne und Töchter unserer Genossen in den bürgerlichen Vereinen tätig sind.“¹²

„Entnazifizierung“: Keine Stunde Null...

Die Sehnsucht nach einem völligen Neubeginn führte zur Einschätzung des Jahres 1945 als “Stunde Null” der österreichischen Geschichte. Dieser Mythos überlagerte die tatsächlichen Voraussetzungen in der Gründungsphase der Zweiten Republik und stellte einen wichtigen Faktor in der Herausbildung eines österreichischen Identitätsgefühls dar. Nach der eigenen Schuld und Verantwortung wurde sehr wenig gefragt. Diese Haltung bestimmte nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft im Großen und Ganzen den Umgang mit den “Ehemaligen”.

Mit dem sogenannten “Verbotsgesetz” und dem “Verfassungsgesetz über Maßnahmen zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse in der Privatwirtschaft” wurde 1945 der erste Versuch unternommen, die österreichische Gesellschaft und Wirtschaft vom Nationalsozialismus zu säubern. Die NSDAP und ihre Organisationen wurden verboten, ihre Mitglieder mussten sich registrieren lassen.

In Vorarlberg betraf diese Registrierungspflicht rund 20.000 Menschen, circa 9 Prozent der Bevölkerung. Die ehemaligen “Illegalen” – Personen, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938 der NSDAP oder einer Unterorganisation angehört hatten – wurden von der Leitung von Betrieben ausgeschlossen, “illegale” Arbeitnehmer entlassen und einzelne verhaftet.

Bei Kriegsende waren der französischen Verwaltung nur die groben Linien der Entnazifizierungspolitik klar: Die personelle Säuberung, die administrative und (straf)rechtliche Dénazification sollte durch eine geistige und kulturelle Entgiftung, die Désintoxication, ergänzt werden.

Die Désannexion beabsichtigte, nicht nur eine rechtliche, sondern mentalitätsmäßige Trennung der Österreicher und Österreicherinnen von den Deutschen herbeizuführen. Das Endziel war, eine an die Wurzel gehende Démocratisation zu erreichen¹³.

Die Trennung in Schuldige und Mitläufer war nach 1945 schwierig, und die persönliche Nähe begünstigte gerade in den kleineren Kommunen die Absolutionserteilung für politisches Fehlverhalten während der NS-Epoche. Auch Landeshauptmann Ulrich Ilg und Eduard Ulmer, der Wirtschaftsreferent der Landesregierung, vertraten gegenüber den "Ehemaligen" eine weiche Haltung, denn sie waren der Meinung, dass besonders die Industriellen – und sie gehörten fast durchwegs zur Kategorie der "Schwerbelasteten" – für den Wiederaufbau benötigt würden.

Die "Entnazifizierung" vollzog sich deshalb nur schleppend. Im Jahre 1946 ging ihre Durchführung auf die österreichische Regierung über, allerdings behielt sich der Alliierte Rat das Recht vor, unter bestimmten Voraussetzungen selbst Personen aus Staat und Wirtschaft zu entfernen. Die Drei-Parteien-Vereinbarung von ÖVP, SPÖ und KPÖ vom 30. März hatte den Übergang vom individuellen zum kollektiven Entnazifizierungsverfahren und die Gruppeneinteilung mit zwingenden "Sühnefolgen" für "Belastete" und "Minderbelastete" gebracht. Dazu wurde begonnen, einfache Mitglieder ganzer NS-Organisationen (z.B. des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps) von der Registrierung auszunehmen.

In der Praxis stellten sich der "Entnazifizierung" kaum überwindbare Hindernisse entgegen. Resignierend heißt es dazu im "Bericht der Landesstelle Vorarlberg des ÖGB" 1946:

"Die mit der Wirtschaftssäuberung verbundenen Arbeiten gleichen einem Bandwurm ohne Ende. Sie zählen zu den schwierigsten und undankbarsten Arbeiten des Landessekretariates und das Ergebnis steht in keinem Einklang zu der hiefür aufgewendeten Zeit und Mühe ... Wohl haben die französischen Besatzungsbehörden gleich nach der Befreiung eine gewisse Anzahl nazistisch Belasteter, darunter auch einige größere Fabrikanten in Haft

gesetzt oder in Anhaltelager gebracht und für deren Betriebe Zwangsverwalter bestellt. Doch zur Hauptsache waren die Lager mit kleinen Nazis gefüllt, während andere viel stärker Belastete sich der Freiheit erfreuen konnten.“

Der Umgang mit den “Ehemaligen” blieb ein Zankapfel zwischen den Parteien. Josef Greussing, der nach dem Verbot der SDAP 1934 den “Revolutionären Sozialisten beigetreten war und nunmehr den “linken Flügel” der SPÖ repräsentierte, instruierte als Bezirksvertrauensmann in Bregenz die Ortsgruppen am 12. Februar 1946 folgendermaßen:

“In die sozialistische Partei können alle Personen aufgenommen werden, die sich zu den Grundsätzen unserer Partei bekennen und ehrlich gewillt sind, zum Wohle der Menschheit die heutigen Gesellschaftsverhältnisse zu ändern. Die jederzeit bereit sind, tatkräftig für die Ideale der Partei zu werben, und nichts unterlassen, was dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nützlich ist. Bei allen Aufnahmen ist die charakterliche Eigenschaft der Leute zu überprüfen. Besonders ob sie sich während der Zeit faschistischer Unterdrückung anständig und nobel andren Menschen gegenüber aufgeführt haben. Dies gilt nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch in ihrem übrigen Lebenswandel. Sind die eben angeführten Voraussetzungen gegeben, können auch ehemalige Mitglieder der NSDAP bis einschließlich Blockleiter aufgenommen werden, sofern es sich nicht um Legionäre und Illegale handelt. Frühere Angehörige der NSDAP sollen jedoch nicht sofort als Vertrauensleute eingesetzt werden.“

Das Prozedere der Aufnahme geschah durch SP-Vertrauensleute mittels Fragebogen. Über den Beitritt entschied der Ausschuss der Lokalorganisation. Mit dem entsprechenden Vermerk NSDAP ja/nein gingen die Fragebogen an die Bezirksorganisation, die sie überprüfte. Wenn keine Bedenken bestanden, stellte die Bezirksorganisation ein Mitgliedsbuch aus.

Am 6. Februar 1947 wurde ein neues NS-Gesetz erlassen, das eine Einteilung in "Belastete" und "Minderbelastete" vorsah. Die SPÖ vertrat offiziell die Linie, "dass man jene, die wirklich schuldig geworden sind und sich Verbrechen schuldig gemacht haben, vor Gericht stellt, allen anderen aber, also allen Minderbelasteten, die Wohltat einer allgemeinen Amnestie zuteil werden lässt."

Doch die Partei war in dieser Frage keineswegs geschlossen. Auch innerhalb der Landesparteileitung ließen sich mehrere Fraktionen ausmachen, die sich zum Teil heftig befehdeten: Unbelastete – „Ehemalige“ – deklarierte Nazi-Gegner – Anhänger von Anton Linder, der 1934 ins Schweizer Exil gegangen war und nun wichtige Partei- und Arbeitnehmerpositionen inne hatte.¹⁴

Diese Bruchlinien innerhalb der Partei hemmten ohne Zweifel die Entwicklungschancen der Gesamtpartei, und kräfteraubende persönliche Auseinandersetzungen waren die Folge dieser inneren Lähmung. Denn die Konflikte wurden mit aller Vehemenz ausgetragen: Gegenseitige Anträge auf Parteiausschlussverfahren zogen sich jahrelang hin. Parteiobmann Jakob Bertsch versuchte die unterschiedlichen Flügel zusammenzuhalten und die Konflikte nicht eskalieren zu lassen. Da sich Greussing permanent weigerte für Linder, dem er dessen Haltung im Jahre 1934 nie verziehen hatte, eine Ehrenerklärung abzugeben, sollte er aus der Partei ausgeschlossen werden. Doch dies hätte zu einer Spaltung der Partei geführt. Das Schiedsgerichtsverfahren gegen Greussing unterblieb, als sich der Bezirk Bregenz geschlossen hinter ihn stellte.

Ob bei der Neugründung der Kinderfreunde oder bei der Nennung des Vorstandes des Arbeitervereines in Dornbirn, auch die Sozialisten waren nicht gefeit vor Zurückweisungen des Vorstandes durch die Behörden wegen „Mitgliedschaft bei einer NS-Organisation“.

Zu jenen, die zumindest formal eine NS-Vergangenheit hatten, zählten auch Spitzenfunktionäre wie Hans Mayer, der Kinderfreundeobmann, Eugen Hermann oder der Landtagsvizepräsident Pius Moosbrugger.¹⁵ Die Gründe, die zu einer Mitgliedschaft bei einer NS-Organisation geführt hatten, waren vielfältig: Es konnte sich um die Übernahme

einer ganzen Berufsgruppe handeln – wie etwa der Eisenbahner – oder um reinen Opportunismus. Diese heikle Frage wurde auch im „roten Lager“ bis in die jüngste Zeit tabuisiert. Entsprechende historische Studien fehlen in der Landesgeschichtsschreibung bis heute. Einen Einblick in die damalige NS-Bewältigungsstrategie gewähren jedoch die Interventionsunterlagen von Bundesrat Franz Mellich (Bezirk Feldkirch).

Der Eisenbahner Mellich hatte gute persönliche Kontakte zu Innenminister Oskar Helmer und zu Bundespräsident Dr. Theodor Körner. Diese Kontakte nützte er, um für „Ehemalige“ auf höchster Ebene zu intervenieren. Dies tat er auch für den ehemaligen SS-Chef Alfons Mäser:¹⁶ Am 25. Juli 1949 schrieb er an den Innenminister:

„Lieber Freund!

Obgenannter hat an Dein Ministerium ein Gesuch wegen Nachlass der Sühnefolgen gerichtet. Die Lokal- und Bezirksorganisation ersucht mich das Gesuch des Mäsers wärmstens zu befürworten. Mäser war vor Eintritt in die NSDAP Mitglied unserer Partei. Als Mitglied der NSDAP hat er sich besonders unseren Leuten gegenüber äusserst taktvoll und hilfsbereit benommen. Mäser hat sich auch nicht bereichert und war wie man im Volksmund sagt, immer ein anständiger Kerl. Ich bitte Dich deshalb das Ansuchen wohlwollend zu behandeln und danke Dir bestens für Deine frdl. Bemühungen. In alter Freundschaft Dein Franz Mellich”

Ein beinahe gleichlautender Brief ging an den Bundesminister für Justiz Dr. Tschadek.¹⁷

Auch in der SPÖ suchten nach 1945 zahlreiche „Ehemalige“ Unterschlupf zu finden, und die Partei stellte zahlreiche „Persilscheine“ aus. Bei der Intervention für den ehemaligen SSler Alfons Mäser handelt es sich jedoch um ein besonders krasses Beispiel.

Die Aufnahmepraxis in die Partei war auch Anlass für heftige Polemiken seitens der KPÖ. Am 6. Februar 1947 zum Beispiel erschien in der kommunistischen “Tageszeitung” ein Artikel, in dem behauptet wurde, dass der “Obmann, der Schriftführer, der Kassier der Sozialis-

tischen Partei Hard ehemalige Parteigenossen” wären. Im “Vorarlberger Volkswille” antwortete Josef Greussing ausführlich auf die Vorwürfe:

“Alle sozialistisch orientierten Menschen bewegt ein Herzenswunsch: den einstmals so unseligen Bruderkampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht wieder aufleben zu lassen. Die proletarischen Parteien aller Länder sahen und sehen eine ihrer größten Aufgaben darin, erzieherisch und bildend unter dem arbeitenden Volk zu wirken. Je mehr die Arbeiterklasse ihrem Ziel, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit Hilfe des demokratischen Mitbestimmungsrechtes näher kommt, desto stärker muß sie erfahren, wie hinderlich mangelhafte Schulbildung für das arbeitende Volk ist.

In Erkenntnis dieser geschichtlichen Aufgabe der proletarischen Parteien wirkt es befremdend, dass das kommunistische Organ Vorarlbergs, die ‘Tageszeitung’, nicht über das Mindestmaß an Bildungsgut verfügt, nicht berufen sein kann, bildend und aufklärend zu wirken. Es ist tief bedauerlich, wenn gerade eine proletarische Zeitung auf die Dummheit und niedrigsten Instinkte der Menschen spekuliert. Aber, weil die ‘Tageszeitung’ dies tut, ist verständlich, dass ihr Artikel altbewährte Genossen der Sozialistischen Partei in Hard vollkommen unbegründet anpöbelt und beflegt ... Über Lüge und eine Anflehlung von anständigen Funktionären der Sozialistischen Partei in Hard täuscht auch keine Phrase von einer ‘gerechten Behandlung der kleinen Nazis’ hinweg.”

Im Folgenden zieht Greussing einen Trennstrich zwischen den demokratischen Sozialisten und den Kommunisten, denen er vorwirft, im Landessekretariat illegale Nazis zu beherbergen.

Greussings Entgegnung weist einen Schönheitsfehler auf: In der Sache hatte das kommunistische Blatt – wie die heutige historische Forschungslage zeigt – durchaus nicht grundlos “angeflegt”.

Nach der Wiederzulassung des „dritten Lagers“ zu den Wahlen ging es für die SPÖ in Vorarlberg darum, zweitstärkste Kraft im Lande zu bleiben.¹⁸ Bei den Landtagswahlen 1949 fielen die Sozialisten auf den dritten Platz zurück (sie erreichten nur mehr vier von 26 Mandaten!),

doch 1954 überholten sie den “Wählerverband der Unabhängigen” (die Vorläuferorganisation der FPÖ) wieder und blieben bis in die Neunzigerjahre bei Landtagswahlen die zweitstärkste Partei.

Personelle Turbulenzen – Ein Pfarrer als Landesparteisekretär

Die rasche Parteiaufbauphase nach 1945 war nicht frei von Missgriffen und personellen Fehlentscheidungen in den Bezirksorganisationen und im Landesparteisekretariat.

Zu den Kuriosa der Parteigeschichte gehört der „Fall Schmitt“. Die Landespartei hatte mit der Auswahl der Parteisekretäre in der so wichtigen Anfangsphase der Zweiten Republik wenig Glück: Wurde der eine entlassen, weil er Parteibeschlüsse sehr eigenmächtig auslegte, nahm es der andere mit der Kassaführung nicht so genau und missbrauchte die Parteikassa für persönliche Zwecke. Doch all diese Kalamitäten wurden von „Dr. Prof. Friedrich Schmitt“ übertroffen, der von September 1949 an ein Jahr lang als Landesparteisekretär fungierte.

Bei seiner Einstellung verzichtete die Partei auf eine genaue Prüfung der Zeugnisse und Unterlagen, denn der „Herr Professor“ hatte einen seriösen Arbeitgeber: Er stand als Lehrer auf der Gehaltsliste des Landesschulrats.

In den Jahresberichten 1946 bis 1949 des Bundesrealgymnasiums Bludenz finden sich die entsprechenden Hinweise auf den Pädagogen. Im Schuljahr 1948/49 lehrte „Dr. Friedrich Schmitt, Mittelschulvertragslehrer, Unterrichtssprache in der 2. Klasse, Latein in der 2. und 4. Klasse und Literaturpflege in der 5. Klasse.“ Außerdem verwaltete er die Lehrerbücherei.

Allerdings stellte sich im Herbst des folgenden Schuljahres heraus, dass sich Schmitt seinen Dokortitel und die Lehrbefähigung nur angemaßt hatte! Die weiteren Erhebungen ergaben ein desaströses Bild: Schmitt hatte sich im Jahre 1946 mit gefälschten Unterlagen die österreichische Staatsbürgerschaft erschlichen und seine Mittelschullehreranstellung in Bludenz mit gefälschten Zeugnissen erhalten. Was die Partei jedoch besonders schmerzte, war die tatsächliche Ausbildung des Landes-

partei sekretärs: Von 1932 bis 1937 war er in Salzburg Zögling im Missionshaus der Palottiner und gleichzeitig Theologiestudent. Die folgenden drei Jahre war er dann in Konstanz und Untermerzbach bei Bamberg als Geistlicher tätig! Sowohl als Geistlicher als auch als Lehrer – er unterrichtete zum Beispiel an der Oberrealschule in Lindau – hatte Schmitt einen guten Leumund. In der Landespartei Vorstandssitzung vom 7. Jänner 1951 wurde die Entscheidung über die Entlassung des Landespartei sekretärs an den „Reichspartei Vorstand“ überantwortet, der die Kündigung umgehend aussprach.

Die personellen Kalamitäten in der Parteispitze spiegeln nur die Schwäche der Arbeiterbewegung in diesem Lande wieder. Denn nicht nur die Sozialistische Partei entwickelte sich nach 1945 mäßig, auch die Kommunisten waren zu Beginn der fünfziger Jahre nur mehr eine marginale Größe in der politischen Landschaft.¹⁹ Auf das äußerst komplizierte Verhältnis innerhalb der Arbeiterbewegung zwischen den Sozialisten und Kommunisten kann an dieser Stelle nur hingewiesen werden. Bei diversen Arbeitskämpfen gingen die Sozialisten in großkoalitionärer Eintracht gegen die Kommunisten vor.

Manchmal doch noch kampfeswillig: Streiks für Lohnerhöhungen

Die Auseinandersetzungen um die Lohn-Preis-Entwicklung eskalierten in Österreich nach dem 4. Lohn-Preisabkommen 1950. Die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft nützten die Kommunisten aus. Die von ihnen initiierte Streikbewegung Ende September/Anfang Oktober 1950 ist als „Kommunistenputsch“ in die österreichische Geschichte eingegangen. Flugblätter, die den Generalstreik forderten, tauchten in Vorarlberg am 2. Oktober auf. Die Landesleitung des ÖGB trat den Parolen energisch entgegen:

“Der Gewerkschaftsbund betrachtet diesen Streik als einen wilden, nicht im Interesse der Arbeiter gelegenen Streik. Wer daran teilnimmt, tut dies auf eigene Gefahr und muss sich klar darüber sein, dass er damit nicht nur die Sache der Arbeiter- und Angestelltenschaft, sondern auch die des ganzen Volkes schädigt.”

Dennoch kam es auch im Land zu örtlichen Arbeitsniederlegungen, vor allem bei den Bauarbeitern. Aber von einer breiten Streikbewegung der Arbeiterschaft konnte nicht die Rede sein.

Im Jahr darauf zeigten sich die Textilarbeiter jedoch streikbereit. Es war dies der härteste Lohnkampf in der Nachkriegsgeschichte. Er zeigte besonders deutlich das prekäre Verhältnis von sozialistischen, kommunistischen und christlichsozialen Gewerkschaftern in den Betrieben.

Nach zähen Verhandlungen hatten die Gewerkschaftsvertreter – entgegen ihrer Forderung nach einer zwanzigprozentigen Lohnerhöhung – einen Kompromiss von dreizehn Prozent akzeptiert. Dennoch führte die Verkündung des Verhandlungsergebnisses unter der Vorarlberger Textilarbeiterschaft zu einer außergewöhnlichen Beunruhigung und zu einer eskalierenden Streikbewegung.

Am 22. Mai 1951 befanden sich bereits 1700 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen – gegen den Willen der Gewerkschaftsspitze im Ausstand. Die Gerüchtbörse brodelte, die Angst vor einem “Sturm” der Arbeiter auf die Ganahl- und Hämmerle-Fabriken ging um, so dass das Gelände des Hämmerle-Betriebes in Gisingen mit eisernen Ketten gesichert wurde. Unisono griffen im Laufe der Woche die “Vorarlberger Nachrichten”, das konservative “Vorarlberger Volksblatt” und der sozialdemokratische “Vorarlberger Volkswille” die kommunistischen “Drahtzieher” der Textilarbeiterstreikbewegung an und diffamierten sie als “Hetzer” und “wilde Streiker”, die einen “KP-Rummel” inszenierten wie im Oktober 1950, um die Gesellschaftsordnung zu verändern.²⁰

Die Streikbewegung bei Ganahl und Hämmerle führte zu einem verschärften innergewerkschaftlichen Machtkampf. Die KPLer wehrten sich gegen den gemeinsamen “Verleumdungsfeldzug der Lohndrücker”, und ihr Sprachrohr, die “Neue Tageszeitung”, veröffentlichte ausführliche Artikel über die Genesis dieses Lohnkampfes – die jedoch umgehend im “Volksblatt” repliziert wurden. Die Strategie der angegriffenen Gewerkschaftslandesleitung bestand darin, die “unverantwortliche Streikhetze der Kommunisten” anzuprangern. Die Streikbewegung in den Betrieben ebte ab, nachdem die Fabrikanten Zugeständnisse gemacht hatten. Der sozialistische “Volkswille” sah darin eine “Abfuhr” für die Kommunisten.

Auch nach Auslaufen des letzten Lohn-Preisübereinkommens (1952) kam es in Vorarlberg wegen der Preissituation zu Streiks. Am spektakulärsten war der „Generalstreik“ im Jahre des Staatsvertrages. Am 7. Oktober 1955 ruhte für eine Stunde die Arbeit an allen Baustellen und in den meisten Betrieben des Landes. Post, Zoll und Gendarmerie schlossen sich den gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen an. Der Grund für diesen Solidaritätsstreik war in der Preistreiberei einzelner Metzgereien und Bäckereien im Zuge der Dornbirner Export- und Mustermesse zu suchen. Unter der Federführung des Landeshauptmannes Ulrich Ilg wurde ein „Kontaktausschuss“ installiert, um die Preissituation in den Griff zu bekommen – ohne allzu großen Erfolg. Doch nur mehr selten griff die Arbeiterschaft während der Zweiten Republik zum Mittel des Streiks. Die Austragung von Arbeitskonflikten hatte sich im sozialpartnerschaftlichen Milieu der „Wiederaufbaujahre“ entscheidend verändert.

Nichts beschönigt: Parteiinterne Analyse aus dem Jahre 1954

Aus diesen „Wiederaufbaujahren“ liegt eine schonungslose Partei-Analyse vor, die vom zurückblickenden Historiker in weiten Bereichen bestätigt werden kann. Der interne Kritiker zeigte die tatsächlichen Schwachpunkte der Partei und ihrer Nebenorganisationen auf. Einige wesentliche Aussagen:

„Die soziale Struktur Vorarlbergs stimmt mit der politischen in keiner wie immer gearteten Weise überein. Das Land hat seit 1945 den relativ stärksten Industrialisierungsprozeß mitgemacht. Zur Zeit stehen 67.000 Arbeiter und Angestellte in krankenversicherungspflichtiger Beschäftigung. ... Bei dieser sozialen Struktur des Landes sollte die sozialistische Bewegung stark und mächtig sein. Gerade das Gegenteil ist aber der Fall. ... Unsere Partei zählt heute 3.400 Mitglieder ... Vor der Bestellung des Genossen Peter zum Landessekretär standen viele Lokalorganisationen bloß auf dem Papier. Der BSA ist eine Tischgesellschaft, die sozialistischen Ärzte und Lehrer kann man einer Hand abzählen; es gibt kaum mehr als 80 Arbeitsbauernbündler, nur der ‚Freie Wirtschafts-

verband' hat sich mit etwa 600 Mitgliedern eine beachtliche Stärke erobert. Selbst die Mietervereinigung ist mit 4.000 Mitgliedern stärker als unsere Partei. Praktisch gesehen ist also unsere Partei über den Charakter einer Sekte nicht hinaus gewachsen; in der geistigen Grundhaltung vieler unserer Mitglieder und Funktionäre kommen auch die für Sekten typischen Merkmale der Selbstzerfleischung zum Ausdruck (Kampf der ‚Fraktionen‘).“²¹

Die SPÖ verfügte zu diesem Zeitpunkt nicht einmal mehr über jene gesellschaftlichen Positionen, welche sie nach Kriegsende erobert hatte. Ihr Einflussbereich beschränkte sich auf die Arbeiterkammer, auf das Landesarbeitsamt und auf das Fürsorgereferat in der Landesregierung. Die Stellung der ÖVP war sukzessive ausgebaut worden: „Die klerikale Herrschaft ist heute intensiver als in der Ersten Republik, weil die ÖVP es verstanden hat, die früher liberal gesinnten Unternehmer, die zur NSDAP übergegangen waren, im Zuge der Entnazifizierung von sich abhängig zu machen“, so die parteiinterne Analyse. Dass die Gewerkschaftsbewegung in diesem hochindustrialisierten Land nicht entsprechend vertreten war, dass die Sozialisten innerhalb der Konsumgenossenschaft nur in Dornbirn wirklich stark waren, dass die Entwicklung der eigenen Parteizeitung stagnierte, waren weitere Kritikfelder. 1957 hieß es dann tatsächlich vom „Vorarlberger Volkswillen“, dem Parteiorgan, Abschied zu nehmen.²² Für rund zwei Jahrzehnte übernahm nun eine Vorarlberg-Redaktion der „Arbeiterzeitung“ die Partei-Informationspolitik.

Die vorgebrachten Kritikpunkte waren zweifelsohne berechtigt, doch in Wirklichkeit waren die Handlungsmöglichkeiten der sozialistischen Fraktion innerhalb der Landesregierung sehr eingeschränkt. Denn die ÖVP-Mehrheit gestand den Sozialisten in ihr relevant erscheinenden Bereichen nicht einmal einen proporzmäßigen Vertretungsanspruch zu. Dazu zählte vor allem auch der Schul- und Erziehungsbereich. In einem Schreiben des sich nur mühsam konstituierenden Sozialistischen Lehrervereins wurde 1956 darüber Klage geführt, dass bei den bisherigen Wahlen höchstens „3/5 der Wähler der ÖVP das Vertrauen

geschenkt hatten, doch im Schuldienst alle Leiter- und Inspektorenposten von ÖVP-Mitgliedern besetzt seien". Daran sollte sich noch lange Zeit nichts ändern.²³ Denn weder „Rote“ noch „Fremde“ sollten in Fragen der Erziehung die „alemannische Wesensart“ untergraben. Zwar hatte sich die Einstellung zu den „Sozis“ im Vergleich zur Ersten Republik gewandelt, die „Alemannenideologen“ im Landhaus – allen voran Landesamtsdirektor Dr. Elmar Grabherr – wollten jedoch auf keinen Fall eine „rote Unterwanderung“. Ein Gefahrenpotential sahen sie in der verstärkten Zuwanderung von fremden Arbeitskräften nach 1945.²⁴

Die „Innerösterreicher(innen)“ kommen...

Im „klassischen“ Zuwanderungsland Vorarlberg fanden nach 1945 viele Kärntner(innen), Steirer(innen) und andere „Innerösterreicher(innen)“ – vor allem in der Textilindustrie – Arbeit. Diese Zuwanderer(innen) zählten zum Hoffnungspotential der SP. Doch nicht alle Zuwanderer(innen) waren automatisch der sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft zuzurechnen. Der bereits zitierte Bericht aus dem Jahre 1954 ist auch in diesem Punkt sehr kritisch. Er geht auf die Frage der Metallarbeiterherkunft näher ein:

„Soweit sie Wiener und Niederösterreicher sind, kamen sie aus demontierten Betrieben; die Steirer und die Oberösterreicher waren aber beinahe zur Gänze Mitglieder der NSDAP. Als sie 1945 in den Betrieben der Alpine oder bei den Steyrer Werken wieder beginnen wollten, stand dort ein kommunistischer Betriebsrat, der sie mit den Worten zurückwies: ‚Diese Nazi beschäftigen wir nicht mehr.‘ Die Leute wanderten dann aus und blieben in Vorarlberg hängen.“

Diese Aussage ist zweifelsohne überspitzt, aber sie weist auf eine Tendenz hin. Auch die „Landsmannschaften“ waren zunächst konservativ-national dominiert. Dennoch wählte ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Arbeitsmigranten die SPÖ, und sie stellten einen wesentlichen Teil der Gewerkschaftsmitglieder. Die „Innerösterreicher“ zählen seit den fünfziger Jahren zur Kernschicht der sozialistischen Bewegung.

Während der Alltag in den „Wiederaufbaujahren“ – nicht nur der Arbeitsmigranten – durch Enge und materielle Einschränkungen geprägt war, wurde in der Festtagsrhetorik der Sozialisten der „Internationalismus“ gepriesen.

„Freundschaft“ ist international...

Die sozialistische Bodenseeinternationale wurde 1908 gegründet. 75 Jahre später trafen sich in Bregenz die Genossen zur Jubiläums-sitzung. Anwesend waren unter anderen der damalige Bundeskanzler Fred Sinowatz und der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale Willy Brandt.

Die erste Delegiertentagung der Bodenseeinternationale nach 1945 fand am 8. August 1948 statt. In Zusammenarbeit mit den Genossen aus Deutschland und der Schweiz wurden Satzungen ausgearbeitet, die am 15. April 1951 in Bregenz zur Beschlussfassung vorgelegt wurden. Damals gehörten rund 15.000 Mitglieder der SBI an. Im Bericht über diese Tagung heißt es:

„Bei dieser Delegiertentagung kam der einheitliche Wille zum Ausdruck, innerhalb der SBI durch gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen Reaktion und Faschismus geschlossen aufzutreten, um Frieden, Freiheit und Demokratie zu sichern und darüber hinaus den demokratischen Sozialismus zu verwirklichen.“²⁵

In diesem Sommer trafen sich am Bodenseeufer auch Sozialisten und Sozialistinnen aus aller Herren Länder. Das internationale Jugend-treffen markierte einen Höhepunkt in der sozialistischen Jugendarbeit im Lande. Es war gleichsam der Galaauftritt der Kinderfreunde, der Roten Falken und der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die „Jugend-republik Bodensee“ machte Hard zum Zentrum der internationalen sozialistischen Jugendarbeit. Dort wurde ein gigantisches Zeltlager mit rund 700 Zelten errichtet. Die „Zeltstädte“ wurden nach prominenten Sozialisten wie Jaurès oder Matteotti benannt. In Anwesenheit von Vizekanzler Dr. Adolf Schärf und Minister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner defilierten tausende Jugendliche an der Ehrentribüne bei der Groß-kundgebung am Kornmarktplatz in Bregenz vorbei:

“An der Spitze die ausländischen Delegationen aus Uganda, von der Goldküste, aus Indien, Kanada, Kenya und Jamaika, aus Luxemburg, Frankreich, Italien, Dänemark, Schweden, der Tschechoslowakei, der Schweiz und Deutschland. Besonders stark vertreten war die britische Delegation, die stolz das Banner der Labour Party mit sich führte. Dann folgten die österreichischen Kader: Voran die starke Gruppe der Burgenländer, in deren Reihen Deutsche und Slowenen einträchtig nebeneinander marschierten.”²⁶

Bei seiner Schlussansprache legte der Präsident der “Internationalen” und Leiter der österreichischen SJ, Nationalrat Strasser, ein Bekenntnis zu den sozialistischen Idealen ab:

“Wir alle erkennen, dass die Welt von heute nicht mehr die Welt von gestern ist. Sie ist in zwei große Lager im Westen und im Osten geteilt. Aber es existiert noch ein drittes Lager in der ganzen Welt, das des Internationalismus. Wir stehen im Kampf gegen alle Kräfte der Unterdrückung, gleichgültig, ob sie faschistisch oder volksdemokratisch oder kapitalistisch sind. Wir wollen, dass aus Europa und der ganzen Welt ein Bauplatz errichtet wird, auf dem eine neue Zivilisation entsteht, die dem Menschen Freiheit, Glück und Zufriedenheit gibt.”²⁷

Zwischen diesem hohen Pathos bei Festveranstaltungen und der täglichen Parteiarbeit bestand eine große Kluft. Die Rhetorik beschwor den „neuen Menschen“, in der Realität ging es um die Durchsetzung von schrittweisen Verbesserungen für die arbeitenden Menschen in den Fabriken. Die Erfolgserlebnisse für die sozialistischen Politiker und Gewerkschafter waren dabei begrenzt, die demokratischen Mitbestimmungsrechte eingeschränkt.

Für den Ausbau der „direkten Demokratie“

Der Ausbau direkter Demokratieelemente gehört seit den fünfziger Jahren zu den Anliegen der SPÖ. Einen großen politischen Erfolg konnten die heimischen Sozialisten mit ihrem Eintreten gegen das Betriebsaktionenverbotsgesetz verbuchen. Zum ersten Mal wurde dabei in

Österreich in der Zweiten Republik das Instrument der direkten Demokratie angewandt.

Im Jänner 1957 forderte der Gewerkschaftsobmann der Metallarbeiter, Hermann Moosbrugger, eine Volksabstimmung über dieses Gesetz. Binnen weniger Tage unterschrieben 17.000 die vorgelegte Petition. Dieser enorme Erfolg führte dazu, dass selbst die Vorarlberger Nachrichten diese Aktion aus „allgemeinen Erwägungen, als Erziehung zur Demokratie, als Erziehung zu staatsbürgerlicher Überlegung und Haltung“ begrüßten. Besonders der föderalistische Aspekt des SPÖ-Anliegens wurde von der Zeitung herausgestrichen.²⁸ Das Ergebnis der ersten Volksabstimmung am 31. März 1957 gab den Argumenten der sozialistischen Arbeitnehmervertretung Recht: bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung entschieden sich 68 Prozent gegen den Gesetzesentwurf. Die Sozialisten hatten damit bewiesen, dass es ihnen möglich war, in konkreten Anlassfällen mittels direktdemokratischer Initiativen Erfolge zu erzielen und die engen Parteigrenzen zu überwinden.

Auch das erste Volksbegehren wurde von sozialistischer Seite initiiert. Es ging um das Grundverkehrsgesetz. Die ÖVP war der Ansicht, dass das Gesetz in erster Linie den Interessen der Landwirtschaft verpflichtet wäre. Für die SPÖ war es hingegen nicht einsichtig, dass zwar in die Landesgrundverkehrskommission ein Vertreter der Handelskammer, nicht jedoch der Arbeiterkammer entsendet wurde. Diese Situation gab es nur in Vorarlberg. Das Volksbegehren war nur mäßig erfolgreich, denn letztlich blieben die politischen Kräfteverhältnisse in der Grundverkehrskommission durch Aufstockungen gleich. Direktdemokratische Aktionen wurden von der Mehrheitspartei trotz ideologischer Grundbekenntnisse in der Praxis nicht goutiert.

Die Landespartei sah Volksabstimmungen und Volksbegehren als wichtige Mittel zur Stärkung der direkten Demokratie an. Die Bundespartei war anderer Ansicht: Dies zeigte sich deutlich beim Rundfunkvolksbegehren. Im Lande wurde das Rundfunkvolksbegehren auch von wesentlichen Teilen der SPÖ unterstützt, obwohl es die Bundespartei ablehnte und als „plebiszitäre Demagogie“ bezeichnete.²⁹

Fußsach – ein politisches Waterloo

Als am 7. April 1964 SP-Landesrat Josef Schoder (LR von 1959 – 1969) den Landesregierungsbeschluss mittrug, ein noch im Bau befindliches Bodenseeschiff auf den Namen „Vorarlberg“ zu taufen, konnte er nicht ahnen, welche Kalamitäten damit auf die Landespartei zukommen würden. Denn seine Parteifreunde in Wien – unter der Zuständigkeit von Verkehrs- und Elektrizitätsminister Otto Propst – hatten sich in den Kopf gesetzt, dass das Schiff den Namen „Karl Renner“ erhalten sollte. Die Landespartei war hin- und hergerissen. Einerseits fürchtete sie, dass diese Entscheidung der Zentrale negative Auswirkungen auf die kommenden Wahlgänge haben könnte. Denn Ende September standen die Arbeiterkammerwahlen und im Oktober die Landtagswahlen an. Andererseits begrüßte sie zunächst in Loyalität zur Zentrale „die Benennung des Bodenseeschiffes nach Dr. Karl Renner“.³⁰ Tatsächlich spielte die Namensgebung des Schiffes in diesen Wahlkämpfen noch keine Rolle. Bei den Arbeiterkammerwahlen gelang es den Sozialisten mit 26 Mandaten die absolute Mehrheit zu erobern, und sie stellten daher mit LAbg. Karl Graf den Präsidenten. Heinrich Gaßner wurde zum Vizepräsidenten gewählt.³¹ Auch bei den Landtagswahlen hielt der Aufwärtstrend an. Die SPÖ konnte ihren Stimmenanteil leicht erhöhen, der Mandatsstand blieb mit zehn jedoch gleich.³²

Doch wenige Wochen später wurde der Konflikt um die Namensgebung zum politischen Fanal. Eugen Ruß und die Vorarlberger Nachrichten stilisierten die Schiffstaufe zu einer Frage des Kampfes gegen den Zentralismus hoch. Wer in diesem „Kampf der Föderalisten“ gegen das „rote Wien“ nicht mitzumachen gewillt war, wurde in die Rolle eines „Landesverrätters“ gedrängt. Die sozialistische Minderheitenfraktion sollte sehr rasch erfahren, was es hieß, dem medialen Trommelfeuer der dominierenden Landeszeitung ausgesetzt zu sein. Die Parteifunktionäre erkannten bald, in welcher misslicher Lage sie waren. Letztlich schlugen alle Vermittlungsversuche, den Minister in Wien von seinem gefassten Entschluss abzubringen, fehl.

Am 21. November riefen die Vorarlberger Nachrichten zu einer Großdemonstration in Fußach auf. Da die Sicherheit des Verkehrsministers nicht gewährleistet werden konnte, musste er unverrichteter Dinge wieder abziehen. Unter dem Jubel der aufgebrachten Menge wurde das Schiff auf den Namen „Vorarlberg“ notgetauft. Das Ereignis fand österreichweit Beachtung und hatte bundespolitische Auswirkungen.



SP-Verkehrsminister Otto Probst wollte ein neues Bodenseeschiff auf den Namen des ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner taufen lassen. Dagegen regte sich im Lande heftiger Widerstand. Nach dem Willen der ÖVP und der Vorarlberger Nachrichten sollte das Schiff „Vorarlberg“ heißen.

Am 21. November 1964 riefen die Vorarlberger Nachrichten zu einer Großdemonstration in Fußach auf. Unter dem Jubel einer aufgebrachten Menge wurde das Schiff auf den Namen „Vorarlberg“ notgetauft. Das Vorgehen der Wiener Zentralisten fügte der heimischen SPÖ immensen Schaden zu.

Für die Vorarlberger Nachrichten und die ÖVP-Anhänger galt „Fußach“ als „Nottaufe des Föderalismus“ oder wurde sogar zur „Geburtsstunde der direkten Demokratie“ hochstilisiert. Die „Arbeiterzeitung“ attackierte das Vorgehen der Demonstranten, die sich als Verteidiger der Landesinteressen fühlten, mit äußerst scharfen Worten:

„Planmäßig entfachter Krähwinkeltoller. Zum ersten Mal seit 1938 wurde auf österreichischem Boden diese Fahne in Schmutz getreten. Die terroristische Ausartung dieses bisher latenten Zaunkönigwahnens der reaktionären ÖVP-Paschas von Vorarlberg ist ein Alarmsignal, das die österreichische Arbeiterschaft auf den Posten ruft.“

Beim 17. Bundesparteitag (18./19. Juni 1965) brachte die Landesorganisation folgende sehr allgemein gehaltene Resolution ein:

„Mehrere Vorkommnisse der letzten Monate zeigen deutlich, dass zwischen Bund und Bundesländern ein besseres wechselseitiges Verständnis für gemeinsame Anliegen unbedingt nötig ist. Um dies zu erreichen, wird eine intensivere Koordination zwischen Bundes- und Ländervertretern gefordert. In den gemeinsamen Anliegen soll möglichst immer Übereinstimmung erzielt werden.“³³

Neben der „Olah-Affäre“ war die verbale Härte in der Auseinandersetzung um die Schiffstaufer im Nationalrat das deutlichste Zeichen, dass sich die Große Koalition überlebt hatte. 1966 konnte die ÖVP nach einem Erdrutschwahlsieg unter Dr. Josef Klaus eine ÖVP-Alleinregierung (bis 1970) stellen.

Die Landespartei zahlte die Zeche für das sture Vorgehen des Verkehrsministers. Nicht nur für Eugen Ruß und Franz Ortner, die mit ihrer Zeitungskampagne „Fußach“ erst ermöglicht hatten, auch für den Bregenzer Bürgermeister und Landtagspräsidenten Dr. Karl Tizian war der Hauptschuldige bald gefunden: der SP-Nationalrat Dr. Ernst Haselwanter. Weil er in Bregenz eine „Dr. Karl Renner – Straße“ gefordert hatte, galt er als der Urheber der Probst-Idee. Im Frühjahr 1965 legte Haselwanter sein Mandat nieder. Zwanzig Jahre später schilderte er in den Vorarlberger Nachrichten die Ereignisse vom 21. November 1964 aus seiner Sicht:

„Für Katzengruber und mich war die Namensgebung keine Grundsatzfrage des Sozialismus und die Sturheit von maßgeblichen Teilen der Wiener Parteiführung blieb uns unverständlich. Für uns war es aber klar, dass ‚Vorarlberg‘ eine Grundsatzfrage im Ländle ist...

Anlässlich einer weiteren Vorsprache von Katzengruber und mir bei Minister Probst rief er uns zu: „Ihr wisst nicht, wer Renner war!“ Ich zitierte den Gründer der Sozialdemokratischen Partei, Viktor Adler: Es sei besser mit der Masse zu irren als gegen sie recht zu haben. ... ‚Ich kann das Volk nicht vertreten gegen die Partei. Aber auch nicht die Partei gegen eine große Mehrheit der Bevölkerung.‘ Damit zog ich dann am 17. Februar 1965, als ich endgültig zur Auffassung gelangt war, dass die Wiener nicht von ihrem Standpunkt abgehen wollten, meine Konsequenzen und legte mein Abgeordnetenmandat zurück.“³⁴

Die Landesorganisation stand in diesem Frühjahr vor einem Scherbenhaufen. Mit einem Rundschreiben vom 16. Februar 1965 informierten der Landesparteiobmann Franz Katzengruber und der Landespartei sekretär Paul Peter die Lokal- und Bezirksorganisationen über die EntschlieÙung der Landesparteivertretung zur „Affäre Fußsach“:

„Die Vorarlberger Landesparteivertretung der SPÖ nahm in ihrer Sitzung am 15. Februar 1965 den Bericht ihrer Delegation über die Aussprache mit der Exekutive des Parteivorstandes in Wien hinsichtlich der Benennung des neuen Bodenseeschiffes entgegen. Die Vorarlberger Sozialisten bedauern die getroffene Entscheidung und stellen fest, dass sie zu der vom Vorarlberger Landtag am 22. Dezember 1964 einstimmig gefassten EntschlieÙung stehen. Sie haben es, wie stets, in den letzten Wochen und Monaten nicht am guten Willen und ernstesten Versuchen fehlen lassen die Interessen des Landes und seiner Bevölkerung zu vertreten und durchzusetzen. Die Landesparteivertretung vermerkt mit Bedauern besonders, dass die Schreibweise eines Teiles der Presse um die Benennung des neuen Bodenseeschiffes vor und

nach dem 21. November 1964 sehr zur Verhärtung der gegenseitigen Standpunkte beigetragen hat.

Die Vorarlberger SPÖ wird mit allen ihren Vertrauenspersonen in Bezirken und Gemeinden weiter für das Land tätig sein und für die Interessen seiner Bevölkerung eintreten.“

Doch viele Genossen und Genossinnen waren nicht mehr zu beruhigen. Wie tief der Riss durch die Partei ging, zeigen folgende Worte des Parteiobmannes Katzengruber:

„Ich war ja vorher Kommandant des Republikanischen Schutzbundes, und da habe ich Leute getroffen, die zu mir gesagt haben: Franz, du weißt, wir sind immer treu zu dir gestanden und haben dir immer geholfen, wenn etwas gewesen ist, wir haben uns hingestellt und wenn wir uns den Schädel eingeschlagen hätten, alles hätten wir gemacht. Aber was jetzt geschieht, da können wir nicht mehr mittun, da können wir mit euch nicht mehr mitgehen. Und das hat mir so weh getan, ich weiß, in der schwierigsten Zeit, wenn es zu einer Saalschlacht gekommen ist oder irgendwas, da hätten sie sich vorher erschlagen lassen, als dass sie sich geändert hätten und dort haben sie gesagt, das können wir nicht.“³⁵

Auch der Landespartei sekretär Paul Peter konnte nicht mehr: Er trat aus der SPÖ aus und der „Demokratischen Fortschrittlichen Partei (DFP)“ von Ex-Innenminister und Ex-ÖGB-Chef Franz Olah bei. Wenn es nicht zu einer Übereinkunft mit der ÖVP gekommen wäre, hätte das Ausscheiden Peters aus dem SP-Landtagsclub bedeutet, dass die SPÖ des Postens des ersten Vizelandtagspräsidenten verlustig gegangen wäre.

Die Wähler und Wählerinnen liefen der SPÖ nach Fußach in Scharen davon:

Die Gemeinderatswahlen vom 4. April 1965 brachten ein miserables Wahlergebnis. Auch die Wahlwerbung von Franz Jonas für die Bundespräsidentenwahl am 23. Mai 1965 stand „völlig im Zeichen eines erbit-
terten Abwehrkampfes gegen die mit schmutzigsten Mitteln arbeiten-

den Konservativen und ihrer Helfershelfer in der Bregenzer Kirchstraße, die in ihrer ‚Unabgängigkeit‘ vielfach über die Volkspartei noch hinausgeschossen.“³⁶



Nach den Turbulenzen der Fußsach-Affäre übernahm Roman Heinz für zehn Jahre die Landesparteiführung (1966 – 1976). Seiner ausgleichenden Persönlichkeit gelang es die internen Querelen weitgehend zu schlichten. Durch die beginnende Kreisky-Ära erhielt die Landespartei Rückenwind. 1974 schied sie allerdings aus der Landesregierung aus und nahm die Oppositionsrolle ein, in der sie bis heute verharrt.

Mehr als drei Jahrzehnte später blieb der SP-Ehrenparteivorsitzende und Bodenseeschiffahrtskapitän Karl Falschlunger nicht emotionslos, wenn er von „Fußsach“ erzählte. „Wie konnte man in Wien nur so stur sein und die Lage so falsch einschätzen? Wegen eines Schiffnamens uns in eine solche Lage bringen?! Und wie konnte man ein fertiges Schiff monatelang im Hafen lassen, nur weil man sich über den Namen nicht einigen konnte?“ Und seine Stimme bebt, wenn er von jener Betriebsversammlung erzählt, bei der er als Betriebsratsobmann dem Bundespräsidentenskandidaten Franz Jonas das Versprechen abringen konnte, nach erfolgter Wahl den Namenskonflikt beizulegen.³⁷

Jonas hielt als Bundespräsident sein Versprechen, doch der Schaden für die Landespartei wurde damit nicht mehr behoben. Beim Landesparteitag am 5. Juni 1966 in Feldkirch konnte nur mehr die desolate Situation der Landespartei konstatiert werden:

„Heute hier auch nur festzustellen, um unsere Organisation in diesem Lande stehe es gut, hieße, sich selbst in den Sack zu lügen. Schon ein flüchtiges Durchblättern des Berichtheftes zeigt den tatsächlichen Sachverhalt auf. In dieser, unserer heutigen Situation kann es nur einen Weg geben, der zudem ein echt sozialistischer ist: Aussprechen, was ist! Eine klare, nüchterne Bestandsaufnahme vorzunehmen und auf diesem Fundament unsere Zukunft auf- bzw. weiterbauen.“³⁸

Die Mitgliederzahl sank innerhalb eines Jahres von 5.503 im Jahre 1964 auf 5.241. Dieser Trend setzte sich in den kommenden Jahren fort. Parteiobmann Franz Katzengruber räumte schließlich den Sessel, und Roman Heinz folgte ihm nach.

Im Schatten und dennoch unverzichtbar: Frauenarbeit in der Partei

In den „Wiederaufbaujahren“ nach 1945 verbreitete die aus Bludenz stammende Landesobfrau Theresia Sprenger in ihren Berichten als Landesobfrau eine gewisse Euphorie. Sie hoffte, dass es gelingen werde, „auch hier in Vorarlberg eine große und starke sozialistische Frauenorganisation ins Leben zu rufen.“³⁹ Ihre Nachfolgerin Maria Ofner aus Lochau musste in den langen Jahren ihrer Obfrauenschaft deutliche Abstriche machen. Nicht untypisch ist ihre Zustandsbeschreibung einer Ortsgruppe:

„Das Frauenkomitee der Lokalorganisation Nüziders konnte infolge der übergroßen häuslichen Beanspruchung der verantwortlichen Genossinnen nicht die Tätigkeit entfalten wie es geplant war. Nach vieler Mühe gelang es den Frauen einen Nähkurs der Arbeiterkammer nach Nüziders zu bekommen. Das traditionelle Kaffeekränzchen wurde im Monat Feber veranstaltet. Eine Gruppe Frauen beteiligte sich an der Frauenveranstaltung in Bludenz. Bei den Wahlen arbeiteten die Frauen gemeinsam mit

den Männern. Eine Genossin ist Subkassierin der Partei, eine Genossin ist Kinderreferentin und betreut eine kleine Gruppe der Kinderfreunde, eine Genossin arbeitet im Fürsorgeausschuss der Gemeinde mit. In Nüziders werden bei einer Einwohnerzahl von 1.500 108 Exemplare ‚Die Frau‘ abgesetzt. Die Abonnentenwerbung wird stetig fortgesetzt.”⁴⁰

Die Parteiarbeit blieb an einigen wenigen Frauen hängen. Erkrankte zum Beispiel die Ehrenvorsitzende der SP-Frauen Johanna Moosbrugger (1906 – 1992) in Nüziders⁴¹ oder Elfriede Huber in Rankweil, ruhte in diesen Orten weitgehend die Frauen- und Kinderfreundearbeit. Die Personaldecke war zu dünn.

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass zahlreiche Sozialistinnen in den Betrieben hervorragende Gewerkschaftsarbeit leisteten. In den ersten Nachkriegsjahren spielte Paula Montibeller als Zentralbetriebsratsobfrau bei der Firma Ganahl eine wichtige Rolle. Frauen wie Maria Tucny oder Anna Konzett traten in ihre Fußstapfen.⁴² Eine Ausnahmererscheinung als Gewerkschafterin und Arbeiterkammerfunktionärin war auch Lotte Eß. Sie leitete seit 1950 das Frauenreferat der Landesexekutive des ÖGB, war Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses der Arbeiterkammer, Kammerrätin seit 1954, Mitglied der Heimarbeiterkommission, wurde 1964 als erste Frau in den Kammervorstand gewählt und war 1967 die erste weibliche Kammer-Vizepräsidentin in Österreich. Solche Frauen bildeten jedoch die Ausnahme von der Regel. Politik war damals noch reine Männersache. Eine rühmliche Ausnahme machte die Diplomkrankenschwester Anni Mayr (1922 – 1966) aus Hard.⁴³ Sie stammte aus einer sozialistischen Familie und trat nach Kriegsende in den Dienst der Marktgemeinde ein, wo sie als überzeugte Sozialistin und Gewerkschafterin auf dem Gebiet der Fürsorge und der sozialen Betreuung tätig war. Mitte der fünfziger Jahre wurde sie zur Kassierin der Ortgruppe gewählt. Damals besaßen nur mehr 17 Frauen in Hard eine SP-Mitgliedschaft. Mayr wurde 1959 als erste weibliche Abgeordnete in den Vorarlberger Landtag entsandt und gehörte von 1960 bis zu ihrem frühen Tod im Jahre 1966 auch der Harder Gemeindevertretung an.

Es dauerte über ein Jahrzehnt, bis wieder eine Frau in den Vorarlberger Landtag einziehen konnte. Nach der Landtagswahl von 1979 erhielt die Landesobfrau Johanna Langanger als „Landesparteiotwendigkeit“ das Restmandat. In der Landtagsfraktion war sie für die Bereiche „Frau und Familie“ und „Umweltschutz“ zuständig. Gleichzeitig erhielt Bregenz mit Erika Sageder eine Stadträtin. Die Aufbruchstimmung der SP-Frauen zeigte sich auch darin, dass das erste Frauenforum der Bundesregierung, das von Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal veranstaltet wurde, im März 1980 in Feldkirch stattfand. Es stand unter dem Motto „Mehr Frauen in der Politik – ein Gewinn für alle?“ Anlässlich des internationalen sozialistischen Frauentages erklärte Wissenschaftsministerin Dr. Hertha Firnberg den Frauentag 1980 zum „Kampftag für den Frieden.“⁴⁴ Frauenpolitik ist eng mit der Familienpolitik verknüpft. Im Parteiprogramm (1978) wurde fest geschrieben, „dass sich die Sozialisten zur demokratischen partnerschaftlichen Familie als Form dauernden Zusammenlebens bekennen, die bewusst die Erziehung der Kinder als ihre Aufgabe wahrnimmt und den einzelnen Familienmitgliedern Solidarität, Anteilnahme und Schutz bietet.“ Die Umsetzung der konkreten Forderungen nach dem Ausbau von Ganztageskindergärten oder der Ausweitung der „Aktion Tagesmütter“ wurde von der ÖVP-Mehrheit aus ideologischen Gründen immer wieder blockiert, denn gerade in der Frauen- und Familienpolitik sieht die ÖVP ihre ureigene Domäne und lehnt sozialistische Vorstöße ab. Besonders in Vorfeldorganisationen wie den „Kinderfreunden“ leisteten Frauen wichtige Erziehungsarbeit im Sinne der Sozialdemokratie. Auch die Geschichte der „Kinderfreunde“, der „Roten Falken“ und der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ zeigt, wie lange sozialistisches Gedankengut in diesem Lande auch nach 1945 verpönt war und welche Hindernisse diesen Organisationen bis in die jüngste Zeit in den Weg gelegt wurden.⁴⁵

Die ‚goldenen‘ Kreisky – Jahre

Nach den Turbulenzen der Fußach-Affäre, dem verheerenden Abschneiden bei den Arbeiterkammerwahlen 1969 – der ÖAAB stellte

mit Bertram Jäger den neuen Arbeiterkammerpräsidenten – und dem Rückfall auf 27,75 Prozent Wählerstimmen bei den Landtagswahlen 1969, ging zu Beginn der siebziger Jahre ein Ruck durch die Partei: Einerseits gelang es der ausgleichenden Persönlichkeit des Parteivorsitzenden Roman Heinz interne Querelen – so erklärten nach einer Nichtberücksichtigung ihres Kandidaten die SP-Mandatare von Hohenems ihren Parteiaustritt – weitgehend zu schlichten, andererseits begann auf bundespolitischer Ebene die „Kreisky-Ära“ (1970 bis 1983). Dass Dr. Bruno Kreisky an der Parteispitze Dr. Bruno Pittermann abgelöst hatte, war nicht zuletzt ein „Ergebnis von Fußach“. Mit der Regierungsübernahme durch die SPÖ auf Bundesebene im Jahre 1970 entwickelte auch die Landesorganisation einen neuen Schwung. Besonders motivierend wirkte der Gegensatz zwischen der Aufbruchsstimmung, die Österreich erfasst hatte und dem beharrenden Politikverständnis der Keßler-Ära. Teile der Jugend (etwa beim „Flint“-Festival oder bei der Jugendhausbewegung), wichtige Vertreter der Kunstszene, junge Lehrer (die sich dann in der Vorarlberger Lehrerinitiative organisierten) oder andere kritische Köpfe wurden im Sog des Zeitgeistes von 1968 politisiert und gingen nun inhaltlich ein „Stück des Weges“ gemeinsam mit der „neuen“ SPÖ.

Das Reformwerk der Ära Kreisky veränderte Österreich: Die Durchlüftung der gesellschaftlichen Verhältnisse vertrieb den Muff der fünfziger Jahre. Aus der Dynamik der 68er Bewegung zog die SP-Alleinregierung einige Energien, „aber gerade Kreisky wusste, dass man auch in den 1970er Jahren gegen die katholische Kirche, gegen den Gewerkschaftsbund und gegen die Kronen-Zeitung nicht regieren konnte.“⁴⁶

In Vorarlberg stießen zwei Welten aufeinander: Begrüßten die einen die Liberalisierung und Enthierarchisierung des Alltagslebens, so fürchteten die anderen den Verlust „der Werte und Traditionen“. Konflikte zwischen der in ideologischen Bereichen auf Beharrung bedachten ÖVP-Landespolitik unter Keßler und der Bundespolitik waren damit vorgezeichnet. Dies zeigte sich vor allem bei der „Fristenlösung“, bei der Reform des § 144. Das Bundesgesetz zum Schwangerschaftsabbruch (1974) schlug im katholischen Vorarlberg besonders hohe Wellen. Selbst innerhalb der SPÖ-Anhängerschaft war die Meinung darüber nicht ein-

hellig. So lehnte die Junge Generation der SPÖ die Fristenlösung dezi-
diert ab.⁴⁷ Landesobmann der Jungen Generation war Hermann Böckle.
Er trat nach der Beschlussfassung des Gesetzes aus der Partei aus und
wechselte das politische Lager.

Das „Superwahljahr 1971“

Das Jahr 1971 brachte für die Landesorganisation zwei überragende
Wahlerfolge: Zunächst die Wiederwahlkampagne für Bundespräsident
Franz Jonas, dann im Oktober die richtungsweisende Nationalratswahl,
bei der die SPÖ die absolute Mehrheit im Nationalrat erobern konnte.
Jonas erhielt in Vorarlberg fast 60.000 Stimmen, das waren um
50 Prozent mehr als beim ersten Antreten 1965. Bei der NR-Wahl am
10. Oktober konnte sogar ein zweites Grundmandat erreicht werden,
das mit Leo Treichl besetzt wurde. In der Parteikorrespondenz wurde
besonders hervorgehoben, dass es das 93. Mandat gewesen sei, das die
absolute Mehrheit garantierte. Die SPÖ erhielt im Land 53.265 Stimmen
bzw. über 36 Prozent.

Kein Wunder, dass die Berichte aus den Bezirken mit Superlativen auf-
warten konnten:

Bregenz (Bezirksobmann Mag. Norbert Neururer): „In 4 Gemeinden des
Rheintales gelang es sogar, die ÖVP stimmenmäßig zu übertreffen. Es
waren dies Hard mit 53 % Wählerstimmenanteil, Fußsach mit 49 %,
Kennelbach mit 48 % und erstmals auch Bregenz mit 43 %. In allen
Gemeinden des Rheintales und Leiblachbeckens zusammen kamen wir
auf 42,7 % Wählerstimmenanteil, womit wir nur um 1,4 % hinter der
ÖVP blieben.“⁴⁸

Dornbirn (Bezirksobmann Ernst Winder): „Gegenüber dem 1. März 1970
nahmen wir neuerlich um 1650 Stimmen oder 5,33 % zu und konnten so
unseren Stimmanteil auf 38 % erhöhen.“⁴⁹

Feldkirch (Bezirksobmann Franz Lanik): „Die kleine Gemeinde Mäder
stand mit 54,82 % erreichtem Stimmenanteil für die SPÖ an der Spitze

aller Gemeinden des Landes. In Frastanz und Meiningen erhielten die Sozialisten mehr als 40 % aller Stimmen, wobei Frastanz die relative Mehrheit erreichte.”⁵⁰

Vorarlberg braucht die **SPÖ**



Vorarlberg-Tag
Sonntag, 14. Oktober 1979
Großkundgebung
mit Bundeskanzler
Bruno Kreisky
und Bürgermeister
Fritz Mayer
Bregenz – Festspielhaus – 14.30 Uhr

SPÖ
Vorarlberg

Zu Beginn der Siebzigerjahre ging ein Ruck durch die Partei: Auf bundespolitischer Ebene begann die „Kreisky-Zeit.“ (1970 bis 1983). Die Reformen der SPÖ- Alleinregierung wurden von der ÖVP-Landtagsmehrheit unter Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler zum Teil heftig bekämpft. Besonders die „Fristenlösung“ stieß auf Ablehnung. Vor allem junge Menschen brachen aus der Enge der katholisch dominierten Umwelt aus, sie wurden im Zuge der 68er-Bewegung politisiert und waren nun bereit, ein Stück des Weges in eine offenere Gesellschaft gemeinsam mit der SPÖ zu gehen.

Bludenz (Bezirksobmann Peter Spannring): „In fünf Orten unseres Bezirkes wurde sogar die absolute Mehrheit erreicht, aber auch in vielen anderen Orten eine überdurchschnittliche Steigerung.“⁵¹

Die Mehrheit der Stimmen gab es in Bludenz, Bludesch, Bürs, Klösterle und Nüziders. Die Parteimitgliederzahl wuchs von Jänner 1970 bis Juli 1972 von 4891 auf 5296 an. Etwas über 20 Prozent der Mitglieder waren Frauen. Während die Ortsgruppe Hard in diesem Zeitraum zum Beispiel einen Zuwachs von 249 auf 320 vermelden konnte, schrumpfte Frastanz von 102 auf 62 oder Hohenems von 110 auf 44!⁵² Die regionalen und örtlichen Gegebenheiten sind selbst in dieser Euphoriephase sehr unterschiedlich und deshalb differenziert zu betrachten.

Dass trotz dieses Aufschwunges Schwächen in der Organisation vorhanden waren, machte der damalige Landespartei sekretär Günter Dietrich bei seinem Referat auf dem Landesparteitag 1972 klar. Ausgehend von einem Artikel in der Zeitschrift „Sozialistische Erziehung“, den der spätere Finanzminister Rudolf Edlinger verfasst hatte, stellte er fest:

„Wie weit jedoch das hier skizzierte Ideal von der Wirklichkeit entfernt bleibt, ist uns hinlänglich bekannt. Durch die Vielzahl unserer Partei-, Nebenorganisations- und Gewerkschaftsgremien, verbunden mit einem chronischen Mangel an qualifizierten Mitarbeitern, ergibt sich die fast nicht abwendbare Funktionsansammlung für jeden Einzelnen von uns und führt zu einer Überbelastung der Mitarbeiter mit administrativer bürokratischer Tätigkeit. Hinzu kommt der oft vorherrschende – um nicht sagen zu müssen oftmals berechtigte – Eindruck der sehr beschränkten Möglichkeit zur Mitbestimmung an der politischen Willensbildung in der Partei, sowie zum Teil falsche Beurteilungskriterien für einen sogenannten ‚guten‘ Funktionär: Ein guter Funktionär ist bei uns, wer gut administriert, organisiert, Mitglieder kassiert und am meisten Abzeichen oder Wahlfondsmarken verkauft. ... Wir müssen versuchen, unsere Organisation den geänderten Lebensbedingungen anzupassen. Und wir müssen mehr und besser informierte Mitarbeiter für die öffentliche Meinungsbildung einsetzen.“⁵³

„Unser Weg – unser Ziel – Vorarlberg“: Programmentwurf für eine ‚soziale Demokratie‘

Die programmatischen Zielsetzungen der Kreisky-Jahre sind im Arbeitsprogramm von 1978 niedergelegt. Ausgehend von einer ausführlichen Analyse des Ist-Zustandes („Das Land, in dem wir leben“) wurden die Veränderungsperspektiven dargelegt. Im Zentrum steht die Entwicklung „von der politischen zur sozialen Demokratie“:

„Nach dem erfolgreichen Kampf um die politische Demokratie hat sich die Arbeiterbewegung ebenso erfolgreich um die Errichtung jenes umfassenden Netzes der sozialen Sicherheit bemüht, das den Wohlfahrtsstaat ausmacht. Diese Reform kann niemals vollendet werden, weil die wirtschaftliche Dynamik stets neue soziale Probleme erzeugt.“⁵⁴

Diese „soziale Demokratie“ müsse „vor allem eine reale Veränderung des Alltags bringen“, sie müsse „sich unmittelbar auf die den Alltag betreffenden Lebensinteressen der Menschen beziehen. Demokratische Inhalte und Organisationsprinzipien sollen für alle gesellschaftlichen Teilbereiche maßgeblich sein. Direkte Teilnahme der Betroffenen, freie Mitbestimmung, Kooperation.“⁵⁵

Die SPÖ stehe für

- eine humane Umwelt
- einen menschengerechten Verkehr
- für billige Wohnungen
- für schnelle und unbürokratische Sozialhilfe
- für Patientenrechte
- für ein Miteinander der Generationen
- für den weiteren Abbau von Bildungsschranken
- für eine Aufwertung von Frau und Familie
- für ein neues, umfassendes Verständnis von Kultur
- für den Beitrag des Sports und der Erholung zur Selbstentfaltung des Menschen
- für eine Politik für die Gemeinden
- für eine ausgewogene Struktur der Vorarlberger Wirtschaft
- für eine Politik für die Arbeitnehmer.

Aus der Fülle der angeschnittenen Themen seien vier herausgegriffen, die für die SPÖ-Landespolitik über Jahre oder Jahrzehnte wesentlich waren.

Für Wahrung und Ausbau demokratischer Rechte

Eine beinharte Konfrontation mit der Landes-ÖVP, die österreichweit Beachtung fand, entfachte im Juli 1975 das Sicherheitsgesetz. Die Angriffe der SP-Redner im Landtag waren heftig: Mag. Norbert Neururer sah in diesem Gesetz, das sowohl den Grundrechten als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention widerspreche, nur das letzte Glied in „einer Kette undemokratischer autoritärer Verhaltensweisen“. Die Kritik der Opposition nutzte wenig: Das Gesetz wurde trotz der massiven Bedenken der Opposition beschlossen – und vom Verfassungsgerichtshof in den wesentlichen Punkten – wie von den Sozialisten vorhergesagt – aufgehoben.

Als Minderheitenfraktion war und ist die SPÖ auf den Ausbau der Kontrollrechte bedacht. Deshalb forderte sie schon damals, dass die Überprüfung der Geschäftsführung der Landesregierung an den Kontroll-Ausschuss des Landtages übertragen werden sollte. Zwanzig Jahre sollte es dauern, bis tatsächlich das damals geforderte „kleine, aber effiziente Kontrollamt“ – der heutige Landesrechnungshof – eingerichtet wurde.

Ein besonderer Verfechter der parlamentarischen Kontrolle war der Jurist und Kammerangestellter Dr. Günther Keckeis aus Feldkirch, der die SPÖ von 1974 bis 2004 im Landtag vertrat. Er wurde am 4. November 1974 im Landtag angelobt und konnte sich als SP-Wirtschaftssprecher und scharfzüngiger Kritiker der ÖVP/FPÖ-Regierung einen Namen machen. Über ein Vierteljahrhundert lang prägte er die Arbeit der SP-Landtagsfraktion, und der wortgewaltige Parlamentarier genoss auch den Respekt der anderen Fraktionen. Seine Abschiedsrede für den Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher (1997) gilt mit Fug und Recht als Glanzstück politischer Rhetorik.

Keckeis trat im Landtag stets für den Ausbau von Kontrollrechten ein. Der Abgeordnete dazu im Juli 1999:

„Der Landesrechnungshof nimmt im Herbst seine Arbeit auf und die Schaffung einer Patientenanwaltschaft – von der Regierung oft verschoben – wird sich nicht mehr verhindern lassen. Ich bedaure zutiefst, dass die Regierungsfraktionen damit eigentlich keine Freude haben. Um der Exekutive – so gut es geht – die Mauer zu machen, wird auf die Vorlage aktueller Berichte des Rechnungshofes verzichtet. Damit verweigern sich ÖVP und FPÖ der vornehmsten Aufgabe eines Parlaments, die Kontrolle über die Regierung auszuüben. ... Der Staat wird immer verwaltungslastiger. Die Parlamente werden immer schwächer. Wer in einer solchen Lage noch freiwillig Kontrollrechte aufgibt, dem ist nicht zu helfen.“⁵⁶

Jahrelang dauerte auch das Tauziehen mit der ÖVP um die Installierung eines Ombudsmannes. Seit den späten sechziger Jahren ein Thema, seit 1972 im SPÖ-Programm, ließ die Realisierung in Form des Landesvolksanwaltes bis 1985 auf sich warten. Ex-Landesrat Ernst Winder in seinem Erinnerungsbuch „Zwischen Fußach und Europa“ dazu:

„Es war die spannendste Wahl, die ich im Vorarlberger Landtag erlebte. Zwei Wahlgänge im Juli 1985 endeten ergebnislos, erst drei Monate später fiel die Entscheidung: Im dritten Anlauf schaffte Nikolaus Schwärzler die erforderliche Dreiviertel-Mehrheit von 27 Stimmen und war damit zum ersten Landesvolksanwalt Vorarlbergs und auch Österreichs gewählt.“⁵⁷

Die Einsetzung eines Landesvolksanwaltes war bei der Änderung der Landesverfassung 1984 vorgesehen worden. Bei dieser Revision der Landesverfassung sollte auch das Bekenntnis zur „christlich-abendländischen Kultur“ kodifiziert werden. Ein Ansinnen der ÖVP, das letztlich am Widerstand der SPÖ und FPÖ scheiterte.

Die Kreisky-Jahre brachten eine verstärkte innerparteiliche Diskussion mit sich, denn auch am Demokratieverständnis innerhalb der Partei regte sich Kritik. In einem Diskussionsbeitrag der Jungen Generation Rankweil zur „Belebung der innerparteilichen Demokratie“ beklagten

die Verfasser Erstarrungstendenzen und Ritualisierungen in der Organisation:

„Es ist eine bedauerliche Tatsache, dass unser Organisationsleben, im besonderen aber die Abwicklung der Jahreshauptversammlungen und Jahreskonferenzen, zwar meist statutengemäß, ansonsten aber mit viel Tradition behaftet und von Routine geleitet von statten geht.

Die Wahl der Funktionäre ist heute vielfach zur Äußerlichkeit geworden und wird vom wahlberechtigten Plenum meist bloß als Routine, nicht selten als Manipulation führender Funktionäre und deren Gruppen aufgefasst.

Neugeworbene Mitglieder sind vom Verlauf einer Jahreshauptversammlung oft bitter enttäuscht und bleiben ihr künftig fern. Daraus resultiert meist auch, dass der Versuch aus dem ‚beitragszahlenden Mitglied‘ einen neuen Mitarbeiter zu gewinnen erfolglos bleibt. Aber auch bereits länger im Parteileben verankerte – jedoch noch von der Betriebsblindheit verschonte – Mitarbeiter sind mit den Vorgängen auf Bezirkskonferenzen und Landesparteitage nicht einverstanden.“⁵⁸

Für die Freiheit der Kunst

1973 hatte die ÖVP allein das Kulturförderungsgesetz beschlossen. Für Landeshauptmann Keßler war es das modernste Kulturförderungsgesetz in Österreich, eine „kulturpolitische Weichenstellung erster Ordnung“.⁵⁹ Für die SPÖ war dieses Gesetz allerdings ein permanentes Ärgernis. Dr. Arnulf Häfele, der kulturpolitische Sprecher der SPÖ im Landtag, ließ kein gutes Haar an der Kulturpolitik unter Keßler. Er bezeichnete das Kulturförderungsgesetz als „ein völlig unnützes Gesetz, das bei den Kulturschaffenden viele unerfüllte Hoffnungen zurückgelassen hat und das im Grunde für das unerfreuliche Klima zwischen Kulturschaffenden und dem Kulturreferent verantwortlich gemacht werden muß.“⁶⁰

Häfele prangerte nicht zu unrecht die Zensurmentalität der verantwortlichen Politiker an, denn Vorarlberg ist ein Land, in dem die Film-

und Theaterzensur eine lange Tradition hat.⁶¹ 1946 wurde die Ausführung von Schillers „Kabale und Liebe“ untersagt, zwei Jahre später“ wegen der „sittenwidrigen Kleidung“ von zwei Sängerinnen die Oper „La Traviata“. 1964 fiel der Film „Das Mädchen Irma La Douce“ ebenso der Zensur zum Opfer wie die Verfilmung von Schnitzlers „Reigen“. Das „Twist-Verbot“ gab Vorarlberg weit über die Landesgrenzen hinaus dem Gespött preis.

Für Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler war die Novellierung des Lichtspielgesetzes 1983 ebenso wie für die SPÖ eine prinzipielle Frage. In dieser Auseinandersetzung zeigten sich die weltanschaulichen und ideologischen Bruchlinien sehr deutlich. Während die ÖVP den Kampf gegen „Schmutz und Schund“ intensivieren wollte, bekämpfte die SPÖ die Bevormundung des Bürgers und der Bürgerinnen. Die SP-Landtagsfraktion dokumentierte ihren Standpunkt in der Broschüre „Zensur in Vorarlberg“. Alwin Riedmann in seinem Schlusswort im Landtag:

„Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass die Sozialistische Landtagsfraktion in der grundsätzlichen Ablehnung von Produkten nicht bereit ist, die erwachsenen, volljährigen und mündigen Bürger ans Gängelband zu nehmen, und ihnen vorzuschreiben, welche Filme sie besichtigen dürfen und welche nicht. Wir Sozialisten sind der Auffassung, dass im künstlerischen Bereich – und Filme spielen sicherlich in die Kunst hinein – nicht mit Verbotsmaßnahmen gearbeitet werden sollte. Vielmehr ist durch eine entsprechende Erziehungs- und Bildungsarbeit die kritische Einstellung dem Filmangebot gegenüber zu wecken und auf ein verstärktes Interesse für künstlerisch wertvolle Filme hinzuarbeiten.“⁶²

Für eine humane Sozialpolitik

Seit 1945 stellten die Sozialisten den Sozialreferenten in der Landesregierung. Viele Gesetze tragen deshalb in der Sozialpolitik ihre Handschrift. Am 19. Mai 1971 beschloss der Vorarlberger Landtag einstimmig das Sozialhilfegesetz, das erste dieser Art in ganz Österreich. Der sozialistische Landesrat Dr. Walter Peter begrüßte dieses Gesetz

deshalb auch als sozialpolitische Pioniertat. Im SP-Grundsatzprogramm von 1978 nahm naturgemäß die Sozial- und Gesundheitspolitik breiten Raum ein:

„Sozialpolitik beschränkte sich in der Vergangenheit allzu sehr darauf, die Schäden zu beheben, die die Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem erlitten haben. Sozialpolitik, die über den Wohlfahrtsstaat hinausweist, muss ihr Ziel in der Vermeidung dieser Schäden und in der Beseitigung ihrer Ursachen haben.“⁶³

Die verbesserte Kinderbetreuung, die Errichtung von Sozialsprengeln und Sozialzentren mit den diversesten Aufgaben gehörte zum Forderungskatalog der SPÖ. Viele Anliegen wurden in den folgenden beiden Jahrzehnten im Lande Schritt für Schritt verwirklicht.

Für den weiteren Abbau von Bildungsschranken

Neben den grundsätzlichen Forderungen nach der Errichtung von Kindergärten, von Vorschulklassen, von Schulversuchen mit Ganztagschulen und nach dem Ausbau der berufsbildenden Lehranstalten zählte die Förderung der Erwachsenenbildungseinrichtungen zum bildungspolitischen Forderungskatalog der SPÖ.

Die Errichtung des Fernstudienzentrums in Bregenz gehört zu den großen Pluspunkten der sozialistischen Bildungspolitik in diesem Lande. Als „Gegenründung“ zum Landesbildungszentrum in Schloß Hofen galt das Studienzentrum als „roter Pfahl“ in der „schwarzen“ Bildungslandschaft.

Deshalb ist die Entstehungsgeschichte dieser universitären Einrichtung geprägt von heftigen parteipolitischen Auseinandersetzungen. Denn ohne entsprechende Koordination mit Landeshauptmann Keßler kamen das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unter der Leitung von Dr. Hertha Firnberg, die Fernuniversität Hagen (Nordrhein-Westfalen) und der Bregenzer Bürgermeister und Landesparteivorsitzende Dipl. Ing. Fritz Mayer überein, im Dreiländereck diese Erwachsenenbildungsstätte zu installieren. Das erste österreichische Studienzentrum wurde am 29. März 1981 eröffnet. Dr. Herta Firnberg

unterstrich in ihrer Ansprache, dass der Regionalisierung von Bildungseinrichtungen entscheidende Bedeutung bei der Erhöhung des Bildungsniveaus und bei der Ausschöpfung des Begabtenpotentials, besonders in bildungsmäßig benachteiligten Regionen wie Vorarlberg, zukomme.

Das Studienzentrum Bregenz wurde von der ÖVP-Mehrheit im Landtag als „Mayer-Gründung“ zunächst kategorisch abgelehnt. Ein besonderer Dorn im Auge war ihr, dass die Zugriffsmöglichkeiten auf Personalentscheidungen bei dieser universitären Einrichtung im Lande nicht gegeben waren. Und dies war ein Novum: Denn die Bildungspolitik in Vorarlberg wurde seit mehr als hundert Jahren für die Zwecke der ‚schwarzen‘ Majorität instrumentalisiert. Erst in den Neunzigerjahren normalisierte sich das Verhältnis. Heute ist das Eurostudienzentrum Bregenz in der Bildungslandschaft fest verankert.

Gegen Mietwucher und für den sozialen Wohnungsbau

„Wohnpolitik bleibt Schwerpunkt der SPÖ“ – so der Titel in den Vorarlberger Nachrichten nach einer Pressekonferenz von SPÖ-Vorsitzenden Elmar Mayer im August 1998, in der die Arbeitsschwerpunkte für das Wahljahr 1999 präsentiert wurden.⁶⁴ Solche Schlagzeilen finden sich vor jeder Landtagswahl, denn der Kampf gegen Miet- und Wohnungswucher gehört zu den Grundkonstanten der Parteiarbeit.

1957 informierte die SPÖ zum Beispiel die Öffentlichkeit über einen „empörenden Fall von Wohnungswucher in Lustenau“ bei der VOGEWOSI.⁶⁵ Vier Jahrzehnte später unterscheiden sich die Schlagzeilen nicht. Wieder war die Mietgestaltung der VOGEWOSI Anlass für einen monatelangen öffentlichen Diskurs. Allerdings kam dadurch auch die SP-nahe Wohnbaugenossenschaft „Neue Heimat“ ins Schussfeld der Kritik.

Analysiert man die diversen Wohnbauprogramme der SP nach 1945, so finden sich in fast jedem Konzept die folgenden Formulierungen und Grundsatzserklärungen:

„Gemäß § 25 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 ist jeweils ein fünfjähriges Wohnbauprogramm zu beschließen, das die Grundlage für die Wohnbauförderung in diesem Zeitraum zu bilden hat. ... Trotz reger Bautätigkeit in den vergangenen Jahren ist nach wie vor großer Mangel an Wohnraum. Wohnbaufragen haben daher auch immer große Aktualität. Die SPÖ betrachtet dabei die Wohnung im Bereich der Wohnbauförderung nicht als Ware, deren Preis man dem Marktmechanismus ‚Angebot und Nachfrage‘ überlassen kann. Jedem Menschen, besonders aber jeder Familie, muss die Möglichkeit auf eine angemessene Wohnung zugestanden werden. Es bedarf daher vor allem für einkommensschwächere Personen der öffentlichen Hilfe, um dieses Ziel zu verwirklichen. Dabei ist zu trachten, nicht nur durch den Bau sachgerechter Wohnungen, sondern auch durch Gestaltung des Umlandes und der infrastrukturellen Einrichtungen einen Lebensraum von hoher Qualität zu schaffen. Dieser soll nicht nur dem Wohlbefinden der Menschen von heute und in der Zukunft entsprechen, sondern auch die zwischenmenschlichen Kontaktmöglichkeiten fördern, so dass es zu einem harmonischen Zusammenleben der Menschen kommen kann.“

Bei der Umsetzung wiederholen sich die Klagen: Während die Förderung des Eigenheimbaus konstant hoch blieb, sah die Situation bei Mehrwohnungsbauten und beim Bau von Mietwohnungen anders aus. Hier zeigen sich auch nach 1945 die alten ideologischen Muster: Schon in der Ersten Republik forcierten die Christlichsozialen den Eigenheimbau aus ideologischen Gründen. Ein Beispiel aus dem Klagekatalog in diesem Bereich:

„Im Hinblick auf die nach wie vor große Nachfrage nach Mietwohnungen ist es einfach unverständlich, dass seitens der Landesregierung im Jahre 1977 nur 158 Mietwohnungen gefördert wurden, dies obwohl im Wohnbauprogramm 1977 die Förderung von 300 Mietwohnungen vorgesehen war, obwohl ein Ansuchen seitens der VOGEWOSI für die Förderung von weiteren 141 Mietwohnungen vorgelegen war.“⁶⁶

„Faire Mieten“ – Kampagnen stehen also in einer langen SP-Tradition. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Landespolitik sind für die SP-Politiker jedoch seit dreißig Jahren noch eingeschränkter als vorher, denn seit 1974 drückt die SPÖ die Oppositionsbank und wird von den Regierungsgeschäften ferngehalten.

1974 : Austritt aus der Landesregierung

Im Jahre Dezember 1971 wurde Ernst Winder in die Landesregierung gewählt und traditionellerweise mit dem Sozial- und Gesundheitsressort betraut. Die Blockadeversuche der Kreisky-Reformen durch den konservativ gesinnten Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler führten jedoch rasch zu einer Konfrontationsstellung. In seinem Erinnerungsbuch „Zwischen Fußach und Europa“ hält der Ex-Landesrat dazu fest:

„Die Konflikte in meiner Regierungszeit begannen, als der Landeshauptmann auf die Idee verfiel, die Reformen der Kreisky-Regierung zu bekämpfen. Er brachte ablehnende und für jeden Sozialisten unannehmbare Stellungnahmen in die Sitzungen der Landesregierung, so zu arbeitnehmerfreundlichen Reformen wie der Abfertigung für weibliche Angestellte, längeren Urlaub für Arbeiter und erweiterter Mitbestimmung für Arbeitnehmer. Ein weiterer Zankapfel war die Ernennung von Schuldirektoren. ... Zum ersten großen Schlagabtausch kam es im März 1973. Aus Vergleichen mit den anderen Bundesländern erkannten wir, dass die ÖVP in Vorarlberg eine Machtpolitik betrieb, die weit über ihre Wählerstärke hinausging und den Minderheiten zu wenig Mitwirkungsmöglichkeiten ließ. Wir schrieben unseren ganzen Frust in die ‚Vorschläge für eine Demokratiereform in Vorarlberg‘ hinein, sie gerieten zu einer schonungslosen Abrechnung mit der Volkspartei und lösten bei dieser helle Empörung aus.“⁶⁷

Der Konflikt zwischen dem SP-Landesrat und dem Landeshauptmann verschärfte sich zusehends. Im Oktober 1973 kam es zum Eklat, als Winder aus Protest wegen der Verweigerung von Unterlagen der Regierungssitzung fernblieb und mit Rücktritt drohte.⁶⁸

Als die Vorarlberger Nachrichten titelten: „Fall Illwerke – Vorarlberg um Milliarden geschädigt!“ glaubte die SPÖ zwei Monate vor den Landtagswahlen 1974 ein geeignetes Thema zu haben, um Keßler in Bedrängnis zu bringen. Doch letztlich erwies sich das Illwerke-Thema als Boomerang. Und auch bundespolitische Themen erzeugten Gegenwind: Die Fristenlösung und die Absetzung des ORF-Generals Gerd Bacher überlagerten den Wahlkampf. Der Wahlabend brachte eine herbe Enttäuschung: Die Keßler-Partei legte zwei Mandate zu, die SPÖ stagnierte, bekam jedoch auf Grund des neuen Wahlrechts ein zusätzliches Mandat. Die FPÖ büßte drei Mandate ein.

Für die SPÖ war nach diesem Wahlergebnis klar, dass keine großen Ansprüche gestellt werden konnten, doch in jedem anderen Bundesland hätte sie einen zweiten Landesrat erhalten. Den forderte sie auch. Allerdings dachte die ÖVP gar nicht daran, diesem Ansinnen nachzukommen. Sie erhob sogar die Forderung, dass Ernst Winder nicht mehr der Regierung angehören sollte. Dieses Diktat war unannehmbar, so dass die Parteigremien unter dem Parteivorsitzenden Roman Heinz beschlossen, unter diesen Umständen die Oppositionsbank zu drücken. Ein Regierungssitz wird seit damals von der mit absoluter Mehrheit regierenden ÖVP – zunächst unter Dr. Herbert Keßler, dann unter den Nachfolgern Dr. Martin Purtscher und Dr. Herbert Sausgruber – der FPÖ überlassen.

Der Gang in die Opposition sollte für die laufende Periode gelten. In einem internen Thesenpapier skizzierte der nunmehrige Klubobmann Ernst Winder die SPÖ-Oppositionsarbeit:

„Vorarlberg gilt zwar allgemein als ein Land, in dem der Bürger eine kritische Grundhaltung gegenüber jeder Obrigkeit hat, dennoch haben wir die Erfahrung gemacht, dass wir mit einer ‚positiv‘ formulierten Alternativpolitik besser fahren. So haben wir nicht erst 1974, sondern bereits 2 Jahre früher mit der Vorlage von Alternativen zu den wichtigsten Bereichen der Landespolitik begonnen und setzen diese Politik konsequent fort.

1. Schwerpunkt unserer Alternativpolitik ist eine soziale Politik im weitesten Sinne.

Vorarlberg ist das Bundesland mit dem größten Lehrermangel und den meisten Zwergschulen.

Nur 40 % der Kinder können einen Kindergarten besuchen und bei etwa 15.000 berufstätigen Müttern gibt es nur 3 Ganztagskindergärten. Vorarlberg ist das Land mit den teuersten Wohnungen und einer ärztlichen Versorgung, die bei den praktischen Ärzten um 1/3 und bei den Zahnbehandlern um die Hälfte schlechter ist als der österreichische Durchschnitt.

Es ist daher nur zu verständlich, dass wir unsere Bemühungen auf eine Politik stützen, die sich sozialere Lebensbedingungen für die arbeitenden Menschen und deren Familien zum Ziel setzten. (...)

Den 2. Schwerpunkt setzten wir in der Schul- und Gesellschaftspolitik. Hier ging und geht es nicht nur darum, sich um die fehlenden Lehrer und Schulräume zu kümmern, sondern vor allem darum, den konservativen, zum Teil reaktionären Mief zu bekämpfen, der in Vorarlberg "herrscht". (...) Man kann sich andernorts kaum vorstellen, mit welcher Aggressivität hier alles bekämpft wird, was auch nur im entferntesten nach liberaler oder sozialistischer Gesellschaftspolitik riecht. Und der Herr Landeshauptmann, der sich als ideologischer Einpeitscher betätigt, wird dabei nicht nur von den diversen Vorfeldorganisationen seiner Partei und einigen katholischen Verbänden unterstützt, sondern leider auch von der heimischen Presse.

3. Schwerpunkt ist die Wirtschaftspolitik, die sich sehr unvorteilhaft von der des Bundes abhebt. (...) Eine Organisation wie die der Vorarlberger SPÖ, die bis auf 4 Gemeinden nirgendwo Macht ausübt, kaum Geld und keine Zeitung hat, um eine "Gegen-Öffentlichkeit" zu schaffen, kann auf Dauer keine politischen Erfolge erzielen, wenn sie keine schlagkräftige Organisation hat.

Deshalb laufen unsere gesamten Anstrengungen gleichzeitig auf 2 Geleisen: 1. wir wollen eine sozial-liberale Alternativpolitik zum herrschenden Konservatismus schaffen und deutlich machen und 2. wir wollen für diese alternative Politik möglichst viele Menschen in unserem Lande mobilisieren."⁶⁹

Während die SPÖ seit 1970 auf Bundesebene den Kanzler stellt, verharret die Landesorganisation seit den Zeiten Keßlers in der Oppositionsrolle. Dies schadete letztlich der SPÖ auch auf der kommunalen Ebene.

Kommunalpolitische Erfolge

Eine eingehende Analyse und Würdigung der SP-Erfolge auf Gemeindeebene in den siebziger und achtziger Jahren kann an dieser Stelle nicht erfolgen.

Im Sog der Kreisky-Aufbruchstimmung gelang es in Bludenz und in der Landeshauptstadt Bregenz den Bürgermeisteresseln zu erobern.

In Bludenz konnte von 1970 bis 1983 Ex-Landesrat Hermann Stecher, dann bis 1995 Heinz Wiedemann auf eine SPÖ-Mehrheit bauen.

Hermann Stecher war 1969/1970 Sozial- und Gesundheitslandesrat, ehe er durch einen fulminanten Wahlsieg Bürgermeister wurde. Von 1976 bis 1979 bekleidete er außerdem das Amt eines Landtagsvizepräsidenten.

Zu den herausragenden Großveranstaltungen der SP gehörten in den siebziger Jahren die „Vorarlberg-Tage“. Der erste fand 1977 im Beisein von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky in Feldkirch statt, der zweite anlässlich der Eröffnung der Fußgängerzone ein Jahr später in Bludenz. In Bregenz regierte von 1970 bis 1988 Dipl. Ing. Fritz Mayer, dann für zwei Jahre Mag. Norbert Neururer.

Bürgermeister Mayer war zweifellos eine herausragende Persönlichkeit in der SP-Geschichte. Er leitete auch von 1976 an die Geschicke der Partei. Diverse Großprojekte wie der Pfändertunnel, der Citytunnel, der neue Bahnhof, die Achsiedlung, das Hallenbad oder das Festspielhaus wurden unter seiner Ägide in Bregenz verwirklicht. Für zwei Jahrzehnte drückte der Enkel des „Sozi-Mayers“ und Sohn von Josef Mayer der Kommunalpolitik in der Landeshauptstadt seinen Stempel auf. Günter Dietrich, Ex-Landespartei sekretär und Ex-Nationalrat charakterisiert Fritz Mayer in seiner Broschüre „Sozialdemokratie in Vorarlberg“ folgendermaßen:

„Drei Vorzüge zeichneten Fritz Mayer aus: Seine ausgeprägte Volksverbundenheit, obwohl er sich selbst wiederholt als

Parteisoldat bezeichnete. Seine Pflege von Kontakten über politische, gesellschaftliche und konfessionelle Grenzen hinweg, auch zu den Medien. Seine guten Beziehungen zu Bundeskanzler Bruno Kreisky und damit zu maßgeblichen Entscheidungsträgern in der Bundesregierung. ...

Am Beispiel Trassenführung der Autobahn, die nicht wie geplant am Bodensee entlang, sondern durch den Pfänder geführt wurde, hat Fritz Mayer der konservativen Übermacht im Lande, sowohl



Der Bregenzer Bürgermeister und Landesparteivorsitzende Dipl. Ing. Fritz Mayer (BM von 1970 bis 1988, Landesparteiobmann von 1976 bis 1988) war zweifelsohne eine herausragende Persönlichkeit. Diverse Großprojekte wie der Pfändertunnel, der Citytunnel, der neue Bahnhof, das Hallenbad oder das Festspielhaus wurden unter seiner Ägide verwirklicht. Für zwei Jahrzehnte drückte der Enkel des „Sozi-Mayers“ und Sohn von Josef Mayer der Kommunalpolitik in der Landeshauptstadt seinen Stempel auf. Hier ist er in seiner Lieblingspose zu sehen: Er legt bei einer Firstfeier selbst Hand an (1982).

im Bregenzer Rathaus als auch im Landhaus, deutlich gezeigt, dass politischer Macht auch Grenzen gesetzt sind. ...Obwohl die planerische und bauliche Umstrukturierung des Verkehrs in Bregenz zur Errichtung eines zentralen Güterbahnhofes in Wolfurt führte und somit, wie an diesem Beispiel zu erkennen ist, auch landesweite Bedeutung hatte, haftete ihm bei den Funktionären anderer Bezirke das Image an, "für Bregenz alles, für die andern Regionen das was übrig bleibt".

Speziell die Feldkircher und Dornbirner, aber auch Funktionäre aus den Umfeldgemeinden von Bregenz, wollten nicht wie die Bregenzer Stadtgenossen, nur auf die Pfeife des erfolgreichen Bürgermeisters hören. Die Bludener hingegen waren stark durch den gleichfalls erfolgreichen Bürgermeister Hermann Stecher und dessen dominierenden Führungsstil geprägt, kooperierten daher eher mit den Bregenzern.

Die Umweltbewegten in der SPÖ hatten Probleme mit dem Bagger-Fritz, wie er sich selbst im Gemeindevahlkampf 1975 plakatieren ließ... Die Gewerkschafter und die Linken in der SPÖ sahen sich durch den Macher nicht vertreten. Letztlich befürchteten zahlreiche Ortsfunktionäre und Bezirksgrößen von den Bregenzern, zum Beispiel bei der regionalen Verteilung der Mandate, überrollt zu werden."⁷⁰

Obwohl es Fritz Mayer mit den „Zeitungen konnte“ – er unterhielt beste Beziehungen zum Chefredakteur der Vorarlberger Nachrichten Franz Ortner -, schloss dies Konflikte mit den Medien nicht aus. Oftmals wird heute betont, dass die Gründung der Neuen Vorarlberger Tageszeitung (1972) das Monopol der Vorarlberger Nachrichten gebrochen hätte und dies auch der SPÖ zu Gute gekommen sei: „Die NEUE hatte Verständnis für die Jugendbewegung und die alternativen Gruppen, für die kleinen Kulturveranstalter und die Randspiele. Sie gab anderen Meinungen Platz und verschaffte auch der Opposition Gehör“, so Ernst Winder.⁷¹ Ein anderes Bild zeigt sich in der Resolution des Landesparteipräsidiums und des Landtagclubs, die in der „Vorarlberg Information“ (Nr. 3/1978) veröffentlicht wurde:

„Die Mitglieder des Landesparteipräsidiums und des SPÖ-Landtagsklubs verurteilen die Schreibweise der ‚Neuen Vorarlberger Tageszeitung‘ auf das schärfste. Die diffamierende Art, wie in letzter Zeit über die SPÖ Vorarlberg und Ihre Spitzenmandatare geschrieben wurde, ist in der Vorarlberger Medienlandschaft bislang beispiellos und entspricht eher einem Boulevardstil denn einer kritischen Berichterstattung.

Insbesondere die unqualifizierten Angriffe auf den Landesparteiohmann Bürgermeister Dipl.-Ing. Fritz Mayer, sowie die immer wiederkehrenden Versuche der „NEUEN“, führende SPÖ-Mandatare gegeneinander auszuspielen, sind von einer seriösen und objektiven Berichterstattung weit entfernt. ...

Landesparteipräsidium und Landtagsklub befürworteten einhellig die gerichtliche Verfolgung der diskriminierenden Äußerungen in der „NEUEN“ und stellen sich klar und eindeutig hinter ihren Landesparteiohmann und Bürgermeister Dipl. Ing. Fritz Mayer. ... Obwohl sich die ‚NEUE‘ selbstgefällig als ‚mutig, klar, unabhängig‘ tituliert, hat sie unter Chefredakteur Scharsach einen Kurs eingeschlagen, der sie eindeutig und unmissverständlich zum ÖVP-Propagandaorgan abstempelt.

Im Vergleich dazu war die Vorgängerin der ‚NEUEN‘, das seinerzeitige ÖVP-Volksblatt, geradezu ein Musterbeispiel journalistischer Anständigkeit und Fairness.“

Dieser Konflikt wurde jedoch rasch außergerichtlich beigelegt.

Selbst eine so dominierende Persönlichkeit wie der Bregenzer Bürgermeister tat sich als Parteiohmann schwer. Bei jedem Landesparteitag beschwor er die Einigkeit der Partei und appellierte an die Delegierten, die ohnedies kleinste Landesorganisation möge sich durch Bezirksquerelen und persönliche Streitigkeiten nicht noch mehr schwächen. Nach seinem plötzlichen Ableben 1988 trat genau dies ein. Dies hatte nicht nur für die Landespartei fatale Folgen, sondern wirkte sich auch auf der Gemeindeebene negativ aus.

Bei den Gemeinderatswahlen 1980 trat die SPÖ in 47 Gemeinden an und erreichte dort im Schnitt 29 Prozent der Stimmen. In Bludenz und

Bürs hatte die SPÖ mit 65 Prozent eine satte Mehrheit, in Bregenz mit 54 Prozent ebenfalls die absolute Mehrheit.⁷² Bludenz, Bregenz, Hard, Bludesch, St.Gallenkirch/Gaschurn, Schlins und Bürs zählen zu den Gemeinden, die zumindest ein Jahrzehnt lang einen SPÖ-Bürgermeister hatten.

Seit 1955 regiert die SPÖ in Bürs: Zunächst Ludwig Säly (1955 bis 1959), dann Elmar Steurer (1959 bis 1971). Ihm folgte Willi Plangg nach und seit 1988 bekleidet Helmut Zimmermann dieses Amt. Diese Gemeinde nimmt damit eine Sonderstellung ein. Denn in den neunziger Jahren gingen die meisten SPÖ-Bürgermeistersessel wieder verloren. Zu Beginn der achtziger Jahre, als sich die Kreisky-Ära langsam ihrem Ende zuneigte, sah die Ausgangsbasis bei Gemeindewahlen für die SPÖ anders aus als heute:

„1. Gemeinden in denen die SPÖ den Bürgermeister stellt:

Bregenz (51,2%), Bludenz (63,4%), Bürs (55,6 %), Bludesch (43,9 %)

2. Gemeinden mit einem SPÖ-Stimmenanteil von über 50% :

Bludenz (63,4), Bürs (55,6), Bregenz (51,2)

3. Gemeinden mit einem SPÖ-Stimmenanteil von 40 – 50 % :

Nüziders (44,0), Bludesch (43,9)

4. Gemeinden mit einem SPÖ-Stimmenanteil von 30 – 40 % :

Frastanz (36,0), Innerbraz (34,2), Meiningen (33,4), Hard (33,9), Koblach (32,7), Göfis (31,0), Rankweil (30), Sulz (30).

5. Gemeinden mit beachtlichem SPÖ-Zuwachs seit 1965:

Bludenz (38 – 53 – 63)

Bludesch (27 – 33 – 44)

Nüziders (36 – 42 – 44)

Silbortal (19 – 15 – 29)

Bregenz (25 – 36 – 51)

Kennelbach (19 – 19 – 27)

Wolfurt (9 – 13 – 18)

Hohenems (19 – 13 – 27)

Frastanz (28 – 30 – 36)

Koblach (21 – 25 – 33)

Göfis (11 – 29 – 31).”⁷³

Contra „Pro Vorarlberg“

Auf die Frage nach dem wichtigsten politischen Erfolg der Landesorganisation nach 1945 antwortet der Ehrenvorsitzende Karl Falschlunger ohne Zögern: „Die erfolgreiche Kampagne gegen Pro Vorarlberg.“

Das katholisch-konservativ-christlichsoziale Lager hatte seit dem 19. Jahrhundert die „Eigenständigkeit des Landes“ auf seine Fahnen geheftet und damit die Vorstellung von einem spezifischen Naturell „des alemannischen Vorarlbergers“ verbunden. Das erfolgreichste Mittel, politische Gegner im Lande zu diskreditieren, schien jahrzehntelang darin zu bestehen, deren Bestrebungen als „landfremd“ oder „volksfremd“ abzuqualifizieren.⁷⁴ Bis weit in die achtziger Jahre hinein dominierten „alemannozentrische Klischees“ den öffentlichen Diskurs und die offizielle Landesgeschichtsbetrachtung.

Die Behauptung, dass die Vorarlberger „Alemannen“ seien und dass das Land seit grauer Vorzeit eine Einheit bilde, dass die Bewohner dieses Landes gleichsam von Natur aus anders als die anderen seien, stets demokratisch und freiheitsliebend, jedem Zentralismus abgeneigt und mit positiven Grundeigenschaften versehen, gehörte auch zum Gedankenarsenal der „Pro Vorarlberg“-Bewegung, die sich im Jahre 1979 konstituierte.

In seinem Erinnerungsband „Arbeit für Vorarlberg“ legte Ex-Landeshauptmann Keßler 1995 einen Rechenschaftsbericht über mehr als zwei Jahrzehnte Regierungsverantwortung vor, in dem er die Leitlinien der Landespolitik nachzeichnete. Als „Fundament“ der Landespolitik nach 1945 bezeichnet Keßler das Dreigestirn „Subsidiarität – Selbstverwaltung – Föderalismus“, und dahinter steckt bei ihm in erster Linie der alte Kampf gegen das „rote Wien“.⁷⁵

Die inhaltliche Umsetzung des „Föderalismus“ steht grundsätzlich im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen:

„Die Überhöhung des ‚Zentralismus‘ zum Sündenbock schlechthin und die gleichzeitige Einengung des Bezugsrahmens auf den Staat und seine Institutionen verhindern in Vorarlberg eine ernst-

hafte Diskussion über regionale Probleme. Die Überhöhung des 'Föderalismus' zum Maßstab für Gut und Böse führt dazu, dass sich zwar alle in Vorarlberg zum Föderalismus bekennen, aber letztlich nur einige wenige Meinungsmacher darüber befinden, welche Inhalte mit diesem Begriff verbunden sind."⁷⁶

Hinter die Bestrebungen der "Pro Vorarlberg"-Gruppe stellten sich die Vorarlberger Nachrichten mit ihrem Chefredakteur Franz Ortner. Doch gleichzeitig formierte sich der Widerstand. Die spontan gegründete Bewegung "Vorarlberger Pro Österreich" wurde zum Sammelbecken allerer, die das Gedankengut der Pro-Vorarlberger grundsätzlich ablehnten.

Am 28. März beschloss die Landtagsmehrheit eine Volksabstimmung über „die Stärkung des Landes (der Länder) und der Gemeinden im Rahmen des österreichischen Bundesstaates“ durchzuführen. Die vorgelegten „10 Punkte“ fußten auf den Forderungen der Pro-Vorarlberg-Gruppe, waren jedoch abgeschwächt. Die SPÖ rief – im „Jahr der Parteiarbeit“ – dazu auf, am 15. Juni 1980 mit „Nein“ zu stimmen. Die Inseratenkampagne in der „NEUEN“ gehört zu den erfolgreichsten in der SP-Geschichte: „Diese Extrawurst schmeckt uns nicht. Nein zu separatistischem Denken. Nein zu ‚Los von Österreich‘, hieß es in einem Inserat.⁷⁷ Vier Tage später inserierte die Partei: „Alemannische Freiheit auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Den Arbeitnehmern weht sie höchstens um die Nase.“ Und eine Woche vor der Abstimmung: „Sind Sie zufällig Steirer, Kärntner, Südtiroler oder sonst nicht ganz waschechter Alemanne? Dann ist Vorarlberg für Sie vielleicht zur zweiten Heimat geworden. Auf Ihre Leistung hat das Ländle nicht verzichten können. Doch plötzlich sollen alte Gräben wieder aufgerissen werden. Plötzlich gibt es wieder bessere und schlechtere Österreicher. Die ‚besseren‘ wollen jetzt auch mehr Rechte. Die Pro-Vorarlberger wollen eine Extrawurst, die jeden, der nicht so 100-prozentig alemannisch ist, beleidigen muss. Was hinter dem Arlberg kommt, soll nur noch ein Land zweiter Klasse sein. Allen Nicht-Vorarlbergern wird diese Einstellung das Leben schwer machen. Deshalb nein zu separatistischem Denken. Nein zu Größenwahnsinnigem Lokalpatriotismus.“

Das Abstimmungsergebnis war für die SPÖ ein Erfolg. Trotz massiver Behinderungen und Zensur-Bemühungen – die Inserate der SPÖ mit Nein-Empfehlungen durften in den VN nicht erscheinen – unterstützten „nur“ 69,32 Prozent den Vorschlag der Landesregierung, 30,68 Prozent lehnten ihn ab.⁷⁸ Dies entsprach fast genau dem Wähleranteil der SPÖ bei den Nationalrats-, Arbeiterkammer- oder Landtagswahlen 1979 (NR 33,4 %; AK 30,15 %; LT 29,1%).

Im Gegensatz zu „Fußach 1964“ war der Mobilisierungsgrad der traditionellen Machthaber im Lande im Jahre 1980 wesentlich schwächer. Die offizielle Föderalismus-Haltung der Landeseliten mit der Betonung der Forderung nach „mehr Demokratie“ konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass die jahrzehntelange ÖVP-Mehrheit demokratiepolitische Defizite im Umgang mit Minderheiten im Land selbst nicht abgebaut hatte. Denn die traditionellen Feindbilder bestanden hier nach wie vor: „Rote“ und „Fremde“ zählten zu ihnen.

Zwischen Ablehnung und Solidarität: „Fremd- und Gastarbeiter“

Viele führende Funktionäre der SPÖ und ihrer Teilorganisationen wurden nicht in Vorarlberg geboren. Exemplarisch sei nur Arbeiterkammerpräsident Anton Linder genannt.

Der „goldene“ Westen benötigte in den „Wirtschaftswunderjahren“ nach 1945 zunehmend Arbeitskräfte. Die Arbeitsmigranten kamen seit den fünfziger Jahren aus „Innerösterreich“ und fanden vorwiegend im Baugewerbe, in der Textilindustrie und im Gastgewerbe Arbeit. Doch diese Arbeitsmarktbinnenwanderung genügte in den sechziger Jahren nicht mehr: Für gewisse manuelle Hilfsarbeiten ließen sich immer schwerer einheimische Arbeitskräfte finden. Deshalb wurden zusehends ausländische Arbeitnehmer angeworben. Die stärkste Zunahme von Gastarbeitern erfolgte in den Jahren 1968 bis 1973: 1968 wurde in Vorarlberg die Zehntausendermarke überschritten, 1973 waren bereits 25.896 ausländische Arbeitskräfte hier beschäftigt. Danach ging die Anzahl zurück.



Bundespräsident Franz Jonas (links) besuchte Mitte der 60er Jahre gemeinsam mit Franz Katzengruber (Landesparteiobmann und Dornbirner Stadtrat) eine Textilfabrik. Damals war von der Textilkrise noch wenig zu spüren. Im Gegenteil: Die Industrie benötigte Arbeitskräfte und holte Menschen aus Ex-Jugoslawien und aus der Türkei ins Land. Auch der ÖGB sah diese Entwicklung nicht gerne.

Nach der durch den “Ölschock” einsetzenden Rezession (Herbst 1973) wurde die bis dahin recht liberale Zuwanderungspolitik geändert. Das Arbeitsamt setzte strengere Maßnahmen gegen die illegal einwandernden “Touristen” durch. 1976 wurde ein neues Ausländerbeschäftigungsgesetz in Kraft gesetzt. Ausländer durften nur mehr dann beschäftigt werden, wenn sie eine behördliche Bewilligung besaßen. Familienzusammenführungen wurden erschwert. Der Ausländeranteil in Vorarlberg betrug damals 17,7 % der Beschäftigten.

Die sozialistischen Gewerkschafter waren zunächst strikt gegen die „Fremdarbeiter“.⁷⁹ Sie befürchteten, dass durch sie die Arbeitsplätze der „Innerösterreicher“ gefährdet, das Grenzgängertum gefördert, die Löhne gedrückt und sozialpolitische Schutzmaßnahmen umgangen würden. Erst schrittweise wurde von den Gewerkschaftlern und den Arbeiterkammerfunktionären – wenigstens verbal – die Solidarität mit den ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen betont:

“Die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund sind für alle Arbeiter und Angestellten des Landes da; ohne Unterschied der Nation, der Rasse, des religiösen Bekenntnisses und der politi-

schen Weltanschauung. ... Und die Gewerkschaften wären keine echte Vertretung der Arbeitenden, wollten sie Unterschiede zwischen In- und Ausländern machen. Für die Gewerkschaften gelten nur die Interessen ihrer Mitglieder.”⁸⁰

Univ. Doz. Dr. Erika Thurner hat die Arbeitszuwanderung nach Vorarlberg seit 1945 ausführlich analysiert. Zur Haltung des ÖGB hält sie fest: „Die Gewerkschaften waren im organisationsschwachen Vorarlberg zwar auch an GastarbeiterInnen als zahlenden Mitgliedern interessiert (etwa jede/r Zweite hat/te ein Mitgliedsbuch), intensivere Zurkenntnisnahme erfuhren sie maximal vor den Kammerwahlen. Generell hat der ÖGB seine ambivalente Haltung gegenüber den GastarbeiterInnen nie aufgegeben. Das aus den Traditionslosungen “Internationalität” und “Solidarität” abgeleitete, partiell auch angekündigte und von einigen Gewerkschaftern sogar verfolgte Ziel, die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung von ausländischen und inländischen Arbeitskräften (vor allem auch zur Eindämmung der Konkurrenz), war immer eine Minderheitenmeinung. Tatsächlich wurde dieses Ziel nie ernsthaft angestrebt.”⁸¹

Das Hereinholen von jungen, belastbaren und fügsamen Arbeitskräften, die bei Nicht-Bedarf wieder ins Ursprungsland zurückgeschickt werden konnten, hatte weitgehende Auswirkungen auf deren Lebensperspektive und deren Integrationsbemühungen. Die Mehrheit der Arbeitsmigranten plante keinen ständigen Aufenthalt in Vorarlberg, die ökonomischen Realitäten prolongierten jedoch die Anwesenheit im Lande und machten eine Rückkehr in die Heimat für die meisten unmöglich. Mit der Familiennachholung bzw. mit Eheschließungen im Zuwanderungsland veränderten sich ihre Lebenspläne. Sie wurden notgedrungen mit der Zeit “Vorarlberger(innen)”.

Die “Innerösterreicher” profitierten von den Neuankömmlingen aus Jugoslawien und der Türkei: Sie stiegen nun teilweise in bessere Berufspositionen auf und konnten damit der gesellschaftlichen Diskriminierung im Alltag und im Freizeitbereich nach und nach ent-

kommen. Lokalverbote und ähnliche Ausgrenzungen wurden nun auf die Jugoslawen und Türken angewendet. Außerdem hatten sich die zugezogenen Kärntner und Steirer rasch in Landsmannschaften und Vereinen organisiert, die Rückenstärkung für den Einzelnen boten. Die Eigenorganisationen – dies gilt auch für die jugoslawischen bzw. nach den kriegerischen Ereignissen auf dem Balkan für die slowenischen, kroatischen oder serbischen und die türkischen bzw. kurdischen Vereine – trugen zwar einerseits zur Integration bei, andererseits wurden aber gerade durch solche Organisationen auch Unterschiede verfestigt und konserviert. Für einen Teil der innerösterreichischen Arbeitsmigranten waren diese Landsmannschaften wegen ihrer Heimatpflegeideologie zu konservativ, sie schlossen sich deshalb der SPÖ an.⁸²

Die SPÖ war gegen einen generellen Gastarbeiterstopp, jedoch forderte sie eine Reihe von flankierenden Maßnahmen.⁸³ Im „Programm für Vorarlberg“ (1978) legte die SPÖ die Parteilinie fest:

„Wohl haben die Unternehmer in den Gastarbeitern billige Arbeitskräfte, doch belasten diese unsere Infrastruktur sowie das Sozialbudget in besonderem Maße. Außerdem arbeiten verschiedene Gastarbeiter ohne Beschäftigungsbewilligung bzw. gehen keiner geregelten Arbeit nach. Daraus entsteht eine Reihe von Sicherheitsproblemen (z.B. Handel mit Rauschgift).

20 % der Gastarbeiter leben in Elendsquartieren, weitere äußerst mangelhaft untergebracht. Eine menschenwürdige Unterbringung belastet zusätzlich unseren Wohnungsmarkt.

Die Bezirkshauptmannschaften ergreifen keine Maßnahmen, um diese Probleme zu lösen. Sie unternehmen auch nichts gegen den Mietwucher an Gastarbeitern.

Die SPÖ ist prinzipiell gegen die von (ÖVP) – Unternehmern vehement verlangte Einstellung zusätzlicher Gastarbeiter. Sie erhebt daher folgende Forderungen:

1. Stopp für die Neuhereinnahme von ausländischen Arbeitskräften; allmähliche Reduzierung der Gastarbeiterzahl, indem der natürliche Abgang durch Rückkehr in die Heimat, Pensionierung usw. nicht mehr ersetzt wird.

- 2 . Keine Arbeitserlaubnis für ausländische Arbeitskräfte, die als Touristen eingereist sind...,
3. Strenge Bestrafung von Betrieben, die Gastarbeiter ohne Beschäftigungsbewilligung einstellen.
4. Einhebung einer Infrastrukturabgabe von 5 % der Lohnsumme im Jahr für jeden Gastarbeiter. Damit Wohnbauförderung, kulturelle Betreuung, Zuschüsse zu Kindergärten, Krankenhäusern u.ä.
5. Stärkere Überprüfung der Gastarbeiterquartiere in bau-, sanitäts- und feuerpolizeilicher Hinsicht durch die Gemeinden.
6. Bessere fremdenpolizeiliche Überwachung durch die Bezirkshauptmannschaften.”⁸⁴

Die Ressentiments gegenüber den “Ausländern” manifestierten sich im “Ausländer-Volksbegehren” der FPÖ im Jahre 1993. Die Mehrheit der Verantwortungsträger im Land – auch die SPÖ – steuerte jedoch der “Ausländer-raus-Stimmung” entgegen. Trotz des hohen Ausländeranteils und trotz der überdurchschnittlichen Wahlergebnisse der Freiheitlichen auf Landesebene blieb in Vorarlberg die Zustimmung zu diesem Volksbegehren mit 6,3 Prozent hinter dem österreichischen Durchschnittswert zurück.⁸⁵

Insgesamt blieb die Haltung der Sozialistischen Partei in der Ausländerfrage oft sehr defensiv. Dafür ist die letzte Arbeiterkammerwahl, die mit einem wahrlich katastrophalen Ergebnis für die FSG endete, das beste Beispiel. Die eingebürgerten Gastarbeiter(innen) sahen sich durch die Sozialisten nicht mehr vertreten und gründeten eine eigene Liste. Ihr Erfolg ging selbstverständlich zu Lasten der Sozialisten. Doch nicht nur das Gastarbeiterpotential wurde politisch nicht optimal ausgeschöpft. Auch die „Kreisky-Sympathie-Wähler(innen)” wandten sich in den achtziger Jahren zusehends von der SPÖ ab.

Verspätetes Umweltbewusstsein: Geburtsstunde der ‚Grünen‘

Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Wirtschafts- und Umweltschutzpolitik, zwischen den etablierten Parteien und Institutionen und neuen sozialen Bewegungen wie den „Grünen”

wurde seit der Zwentendorf-Abstimmung (1978) und „Hainburg“ (1984) zu einem bestimmenden Faktor in der Politik.

Thesepapiere zum Umweltschutz in Vorarlberg produzierte die SPÖ schon zu Beginn der siebziger Jahre, doch der Gewerkschaftsflügel – hier vor allem die Gewerkschaft Bau-Holz – setzte die Prioritäten anders: Umweltschutz galt in erster Linie als Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Ex-Landesrat Ernst Winder und Bundesrat Dr. Walter Bösch entwarfen kurz nach dem Ausscheiden der SPÖ aus der Landesregierung ein Grundsatzpapier, in dem die Leitlinien für die künftige Umweltschutzpolitik der Partei skizziert wurden. Zu jedem Punkt wurden die erforderlichen Maßnahmen aufgezeigt:

- Reinhaltung der Luft
- Verhinderung von nachteiligen oder ungewissen klimatischen Veränderungen
- Schutz vor schädlichen Strahlungen
- Eindämmung des Lärmes
- Gesunderhaltung der Gewässer und Aufrechterhaltung der Wasserkreisläufe
- Verhinderung der Vergiftung von Nahrungsmitteln
- Schutz des Bodens gegen Vergiftung
- Erhaltung von Flora und Fauna
- Berücksichtigung ökologischer Gegebenheiten in Raum- und Siedlungsplanung
- Pflege der Erholungsräume, auch innerhalb der Siedlungen
- Harmonisierung der gebauten mit der natürlichen Umwelt
- Minimierung und umweltschonende Beseitigung bzw. Wiederverwendung von Abfällen
- Stabilisierung des Energieverbrauches
- Förderung der Erziehung zu umweltgerechtem Leben.⁸⁶

Die praktische Umsetzung dieser Punkte wurde jedoch immer weniger der SPÖ zugetraut.

Der jahrelange Kampf gegen das geplante grenznahe Schweizer Kernkraftwerk Rüthi hatte in breiten Kreisen der Vorarlberger Bevölkerung

zu einer grundsätzlichen Ablehnung der Kernkraft geführt. Von dieser Tatsache ging der Parteivorstand aus, als er am 13. Mai 1977 die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf unter Hinweis auf die ungeklärte Endlagerung des Atommülls ablehnte. Die beiden SP-Nationalräte Roman Heinz und Leo Treichl waren in einer schwierigen Situation. Hätten sie im Parlament mit der ÖVP und FPÖ gegen Zwentendorf gestimmt, wären sie schuld an der parlamentarischen Niederlage der Kreisky-Regierung gewesen. Sie machten deshalb den Weg für eine Volksabstimmung frei. In einer viel beachteten Rede legte Roman Heinz im Parlament den Standpunkt seiner Landespartei dar:

„Die Vorarlberger SPÖ begrüßt die vorgeschlagene Volksabstimmung, wenngleich sie keinen Zweifel darüber lässt, dass sich in ihrer grundsätzlichen Haltung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf nichts geändert hat. Noch immer bewegen den Landespartei Vorstand die Fragen der Sicherheit, vor allem der Atommülllagerung. Der Landespartei Vorstand der SPÖ-Vorarlberg tritt aber dafür ein, dass dem Volk als Souverän die Entscheidung anvertraut wird. Gibt doch die Volksabstimmung dem Bürger das entscheidende letzte Wort.“⁸⁷

84,4 Prozent der Vorarlberger und Vorarlbergerinnen entschieden sich am 5. November 1978 bei einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung für „Nein“. Dieses Ergebnis zeigte, wie sensibel die Bevölkerung in diesem Bundesland auf Umweltfragen reagierte. Wenige Jahre später wurde der Hainburg-Konflikt zur Geburtsstunde der „Grünen“.

Im Zuge des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens besetzten im Dezember 1984 Demonstranten die Stopfenreuther Au, um den Baubeginn des Donaukraftwerkes Hainburg zu verhindern. Diesen massiven Protesten gab die Regierung unter Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz schließlich nach: der Bau war nicht zu realisieren.

40 Jahre lang war in Österreich die Energiegewinnung aus Wasserkraft kein strittiges Thema gewesen, man war stolz auf die Kraftwerksanlagen, bis dahin sprach man von den „Helden von Kaprun“. Nunmehr spaltete der geplante Donaukraftwerksbau die öffentliche Meinung, die Emotionen gingen auf beiden Seiten hoch. Ökologie stand gegen

Ökonomie, Naturbewahrung gegen Energiegewinnung, Landschaftserhaltung gegen Arbeitsplätze. Demonstrationen der „Au-Schützer“ wurden mit Gegendemonstrationen der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft beantwortet. 1.200 Betriebsräte aus ganz Österreich sprachen sich in Hainburg vehement für die Räumung der Au und den sofortigen Baubeginn aus. „Gewerkschaft will mit 70.000 Leuten in die Au marschieren!“ – so lautete die Schlagzeile in den Vorarlberger Nachrichten am 18. Dezember 1984. Zur großen Konfrontation ist es nicht gekommen, aber „Hainburg“ hat dennoch zu einem Umdenkprozess geführt.

Großbauten sind heute gegen den Willen der Bevölkerung politisch kaum mehr durchsetzbar.

Jene, die mit der SPÖ-Umweltpolitik nicht mehr einverstanden waren, gründeten vor den Landtagswahlen 1984 die „bürgerliche“ Liste der „Vereinten Grünen“ und die „Progressiven“ sammelten sich in der „Alternativen Liste“. Die Versäumnisse der Bundespolitik musste die Landesorganisation bitter bezahlen: Die Partei sackte von 29,01 Prozent der Stimmen im Jahre 1979 auf 23,98 % ab. Die „Grünen“ zogen mit vier Abgeordneten in den Landtag ein, Kaspanaze Simma avancierte kurzzeitig zum „Medienstar“. Zum ersten Mal hatten die „Grünen“ in einem Bundesland den Sprung in den Landtag geschafft. Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik wurden ihr Aktionsfeld, und der SPÖ gelang es weitgehend nicht mehr, in diesen Bereichen verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. „Kreisky-Wähler(innen)“ und immer mehr Jungwähler(innen) wendeten sich von der Partei ab und den „Grünen“ zu.

Langjährige SPÖ-Spitzenfunktionäre überdachten in den achtziger Jahren ihre bisherigen Wertmaßstäbe und vollzogen einen Paradigmenwechsel. So auch der heutige Ehrenvorsitzende der Partei. Über 25 Jahre war Karl Falschlunger im Landtag, von 1979 bis 1993 dessen Vizepräsident. Von 1970 bis 1987 stand er an der Spitze der Landesleitung des ÖGB, von 1993 bis 1995 war er Klubobmann und Parteivorsitzender. Als er im November 1995 den Vorsitz zurücklegte, zog er folgende persönliche Bilanz:

„Meine Einstellung zur Politik wurde am wesentlichsten durch den AKW-Unfall von Tschernobyl geprägt. Ich habe damals das geglaubt, was Linie des ÖGB und von großen Teilen der SPÖ war: dass wir den Atomstrom brauchen, dass diese Energie sicher ist und dass nur einige Grüne und Chaoten Atomkatastrophen an die Wand malen. Nach der Katastrophe habe ich gewusst, dass man in der Politik die Dinge hinterfragen muss. Seit damals habe ich eine andere Einstellung zu den Umweltschützern.“⁸⁸

Die Landesorganisation in Seenot

Dass der dreiundsechzigjährige Karl Falschlunger 1993 an die Parteispitze berufen wurde, hing mit den parteiinternen Querelen der vorangegangenen Zeit zusammen. Ihm wurde am ehesten zugetraut, die heillos zerstrittenen Parteifraktionen zusammenzuhalten.

Der Nachfolger von Dipl. Ing. Fritz Mayer war der Hohenemser AHS-Lehrer Dr. Arnulf Häfele. Er kam 1974 in den Landtag und hatte bis 1999 dort ein Mandat inne. Außerdem engagierte er sich in der Hohenemser Kommunalpolitik. Er war zeitweise Vizebürgermeister (1990 – 1995) und spielt in seiner Heimatstadt bis heute als Fraktionsobmann eine wichtige Rolle.⁸⁹ Als Landesparteiobmann sah er sich jedoch mannigfachen innerparteilichen Anfeindungen ausgesetzt.

Als Herausforderer von Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher (1987 – 1997) ließ sich Häfele beim Landtagswahlkampf mit roten Boxhandschuhen plakativieren. Der „Herausforderer“ ging – um in der Sportlersprache zu bleiben – auf die Bretter: Die ÖVP verteidigte die absolute Mehrheit, die SPÖ sackte auf 21,3 Prozent ab. Ernst Winder, der 15 Jahre lang Klubobmann war, wurde abgelöst: Er schied im Zorn von der Partei.

Bei den Gemeindewahlen 1990 setzte es erneut eine schwere Niederlage ab: In Bregenz musste Mag. Norbert Neururer den Bürgermeisterstuhl räumen, in Bludenz war es mit der komfortablen Mehrheit, die einst Stecher besessen hatte, vorbei. Fünf Jahre später eroberte die ÖVP auch diese Stadt zurück.

Im September 1992 eskalierte der Konflikt zwischen Klubobmann Elmar Mayer und seinem Parteichef. Arnulf Häfele übernahm selbst den Klubvorsitz, Elmar Mayer trat im November beim Landesparteitag als Gegenkandidat an. Häfele erhielt schließlich 55 Prozent der Delegiertenstimmen, sein Kontrahent 45 Prozent. Eine von vielen als selbstherrlich betrachtete Personalpolitik des Landespartei vorsitzenden brachte das Fass zum Überlaufen. Ein Sonderparteitag sollte im Herbst 1993 die Fronten klären. Doch davor trat Häfele zurück. „Es gab nie eine und es wird nie eine einige SPÖ Vorarlberg geben. Und wenn sie einig ist, dann sind wir nicht mehr die SPÖ Vorarlberg“, so das Resümee des scheidenden Obmanns.⁹⁰ Weitgehende Einigkeit herrschte in der Partei allerdings in der EU-Abstimmungsfrage.

EU-Parlamentarier aus Vorarlberg

Bei den EU-Wahlen 1999 stellte die kleinste Landesorganisation sogar zwei Kandidaten an wählbarer Stelle: Mag. Herbert Bösch und als SP-Spitzenkandidat wurde der aus Bregenz stammende parteilose Journalist Dr. Hans Peter Martin nominiert. Hans Peter Martin hatte sich im Land bereits in jungen Jahren einen Namen gemacht. Er hatte sich in Wallraff-Manier als Akkordarbeiter bei der Textilfirma F.M. Hämmerle verdingt und seine Erfahrungen und Eindrücke in der Arbeitswelt in der Betriebsreportage „Nachtschicht“ festgehalten.⁹¹ Als Mitautor des Bestsellers „Die Globalisierungsfalle“ erlangte er internationale Bekanntheit.

Gegenüber der EU-Wahl 1999 konnte die SPÖ im Lande einen Zugewinn von sechs Prozentpunkten verbuchen. Knapp jede fünfte Stimme entfiel damit auf die Sozialdemokraten.

Bei den nächsten EU-Wahlen im Jahr 2004 kandidierte Martin, der sich mit der SP überworfen hatte, auf einer eigenen Liste. Die Wähler und Wählerinnen nahmen ihm seine „Aufdeckerrolle“ ab: Auf Anhieb erhielt er 16,8 Prozent der Stimmen, die SPÖ 18,57 Prozent.

Mag. Herbert Bösch gehört dem Europäischen Parlament seit dem Beginn der EU-Mitgliedschaft Österreichs an. Von Anfang an engagierte er sich vor allem im Kampf gegen Korruption und Betrug. Großes

Aufsehen erregte sein Vorschlag zur Schaffung einer unabhängigen Anti-Betrugs-Behörde, die für alle Organe der EU zuständig sein sollte. Daraufhin wurde das Amt für Betrugsbekämpfung (Office de lutte anti-fraude – OLAF) gegründet. Heute ist er Vizepräsident des Haushaltskontrollausschusses und ständiger Berichterstatter für Betrugsbekämpfung. Darüber hinaus arbeitet er im Haushaltsausschuss und im Landwirtschaftsausschuss.

Es regiert das Prinzip Hoffnung

Bei der Landtagswahl im Jahre 1964 hatte die SPÖ 29,52 Prozent der Stimmen erreicht. Es blieb dies das beste Ergebnis bei Landtagswahlen in der Zweiten Republik. Vierzig Jahre später gilt das Erreichen der 20-Prozent-Marke als „Traumergebnis“. Dies zeigt, dass die nach 1945 erhoffte große Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie im Lande letztlich ausgeblieben ist.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Selbstverständlich ist zum Teil der gesellschaftliche Strukturwandel dafür verantwortlich. Im Industrieland Vorarlberg ist der Partei durch die Technologierevolution die einst selbstbewusste Arbeiterschicht in den Fabriken abhanden gekommen. In einer Studie des Renner-Instituts über „Grenzen und Möglichkeiten der SPÖ im Westen Österreichs“ (1990) heißt es über die Zukunftsperspektiven der Partei:

„Die SPÖ muss das fatale Image zerstören, dass sie nur aus Eisenbahnern, Gebietskrankenkassen und Gewerkschaftsfunktionären besteht. Über ein neues Personenangebot muss die SPÖ den Nachweis führen ..., dass sie nicht nur auf den ihr zugeschriebenen ... Feldern Kompetenz besitzt.“⁹²

Zu den Zukunftsaussichten der SPÖ befragt, meinte Karl Falschlunger:

„Die Sozialdemokratie als Bewegung ist heute so wichtig wie früher. Aber wir haben irgendwo Speck angesetzt und verschiedenen Entwicklungen nicht rechtzeitig Einhalt geboten. Ich denke an die Privilegiendiskussion und den Umweltschutz. Auch die Organisationsstruktur der Partei muss angepasst werden. Trotz gewisser Abnützungserscheinungen der letzten Jahre glaube ich,

dass wir große Chancen haben. Wir dürfen aber die soziale Verantwortung nicht vergessen. Da traut man uns mehr zu als den anderen.”⁹³

Vier Jahre nach seinem Rücktritt (1998) antwortete der Parteihonoraryvorsitzende auf die Frage des Historikers, was für ihn die größte Enttäuschung als aktiver Politiker gewesen sei, ohne Zögern:

„Dass wir es oft nicht geschafft haben, Konflikte intern auszutragen. Wir haben in aller Öffentlichkeit gestritten, und das hat sich immer in den Wahlergebnissen niedergeschlagen. Man denke nur an die Aussagen von ÖGB-Chef Willi Pröckl über Nationalrat Wolf oder die Streitigkeiten bei der Frauen-Bezirkskonferenz 1993 um Elisabeth Märk.”⁹⁴

Die sozialdemokratische “Blütezeit” unter Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky veränderte an der relativ schwachen Position der Ländle-SP nur wenig. Die Attraktivität der Bundes-SPÖ konnte die Landespartei kaum für sich nutzen. Bei den Nationalratswahlen schnitt die SPÖ stets besser ab als bei den Landtagswahlen. Die “Roten” im Ländle stellten nach wie vor nur eine Hand voll Bürgermeister und hatten deshalb auf kommunaler Ebene nur wenig Möglichkeiten, ihre Vorstellungen zu verwirklichen.

Die „schwarze” Mehrheit war in Wirklichkeit auch nach 1945 nie ernsthaft in Gefahr. Für die SPÖ galt es den zweiten Platz vor der FPÖ zu behalten. Eine exakte Wähleranalyse von 1990 belegt die Abwärtsentwicklung der Landespartei bei Landtagswahlen:

„Die Randlage der Sozialdemokratie ist in Vorarlberg so dramatisch wie in keinem anderen der untersuchten Bundesländer: mit einem Anteil an den Wählerstimmen von 21,3 Prozent bei den Landtagswahlen 1989 erzielte sie – wenn wir von den Landtagswahlen 1949 absehen – das geringste Wählervertrauen seit 1945. In den letzten 10 Jahren hat die SPÖ 7,7 Prozent an Wählern verloren, d.h. 26,5 Prozent der Wähler, die 1979 der SPÖ ihre Stimme anvertrauten. (...) Anders als in Tirol oder Salzburg sind bei diesem Einbruch der SPÖ am regionalen Wählermarkt keine Anzeichen einer ähnlichen Krise bei der Landes-ÖVP zu erkennen: der

Landes-ÖVP ist es – trotz einer erstarkenden FPÖ und eines relativ starken Grünlagers – gelungen, ihre absolute Mehrheit zu halten.“⁹⁵

Zehn Jahre später hat diese Analyse ihre Gültigkeit nicht verloren. Wenn jeder fünfte Wähler/ jede fünfte Wählerin der SPÖ ihre Stimme gibt, dann ist dies als großer Erfolg zu verbuchen.

Für die Landes-SPÖ war die Ära „Fritz Mayer“ zweifellos ein Höhepunkt in der Geschichte nach 1945. Mit seinem plötzlichen Tod schlitterte die Landespartei in eine veritable, selbstverschuldete Krise. Denn nicht immer war es die politische Stärke des Gegners, die Erfolge der Sozialdemokraten verhinderten: Hausgemachte Querelen und innerparteiliche Streitigkeiten schwächten die Minderheitenfraktion weiter. Selbst eine so starke Persönlichkeit wie Fritz Mayer hatte die größte Mühe, die Partei hinter sich zu scharen. Anderen Parteichefs ist es noch weniger gelungen.

Daneben gibt es strukturelle Probleme, denn selbstverständlich hat sich das gesellschaftliche Umfeld seit 1945 von Grund auf geändert. Die Bindungen an die Partei haben sich in diesem Zeitraum gelockert, ein Entideologisierungprozess hat eingesetzt. Dieser zeigt sich besonders deutlich in der Abnabelung der Nebenorganisationen. „Die Partei“ ist in Wirklichkeit eine komplexe Organisation von Parteiuntereinheiten, die ihre Einzelinteressen verfolgen, und nur zum Teil treffen diese Interessen mit jenen der Landesparteileitung zusammen.

Nach dem Rücktritt von Karl Falschlunger, der dem Hohenemser Vizebürgermeister Dr. Arnulf Häfele an der Parteispitze nachgefolgt war, übernahm Elmar Mayer kurzzeitig den Parteivorsitz. Thematisch versuchte er wieder verstärkt die SP-Stammwählerschaft anzusprechen und er betonte die Kontrollfunktion seiner Partei: „Opposition heißt konsequent kontrollieren“, so der Parteivorsitzende wenige Wochen vor der Landtagwahl im Oktober 1999. Und seine Bilanz über die letzten Jahre lautete:

„Unsere größten Erfolge sind die Einrichtung des Landesrechnungshofes und die Direktwahl der Bürgermeister, aber auch das

Bewusstsein, wie wichtig eine richtige Opposition ist. ... Wir haben erreicht, dass die Speiserversorgung in den Krankenhäusern nicht zentral geregelt wird und so zahlreiche Arbeitsplätze erhalten werden. Darüber hinaus wurden bei der Förderung des Jungunternehmertums wichtige Schritte gesetzt. Im Bereich der Familienpolitik war die Trennung von Arbeitstätigkeit und Bezug des Familienzuschusses ein wichtiges Anliegen der SPÖ. ... Den Mietern der VOGEWOSI wurden mehr als 18 Millionen Schilling an Betriebskosten rückerstattet, und es gab keine Mietpreiserhöhungen.”⁹⁶



Ohne eine erfolgreiche Kommunalpolitik kann es keine Erfolge bei Landtagswahlen geben. Diese Divise vertritt auch der jetzige stellvertretende Klubobmann Elmar Mayer, der sich jahrzehntelang in Götzis engagiert hat und sich nunmehr in Weiler für kommunale Belange einsetzt. Von 1999 - 2002 war er Wohnungsreferent der Marktgemeinde Götzis. Volksschuldirektor Mayer (im Bild links, rechts Landeshauptmann Purtscher, ca. 1990) ist seit 1984 im Vorarlberger Landtag. Von 1989 bis 1992 war er SP-Klubobmann, von 1995 bis 1999 stand er an der Parteispitze.

Die Wähler und Wählerinnen konnten keine Erfolgsbilanz erkennen. Allerdings stand die Ländle-Partei bei diesem Wahlkampf von vornherein auf verlorenem Posten: Der Bundestrend wehte ihr rau ins Gesicht und gegen den „Genossen Trend“ waren keine Wahlen zu gewinnen. Nur mehr 24.844 gaben 1999 der SPÖ ihre Stimme. Mit 12,99 Prozent fuhr die SPÖ das schlechteste Landtagswahlergebnis seit 1945 ein. Zwei Wochen nach den Vorarlberger Landtagswahlen wurden auch die Nationalratswahlen verloren und Bundeskanzler Klima musste schließlich zur Kenntnis nehmen, dass die Ära der Großen Koalition zu Ende war. Die ÖVP verlor bei den Landtagswahlen die absolute Mehrheit im Landtag und Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber ging mit der FPÖ (27,41%) unter Hubert Gorbach (heute Vizekanzler) eine Koalition ein. Im Bund folgte im Februar 2000 eine „schwarz-blaue“ Koalition unter Kanzler Dr. Wolfgang Schüssel von Dr. Jörg Haider's Gnaden. Die SPÖ hatte seit 1970 die Kanzler gestellt: zunächst Kreisky, dann Sinowatz, Vranitzky und Klima. Eine Ära, die durch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien geprägt und als „österreichischer Weg“ bezeichnet worden war, hatte ihr Ende gefunden. Der Weg von der „Konsensdemokratie“ zur „Konfliktdemokratie“ war vollzogen. Was folgte, war eine grundlegende Veränderung der politischen Landschaft im Zeichen eines geänderten politischen Klimas. Neoliberale Strömungen in der Bundes-ÖVP gaben nunmehr den Ton an, Streiks und Arbeitsniederlegungen wurden in Österreich von jetzt an nicht mehr in Sekunden gemessen.

Die Sozialdemokraten versuchten mit Nationalrat Manfred Lackner an der Spitze neu durchzustarten. Beim Landesparteitag im November 1999 löste er Parteichef Elmar Mayer ab und wurde mit 87 Prozent der Delegiertenstimmen zum Nachfolger gewählt. Schon bei seiner Wahl kündigte er an, als Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl nicht zur Verfügung zu stehen. Als Hauptziel seiner Übergangsobmannschaft nannte er die Verjüngung innerhalb der eigenen Reihen. Nicole Bertschler von der Jungen SPÖ bemängelte bei diesem Parteitag, dass „die Jugend praktisch keine Unterstützung erhalte, und der Frastanzer Gemeinderat Franz Lutz befürchtete gar ein Aussterben der Partei, wenn nichts getan werde.“⁹⁷

Bei den Landtagswahlen 2004 konnte die neue SP-Landesvorsitzende Dr. Elke Sader – sie löste Nationalrat Manfred Lackner an der Parteispitze ab – das SP-Ergebnis auf 16,87 Prozent verbessern.

Heute: Mit Elke Sader eine Frau an der Spitze

Als erster Frau gelang es in den Neunzigerjahren Angelika Fußenegger, eine Spitzenposition innerhalb der Partei einzunehmen: Mit ihr stand von 1994 bis 1999 zum ersten Mal in der Geschichte der Partei eine Frau an der Spitze des Landtagsklubs. Sie war eine „Erfindung“ von Karl Falschlunger, der eine frauenlose SP-Landtagsriege als falsches Signal ansah. Er legte deshalb sein Landtagsmandat zugunsten von Angelika Fußenegger zurück, bestand allerdings darauf, dass sie Clubchefin wurde.



Der „Arbeiterkämmerer“ Dr. Günther Keckeis aus Feldkirch wurde am 4. November 1974 im Landtag ange-lobt und machte sich als SP-Wirtschaftssprecher und scharfzüngiger Kritiker der ÖVP/FPÖ-Regierung einen Namen. Dreißig Jahre lang prägte er als Abgeordneter und zeitweise als Klubobmann die Landtagsarbeit der SP. Legendär wurde seine Abschiedsrede für Landeshauptmann Purtscher im Jahre 1997. Er war zweifelsohne eine der profiliertesten Parlamentarier nach 1945 im Vorarlberger Landtag.

Auch Angelika Fußenegger wurde – wie viele – in den „Kreisky-Jahren“ politisiert: Ihr Engagement galt in erster Linie den Fragen der Entwicklungspolitik, der Friedenssicherung, der Asyl- und Fremdenpolitik und der Situation der Frauen – nicht nur in diesem Lande. Mit ihrer Bestellung setzte die Partei gleichzeitig ein deutliches Zeichen in Richtung

dieser Themenbereiche. Dass sie nach nur vier Jahren wieder aus dem Landtag ausgeschieden ist, schwächte die Position der Frauen in der Partei nur vorübergehend: Heute steht mit Dr. Elke Sader eine Frau an der Spitze der Partei.

Und auch im Landtag gaben von 1999 bis 2004 zumindest zahlenmäßig die Frauen den Ton an. Neben Klubobmann Dr. Günther Keckeis und Elmar Mayer hatten Dr. Elke Sader, Olga Pircher und Marisa Polanec ein Landtagsmandat inne.

Doch Quereinsteigerin Marisa Polanec konnte als „Kultursprecherin“ die in sie gestellten Erwartungen in keiner Weise erfüllen: Ihre Nominierung als Landtagsabgeordnete blieb ein folgenloses Intermezzo.

Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher formuliert heute die Anliegen der SP-Frauen auf ihrer Homepage folgendermaßen:

Wir wollen:

- Politik machen von Frauen für Frauen
- den Frauen erklären, wofür wir stehen,
- mehr Frauen für politische Arbeit gewinnen, um stärker zu werden
- Frauen als Vertrauenspersonen gewinnen
- die Interessen der Frauen wahrnehmen
- die zuständigen Organe der Partei über die besonderen Probleme der Frauen informieren und beraten
- für die Interessen der Frauen in der Öffentlichkeit eintreten
- die Frauenorganisation in Vorarlberg stärker und schlagkräftiger machen

Neben der Landesparteivorsitzenden Dr. Elke Sader konnte sich im Jahre 2004 vor allem Manuela Auer, die erste Frau in Österreich an der Spitze einer Landes-FSG-Arbeiterkammervertretung, in Szene setzen. Bei den Arbeiterkammerwahlen errang sie einen glänzenden Wahlerfolg. Manuela Auer – FSG 16.112 (35,17 %) 1999: 7.323 (16,11%). Die Liste konnte von 11 auf 25 Mandate zulegen.

Mit dem Motto „Nahe beim Menschen“ ging die Bregener Ärztin Dr. Elke Sader – die Tochter von Fritz Mayer – in den Landtagswahl-

NAHE BEIM MENSCHEN

daheim

IN SCHWARZACH



Landtagswahl
19. September



Informationen und
Standpunkte
der Schwarzacher
Sozialdemokraten
und Parteifreie
daheim: 29 – Aug. 2004
P. b. b.
Verlagspostamt:
6850 Dornbirn
Aufgabepostamt:
6840 Gützis



Dr. Elke SADER

... eine starke Frau

Dr. Elke Sader, die Tochter von Fritz Mayer, löste im Jahre 2003 Nationalrat Manfred Lackner an der Parteispitze ab. Ihr Einsatz bei den Landtagswahlen wurde honoriert: Sie konnte das SP-Ergebnis auf 16,87 Prozent verbessern.

kampf 2004. Wie auch die FSG erreichte die SPÖ unter der neuen Spitzenkandidatin ein hervorragendes Wahlergebnis, wenn man als Vergleichszahl die Wahlen von 1999 hernimmt. Die SPÖ legte um 3,9 Prozent zu und übertraf damit um 0,6 Prozent das Ergebnis von 1994. Im ersten Sader-Jahr bekam die SPÖ 16.87% der Stimmen gegenüber 12.99% im Jahr 1999. 1994 hatte der Stimmanteil 16.24% Prozent betragen.

Diesem Wahlerfolg war eine intensive Sprengelkampagne durch die Spitzenkandidatin vorangegangen. Bereits drei Monate vor dem Wahltermin machte sie Hausbesuche und mit großem persönlichen Einsatz versuchte sie das verlorene Terrain von 1999 wieder wettzumachen. Der Lohn blieb nicht aus: Die SPÖ wurde wieder zweitstärkste Kraft im Lande. Und damit lässt sich der Landtagswahlerfolg durchaus mit jenem der Liste Manuela Auer – FSG vergleichen.

Dr. Elke Sader – heute auch Klubobfrau der SPÖ – ist im Landtag für Soziales, Gesundheit, Senioren, Kultur und Europa zuständig. Olga Pircher (Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Familie, Frauen, Tierschutz), Michael Ritsch (Wohnen, Jugend, Kommunalpolitik), Werner Posch (Arbeit, Sport, Verkehr, Raumplanung), Elmar Mayer (Bildung, Wissenschaft, Sicherheit/Inneres, Kontrolle) und Leopold Berthold (Wirtschaft, Abfallwirtschaft, Finanzen, Energie, Tourismus), die mit ihr das SP-Landtagsteam bilden, können allerdings nur erfolgreich sein, wenn sie sich auf eine erfolgreiche Arbeit in den Gemeinden stützen können.

Eine Ausstellung zu Beginn der Achtzigerjahre und der entsprechende Forschungsband über die Arbeiterbewegung von 1870 – 1946 trug den programmatischen Titel „Im Prinzip: Hoffnung“.⁹⁸ Er kann auch als Motto für den nächsten Abschnitt in der Parteigeschichte gelten.

Literaturverzeichnis

- ¹ Siehe dazu Pichler, Meinrad : Am Ende eines Irrweges. In: Bundschuh, Werner/Pichler, Meinrad/Walser, Harald: Befreiung und Wiederaufbau – Vorarlberg 1945. Bregenz 1995, S. 13 – 38.
- ² Siehe dazu Weber, Wolfgang: Égalité, Fraternité ou Liberté ? Frankreich, Vorarlberg und die Jahre der Befreiung und Besatzung 1945 – 1948. In: Hoser, Paul und Baumann, Reinhard (Hg.): Kriegsbeginn und Neubeginn. Die Besatzungszeit im schwäbisch-alemannischen Raum. (= Forum Suevicum 5) Konstanz 2003, S. 97 – 126.
- ³ Siehe Greussing, Kurt: Schichtwechsel – Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946 (= Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs Bd. 4) Bregenz 1984.
- ⁴ Siehe Valandro, Franz: „Über freier Erde leuchtet wieder die Sonne der Freiheit“ – Der Wahlkampf der Vorarlberger SPÖ 1945 und seine Ergebnisse. In: Montfort, 50. Jg., 1998, Heft 1, S. 65 – 71.
- ⁵ Vgl. Bundschuh, Werner/ Dreier, Werner/ Mittersteiner, Reinhard: Sozialdemokraten im Dorf. 100 Jahre SPÖ Hard, Bregenz 1994
- ⁶ Vgl. Bundschuh, Werner: Anton Linder im Schweizer Exil (1934-1945), in: Montfort, 43. Jg., 1991, Heft 4, S. 311-325.
- ⁷ Zur Geschichte der Arbeiterkammer siehe Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946 – 1985. Feldkirch 1985
- ⁸ Jahresbericht des ÖGB, 1945, S. 8 f.
- ⁹ Berichte an den Ersten Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder, Wien 1948, S. 31.
- ¹⁰ Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Dornbirn siehe Bundschuh, Werner: Der rote Punkt im schwarzen Meer. Bregenz 2004. Hier S. 74.
- ¹¹ Broschüre 90 Jahre ASKÖ in Österreich, 75 Jahre ASKÖ in Vorarlberg (1982)
- ¹² Bericht der Landesparteivertretung, 8.Juli 1951 in Bregenz
- ¹³ Eisterer, Klaus: Französische Besatzungspolitik in Tirol und Vorarlberg (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9), Innsbruck 1992, S. 163. Zur Entnazifizierung in Vorarlberg siehe S. 164 ff.
- ¹⁴ Die mit aller Schärfe geführte Kontroverse zog sich bis 1949 hin, da Landesparteiobmann Jakob Bertsch ein von Greussing angestrebtes Schiedsgerichtsverfahren gegen

den ehemaligen Landespartei sekretär und Kinderfreundeobmann Linder unterband. Parteiarchiv, Ordner 1945 – 1948 und Ordner 1949 – 1952.

¹⁵ Pius Moosbrugger suchte am 23. 3. 1939 um die Aufnahme in die NSDAP auf. Am 1. Jänner 1940 erhielt er die Mitgliedsnummer 7,886.156. NSDAP-Mitgliedskarte. Deutsches Bundesarchiv, Bestände des ehemaligen Berlin Document Centers.

¹⁶ Siehe Walser, Harald, Die illegale NSDAP, S. 67 f.

¹⁷ Archiv Bezirksorganisation Feldkirch, Mappe Mellich. Brief vom 16. 12. 1949.

¹⁸ Zu den Wahlkämpfen siehe Weber, Wolfgang: Hobelspäne. Landtagswahlkämpfe, Parteien und Politiker in Vorarlberg 1945 bis 1969 (= Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 43) Feldkirch 2004.

¹⁹ Zur Geschichte der KPÖ siehe Weber, Jürgen und Wolfgang: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“ Die KPÖ in Vorarlberg 1920 – 1956. Feldkirch 1994.

²⁰ Vorarlberger Volksblatt, Nr. 119, 28. Mai 1951.

²¹ Parteiarchiv, Ordner 1953-1955. Mappe „Situation der Landespartei 1954“.

²² Vorarlberger Volkswille, 28. Februar 1957.

²³ SP-Bezirksarchiv Feldkirch, Mappe Wahlkampf 1956.

²⁴ Zur „Alemannenideologie“ siehe Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein. Bregenz 1988.

²⁵ Bericht der Landesparteivertretung, 8. Juli 1951 in Bregenz.

²⁶ VVW, 31. 7. 1951.

²⁷ Ebenda.

²⁸ VN, 28. 1. 1957.

²⁹ Prünster, Evelyn, Prünster, Evelyn: Parteifunktionen im Konfliktfeld Föderalismus – dargestellt am Beispiel der SPÖ-Vorarlberg. Dissertation Universität Salzburg 1985, hier S. 148.

³⁰ Ebenda, S. 120.

³¹ Am 27. und 28. 9. 1964.

³² 38.302 Stimmen; 29,5%.

³³ Protokoll des 17. Parteitages der SPÖ, 18. und 19. Juni 1965, S. 183.

³⁴ VN, 22.11.1984.

- ³⁵ Interview mit Franz Katzengruber 1984, zit. n. Prünster, Evelyn, Parteifunktionen im Konfliktfeld, S. 152.
- ³⁶ Bericht der Landesparteivertretung an den Landesparteitag am 5. Juni 1966 in Feldkirch, S. 2.
- ³⁷ Gespräch mit Karl Falschlunger, 27. Juli 1999.
- ³⁸ Bericht der Landesparteivertretung an den Landesparteitag am 5. Juni 1966 in Feldkirch, S. 1.
- ³⁹ Parteiarchiv, Bericht der Landesparteileitung vom 6. Landesparteitag am 8. Juli 1951.
- ⁴⁰ Parteiarchiv, Bericht der Landesparteileitung vom 7. Landesparteitag am 8. Juni 1952.
- ⁴¹ Zu ihrer Person siehe das Manuskript „Lebenserinnerungen“, verfasst von Johanna Moosbrugger (geb. Schnetzer). Im Besitz der Familie.
- ⁴² Siehe Bundschuh, Werner: Von der „Betriebsgemeinschaft“ zur Sozialpartnerschaft – 1938 – 1995. In: Bundschuh, Werner/ Dreier, Werner/ Mittersteiner, Reinhard: „Die Fabrikler“ organisieren sich. 100 Jahre Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder Landesorganisation Vorarlberg. Bregenz 1995, S. 253 ff.
- ⁴³ Siehe Bundschuh, Werner: Neubeginn: Gründung der SPÖ-Ortsgruppe. In: Bundschuh, Werner/ Dreier, Werner/ Mittersteiner, Reinhard: Sozialdemokraten im Dorf. 100 Jahre SPÖ Hard. Bregenz 1994, S. 77 f.
- ⁴⁴ Parteiarchiv, Berichtsheft der Landeskonferenz 1980.
- ⁴⁵ Siehe Bundschuh, Werner: „Wir sind jung, die Welt ist offen...“ Zur Geschichte der „Kinderfreunde“ in Vorarlberg. Bregenz 1998.
- ⁴⁶ Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994, S. 466.
- ⁴⁷ Parteiarchiv, Presseaussendung der Jungen Generation vom 11. 12. 1971, Ordner 1970 – 1973.
- ⁴⁸ Parteiarchiv, Jahresbericht 1971 Bezirksorganisation Bregenz, Ordner 1970 – 1973.
- ⁴⁹ Parteiarchiv, Jahresbericht 1971 Bezirksorganisation Dornbirn, Ordner 1970 – 1973.
- ⁵⁰ Parteiarchiv, Jahresbericht 1971 Bezirksorganisation Feldkirch, Ordner 1970 – 1973.
- ⁵¹ Parteiarchiv, Jahresbericht 1971 Bezirksorganisation Bludenz, Ordner 1970 – 1973.
- ⁵² Bericht vom Landesparteitag 1972.
- ⁵³ Parteiarchiv, Referat von Landesparteisekretär Günter Dietrich auf dem Landesparteitag 1972, Ordner 1970-1973.

⁵⁴ Unser Weg– Unser Ziel -Vorarlberg. Programm für Vorarlberg. Entwurf für ein Arbeitsprogramm der SPÖ Vorarlberg (1978), S. 57.

⁵⁵ Ebenda, S. 61.

⁵⁶ Neue Vorarlberger Tageszeitung, 25. Juli 1999.

⁵⁷ Winder, Ernst, Zwischen Fußball und Europa, Hohenems 1998, S. 147.

⁵⁸ Parteiarchiv, Diskussionsbeitrag der Jungen Generation Rankweil zur Belebung der innerparteilichen Demokratie (1974), Ordner 1973 – 1976.

⁵⁹ Keßler, Herbert: Arbeit für Vorarlberg. Drei Jahrzehnte Landespolitik. Dornbirn 1995, S. 185.

⁶⁰ Parteiarchiv, Häfele, Arnulf, Impressionen zur Kulturpolitik (1978), Ordner 1977 – 1980.

⁶¹ Siehe dazu Walser, Harald: Vorarlbergs Startbedingungen in die Zweite Republik. In: Bundschuh, Werner/ Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Wieder Österreich! Bregenz 1995, S. 54 ff.

⁶² Sozialistische Fraktion des Vorarlberger Landtages (Hg.), Zensur in Vorarlberg (1983).

⁶³ Unser Weg– Unser Ziel -Vorarlberg. Programm für Vorarlberg. Entwurf für ein Arbeitsprogramm der SPÖ Vorarlberg (1978), S. 95.

⁶⁴ VN, 8./9. 8. 1998.

⁶⁵ Vorarlberger Volkswille, 3.2.1957.

⁶⁶ Parteiarchiv, Entwurf für ein Wohnbauprogramm der SPÖ-Vorarlberg (1978), Ordner 1977-1980.

⁶⁷ Winder, Ernst, Zwischen Fußball und Europa, Hohenems 1998, S. 68.

⁶⁸ SPÖ-Pressespiegel Nr. 4, 9.10.1973.

⁶⁹ Parteiarchiv, „Vorarlbergs Sozialisten in der Opposition“ von Klubobmann Ernst Winder, 1976.

⁷⁰ Dietrich, Günter: Sozialdemokratie in Vorarlberg. Zum hundertsten Jahrestag am 1. April 1999. Rankweil (1999), S. 42 ff.

⁷¹ Winder, Ernst, Zwischen Fußball und Europa, Hohenems 1998, S. 42 f.

⁷² Vorarlberger Wirtschafts– und Sozialstatistik, Die Gemeindevertretungswahlen vom 20. April 1980, XXXVI. Jg., 1/1980.

⁷³ Parteiarchiv, Überlegungen über Erfolgsmöglichkeiten bei der Gemeindewahl 1980, Ordner 1977 – 1980.

⁷⁴ Siehe dazu Markus Barnay: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 3, Bregenz 1988), S. 217-226.

⁷⁵ Herbert Keßler: Arbeit für Vorarlberg. Drei Jahrzehnte Landespolitik (Dornbirn 1995), S. 13-27.

⁷⁶ Rainer Nick: Österreichs Alemannen – die “besseren” Demokraten? In: Susanne Dermutz/ Peter Klein/ Rainer Nick/ Anton Pelinka: Anders als die Anderen? Politisches System, Demokratie und Massenmedien in Vorarlberg (= Beiträge zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 2, Bregenz 1982), S. 105 – 191, hier S. 163.

⁷⁷ Neue Vorarlberger Tageszeitung, 31. Mai 1980.

⁷⁸ Die Vorarlberger Volksabstimmung vom 15. Juni 1980. In: Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs (32 Jg., Heft 1, Bregenz 1980), S. 7-17, hier S. 17.

⁷⁹ Siehe dazu die kritischen Anmerkungen von Kurt Greussing im Vorwort zu Bundschuh, Werner: Vom Wandern und vom Ankommen. Biographische Notizen aus Vorarlberger Dörfern – Altach, Tosters, Mäder. (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 16) Bregenz 2004.

⁸⁰ Schreiben der AK und des ÖGB-Vorarlberg vom Dezember 1966 an heimreisende Gastarbeiter. Zit. Gerhard Wanner: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte 1945-1985. Ein Beitrag zur Vorarlberger Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Feldkirch 1985), S.90.

⁸¹ Thurner, Erika: Der „Goldene Westen?”.Arbeitszuwanderung nach Vorarlberg nach 1945. Bregenz 1997, S.46.

⁸² Siehe dazu Bundschuh, Werner: Der rote Punkt im schwarzen Meer. Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Dornbirn. Bregenz 2004, S. 102 ff.

⁸³ Parteiarchiv, Vorschläge zu einer Lösung der Gastarbeiterfrage 1973, Ordner 1970 – 1973.

⁸⁴ Parteiarchiv, Programm für Vorarlberg, Thema:Gastarbeiter (1978), Ordner 1977 – 1980.

⁸⁵ Vorarlberger Nachrichten, 2. 2. 1993.

⁸⁶ Parteiarchiv, Thesenpapier zu Umweltschutz 1974, Ordner 1973 – 1976.

⁸⁷ Parteiarchiv, SPÖ-Vorarlberg begrüßt Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf. Ordner 1977-1980.

⁸⁸ Vorarlberger Nachrichten, 13. 11. 1995.

⁸⁹ Dr. et mag. phil. Arnulf Häfele absolvierte nach seinem Ausscheiden aus den Partei-Spitzenfunktionen ein Jus-Studium, ist heute also auch Mag. iur.

⁹⁰ Vorarlberger Nachrichten, 10. 9. 1993.

⁹¹ Martin, Hans Peter: Nachtschicht. Eine Betriebsreportage. 2. Auflage. Wien 1979.

⁹² Parteiarchiv, Projekt des Renner-Instituts, „Grenzen und Möglichkeiten der SPÖ im Westen Österreichs“ (1990), S. 47.

⁹³ VN, 13. 11. 1995.

⁹⁴ Gespräch mit Karl Falschlunger, 27. 7. 1999.

⁹⁵ Parteiarchiv, Mangott, Gerhard: Sozialdemokratie im Ghetto. Eine empirische Bestandsaufnahme (1990), Manuskript S. 8.

⁹⁶ VN, 28. 7. 1999.

⁹⁷ VN, 22. 11. 1999

⁹⁸ Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946 (= Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs Bd. 4), Bregenz 1984.

Gerwald Rainer

Portraits der Landesparteivorsitzenden seit 1945

Jakob Bertsch:

Mann der ersten Stunde

Zwölf Jahre lang war Jakob Bertsch Landesobmann der Vorarlberger Sozialdemokraten. Das erste sozialistische Regierungsmitglied nach dem 2. Weltkrieg war ein Mann der ersten Stunde. Er war, zusammen mit seinen Genossen Hans Mayer und Emil Nesler, am 24. Mai 1945 dabei, als im Feldkircher „Mehlbüro“ der provisorische „Vorarlberger Landesausschuss“ erstmals tagte.

Die französischen Befreier führten die Oberaufsicht über die ersten demokratischen Gehversuche der Vorarlberger nach sieben Jahren Hitler-Diktatur. Die politischen Parteien waren im Mai 1945 noch verboten. Vieles drehte sich um die Beseitigung der Kriegsschäden und um die Versorgung der Bevölkerung. Politische Gegensätze hatten in der ersten Nachkriegszeit keinen Platz.

Die Not schweißte Rot und Schwarz so zusammen, dass vor den französischen Besatzern nie die kleinste Meinungsverschiedenheit ausgetragen wurde. So pflegte der französische Besatzungs-Oberst Jung in den gemeinsamen Sitzungen des Landesausschusses bei heiklen Themen immer zu sagen: „Monsieur Bertsch, was sagen Sie dazu?“

In seinen Erinnerungen schreibt der damalige ÖVP-Landeshauptmann Ulrich Ilg: Immer hat Jakob Bertsch meine Auffassung gedeckt, sodass es in den Augen der Franzosen nie eine Meinungsverschiedenheit gegeben hat.

Diese Haltung ist nur vor dem Hintergrund des Kriegsendes zu verstehen. Schließlich war Ulrich Ilg 1934 noch Staatssekretär unter Kanzler Dollfuß, der 1934 die SPÖ nach kurzem Bürgerkrieg verboten hatte.

Doch nicht immer herrschte zwischen den Parteien Harmonie.

Schließlich waren im November 1945 die ersten Wahlen. Es kandidier-

ten nur SPÖ, ÖVP und Kommunisten. 15.156 Personen, allesamt durch die Mitarbeit bei den Nazis belastet, durften nicht wählen. Das waren 16,4 Prozent.

Rechtzeitig zum Wahlkampfauftakt erschienen die ersten Zeitungen in Vorarlberg – falls die Papierzuteilung klappte. In der ersten Nummer des „sozialistischen Volkswillens“ gab sich Jakob Bertsch sehr kämpferisch: „Nach elf Jahren faschistischer Diktatur, die jede freie Meinungsäußerung unterdrückte, erscheint in unserem Ländle wieder eine sozialistische Zeitung. Nun können wir Arbeiter wieder zu Arbeitern sprechen. Und wir haben uns viel zu sagen.“

Unmittelbar nach dem Krieg hatte die SPÖ regen Zulauf: Bei den Mai-Feiern des Jahres 1946 marschierten in Dornbirn rund 500 Teilnehmer mit, ein Jahr später waren es über tausend.

1951 wurde in der Vorarlberger Textilindustrie gestreikt. Nach zähen Verhandlungen hatte die Gewerkschaft, die anfangs eine Lohnerhöhung von 20 Prozent gefordert hatte, einem Kompromiss von 13 Prozent zugestimmt.

Nach diesen Anfangserfolgen wurde die sozialistische Parteiarbeit schwieriger. Im Jahr 1954 rang sich die Partei zu einer schonungslosen Analyse ihrer Situation in Vorarlberg durch: Den Vorarlberger SP-Granden der Wiederaufbau-Generation wurde klar, dass die soziale Struktur des Landes mit der politischen nicht übereinstimmt. Obwohl die Industrialisierung rapide zunahm, damals gab es schon 67.000 Arbeitnehmer im Land. Die Mitgliederzahl der Partei stagnierte bei 3.400. Die Mietervereinigung war mit ihren 4.000 Mitgliedern stärker als die SPÖ. Alles rief nach Veränderung und Reform.



**Josef Schoder:
Ehrenzeichen mit Nuntius und Kardinal**

Mit 57 war Josef Schoder Landesrat für Soziales und Gesundheit und nebenbei auch noch Klubobmann der Landtagsfraktion als er im Jahr 1957 zum Vorarlberger SPÖ-Chef gewählt wurde. Grund für den plötzlichen Aufstieg: Sein Vorgänger Jakob Bertsch war im Frühjahr dieses Jahres unerwartet verstorben. Schoder amtierte als Parteichef bis 1961. Bis 1969 war er Mitglied der Landesregierung.

Kurz bevor die politische Karriere Josef Schoders beendet war, wurde ihm im Jahr 1968 das Ehrenzeichen in Gold verliehen. Mit ihm bekamen auch Kardinal Franz König und der damalige päpstliche Nuntius Opilio Rossi diesen hohen Orden des Landes.

Schoder war, wie sein Vorgänger Jakob Bertsch, ein Politiker, der die Probleme der Zwischenkriegszeit gut kannte. Nach Ende des 1. Weltkrieges ging Josef Schoder in die Schweiz, wo er bis 1923 arbeitete. Dort machte er eine Ausbildung als Bauarbeiter und stieg dann zum Angestellten auf.

Es ist ein weithin unbekanntes Phänomen, dass die Vorarlberger Sozialdemokratie sich aus Handwerkern und Facharbeitern rekrutierte. Die sozial Deklassierten spielten als Mitglieder keine große Rolle. Sie dienten eher der Wahlpropaganda. In der Zwischenkriegszeit waren 50 Prozent der Vorarlberger Berufstätigen Industriearbeiter. Diese Unselbstständigen verfügten, bedingt durch die Realteilung des bäuerlichen Besitzes, rund 30 Prozent aller landwirtschaftlichen Flächen.

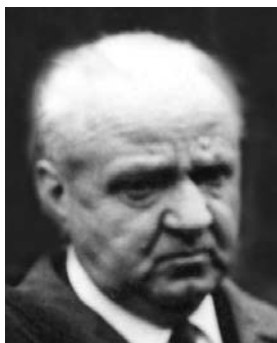
Nach Vorarlberg zurückgekehrt, trat Josef Schoder im Jahr 1924 der Sozialdemokratischen Partei bei. Von 1926 bis 1929 macht er von sich als Landesobmann der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter von sich reden.

Nach zwei Jahren der Einarbeitung musste er 1959 einen Landtagswahlkampf schlagen. Doch damals ging es noch gemütlich zu: Die Kampagne dauerte nur von Mitte September bis Mitte Oktober. Die Wahlen 1959 brachten nur geringe Kräfteverschiebungen zwischen ÖVP, SPÖ und FPÖ.

Gelebte Sozialpartnerschaft und Konsenspolitik zwischen Rot und Schwarz machten diese Ära zu einer politisch beschaulichen Zeit. Die Gemeindepolitik dominierte die ÖVP. Die SPÖ stellte seit 1955 den Bürgermeister in Bürs, und in Hard dauerte das „rote Bürgermeister-Intermezzo“ von 1947 bis 1954.

Anna Mayr aus Hard, eine Krankenschwester, war die erste Landtagsabgeordnete der SPÖ. Sie wurde am 29. Oktober 1959 ins Landesparlament gewählt. Aber nicht nur die erste SPÖ-Frau machte Karriere, sondern es wurde auch damals schon die „direkte Demokratie“ geprobt. Die Ländle-SPÖ leitete damals das erste Volksbegehren ein. Ziel war die Änderung des neuen Grundverkehrsgesetzes. Die ÖVP war der Ansicht, das Gesetz habe sich an den Interessen der Landwirtschaft zu orientieren. Die SPÖ kritisierte, dass zwar die Handelskammer in der Grundverkehrskommission Sitz und Stimme habe und die – damals noch rote – Arbeiterkammer von den Entscheidungen ausgesperrt blieb.

Das Volksbegehren war nur „mäßig“ erfolgreich, meinten damals die SPÖ-Parteistrategen. In der Kommission blieben die politischen Kräfte unverändert. Der Arbeiterkammer wurde zwar ein Vertreter zugebilligt, doch die Zahl der Mitglieder wurde aufgestockt und dabei auch gleich „eingeschwärzt.“



Franz Katzengruber: Er musste Fußach ausbaden

Als der Dornbirner Franz Katzengruber im Jahr 1961 Landesobmann der SPÖ Vorarlberg wurde, schipperte der landespolitische Dampfer in ruhigen Gewässern. Doch das sollte sich bald ändern. In der Sitzung der Landesregierung am 7. April 1964 wurde beschlossen, das neue Bodensee-Schiff, das in der Fußacher Werft gerade gebaut wurde, auf den patriotischen Namen „Vorarlberg“ zu taufen. SP-Landesrat Josef Schoder war auch dafür, dem neuesten Boot der Bodenseeflotte der ÖBB den Namen „Vorarlberg“ zu geben.

An diesem 7. April 1964 konnte der SP-Mann in der Landesregierung noch nicht ahnen, was auf die kleine Ländle SPÖ noch alles zukommen würde. Denn SPÖ-Verkehrsminister Otto Probst hatte sich in den Kopf gesetzt, das Schiff nach Karl Renner, dem ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik, zu nennen.

Die „Vorarlberger Nachrichten“ griffen das Thema nur allzu gerne auf, denn es ließ sich wunderbar zum Kampf der biederen Vorarlberger Föderalisten gegen das „Rote Wien“ einsetzen. Wer da nicht mitmachte, geriet in den Geruch des Landesverrätters. Zur Schiffstaufe am 21. November 1964 kam Minister Otto Probst nach Vorarlberg. Das Schiff wurde „notgetauft“, der Minister musste unverrichteter Dinge zurück nach Wien fahren.

Parteichef Franz Katzengruber (geb. 1901, gest. 1994), seit 1945 Dornbirner Vizebürgermeister und schon seit 1953 Abgeordneter zum

Nationalrat, war mit 64 Jahren ein erfahrener Politiker und alt gedienter Gewerkschafter, der im Bürgerkriegsjahr 1934 den Dornbirner Schutzbund kommandiert hatte.

In seinen Erinnerungen schildert Ernst Haselwanter, der am 17. Februar 1965 wegen der Fußach-Affäre sein Nationalrats-Mandat zurücklegte, die Vorgänge so: „Für Katzengruber und mich war die Namensgebung keine Grundsatzfrage des Sozialismus und die Sturheit der Wiener Parteiführung blieb und war unverständlich. Für uns war es aber klar, dass „Vorarlberg“ eine Grundsatzfrage im Ländle ist...“

Die SPÖ war bei den „Vorarlberger Nachrichten“ und in der öffentlichen Meinung unten durch. Franz Katzengruber zur Schiffstaufer: „Ich war früher Kommandant des Schutzbundes, und da habe ich Leute getroffen, die zu mir gesagt haben: Franz, du weißt, wir sind immer treu zu dir gestanden und haben dir immer geholfen. Wir haben uns hingestellt und wenn wir uns den Schädel eingeschlagen hätten, alles hätten wir gemacht. Aber was jetzt geschieht, da können wir mit euch nicht mehr mitgehen...“

Und die Wähler sind auch nicht mehr mitgegangen. Die Gemeindevahlen am 4. April 1965 brachten für die SPÖ ein Desaster. Auch die Bundespräsidentenwahl am 23. Mai 1965 stand in Vorarlberg unter keinem guten Stern. Auch als Karl Falschlunger, damals schon SP-Gewerkschafter und Betriebsratsobmann bei der Schiffahrt kann es heute noch nicht fassen: „Wegen eines Schiffsnamens hat man die Partei in eine solche Lage gebracht.“ Falschlunger konnte dem Wahlkämpfer Franz Jonas das Versprechen abringen, den Konflikt beizulegen. Jonas hielt sein Versprechen, doch für die SPÖ war das zu spät. Mitglieder und Wähler verließen in Scharen die Partei. Franz Katzengruber räumte den Obmannsessel und Roman Heinz folgte ihm nach.



**Roman Heinz:
Der Mann der Wendezeit der Politik**

Durch das Fußach-Debakel wurde die Vorarlberger SPÖ in ihrer Entwicklung um zehn Jahre zurückgeworfen, klagte damals Landesrat Josef Schoder. Bei den Gemeindewahlen gingen 30 Mandate verloren und bei der Bundespräsidenten-Wahl büßte die Ländle-SPÖ 1965 rund 10.000 Stimmen ein. Aus dieser Krise konnte nur ein neuer Obmann die Partei herausführen.

Roman Heinz (1923 bis 1997), ein gestandener Gewerkschafter, war der Mann der Stunde, als der damals 43-jährige die Zügel der gebeutelten Partei in die Hand nahm.

Seit 1950 Gewerkschaftssekretär, war er einer der wenigen der Vorarlberger SPÖ-Spitze, der während der NS-Diktatur politisch verfolgt wurde. Von 1939 bis 1941 verbüßte er 22 Monate Haft in einem Grazer NS-Gefängnis.

Roman Heinz, ein gebürtiger Feldkircher, führte die Partei sehr kooperativ. Von seinen damaligen Genossen wurden vor allem seine ausgleichende Art und sein kollegialer Führungsstil geschätzt. Ernst Winder würdigt in seinem Buch „Zwischen Fußach und Europa“ den Charakter von Roman Heinz: „Er besaß eine Eigenschaft, die man heute in der Politik selten findet: er drängte nicht in die Öffentlichkeit. Er war ein kluger und verständnisvoller Parteiobmann. Als er seine Funktion nach zehn Jahren an Fritz Mayer weitergab, wählte ihn die SPÖ verdientermaßen zu ihrem Ehrenobmann.“

Die Schwäche der roten Konkurrenz nützte die Ländle-ÖVP damals geschickt aus: Im Herbst 1969 wurde Bertram Jäger mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ zum ersten schwarzen Präsidenten einer Arbeiterkammer gewählt. Somit war die letzte „rote Bastion“ in Vorarlberg gefallen. In der Landesregierung wurde das traditionelle SPÖ-Ressort Soziales und Gesundheit von der Mehrheitspartei arg beschnitten: Die Vorsorgemedizin und die Familienpolitik wanderten zur SPÖ. Schon damals wurden Stimmen laut, die Sozialisten sollten besser die Landesregierung verlassen.

Im Landtagswahlkampf 1969. Schulen, Wohnbau und Mieten waren die Evergreens der SPÖ. Neu im Wahlkampf waren die Themen Straßenbau, Raumordnung, sowie die Forderung nach mehr Gleichberechtigung für die Frauen.

Schärfstes Wahlkampfthema war die Trassenführung der Autobahn im Raum Bregenz. Die ÖVP hatte sich schon seit Jahren auf eine Unterflur-Trasse entlang des Bodenseeufers festgelegt. Von den „Vorarlberger Nachrichten“ kräftig unterstützt, bildeten sich in Lochau, Hard und Bregenz Bürgerkomitees gegen die Unterflurtrasse. 10.000 Gegner der Seetrasse marschierten vor das Landhaus, das damals noch dort war, wo heute der Hypo-Saal steht.

Diesen Moment nutzt der junge Bregenzer Baustadtrat Fritz Mayer und wurde zum Befürworter der Pfändertunnels. Im März 1970 siegte Bruno Kreisky bei der Nationalratswahl und löste die ÖVP-Regierung ab. Fritz Mayer gewann in Bregenz die Gemeindewahlen mit dem Autobahnthema und vollzog im Mai 1970 zusammen mit der FPÖ einen Machtwechsel im Rathaus. Bruno Kreisky versprach in Bregenz, dass keine Autobahntrasse gegen den Willen der Betroffenen gebaut werde. Er hielt sein Versprechen und im September 1971 wurde die Pfändertunnel-Trasse beschlossen und Fritz Mayer war der neue Politstar der SPÖ im Land.



Fritz Mayer: Der große Macher und der Reformier

Als Fritz Mayer im Jahr 1976 zum neuen Landespartei-Chef gewählt wurde, hatte der 43-Jährige schon seine zweite Wahl in Bregenz geschlagen und regierte die Landeshauptstadt seit dem Frühling 1975 mit absoluter SP-Mehrheit. Die Autobahnlösung in Bregenz war klar, der Bau des Pfändertunnels wurde gerade begonnen, die Siedlung an der Ach war zum Teil vollendet und die ÖVP hatte aufgehört davon zu träumen, die Macht in Bregenz bei nächster Gelegenheit zu übernehmen. Seit 1974 gehörte Fritz Mayer dem Landtag an und so wurde der bisher erfolgreichste SPÖ-Politiker auch Landespartei-**ch**ef.

Im Bund herrschte „Sonnenkönig“ Bruno Kreisky, der den Macher und „Betonierer“ – wie sich Fritz Mayer selbst gern nannte – aus Bregenz schätzte. Mayers gutem Draht zu Kreisky war es schließlich zu verdanken, dass der Bau des Arlberg-Straßentunnels früher als geplant in Angriff genommen und schon 1979 vollendet wurde.

Die Vorarlberger SPÖ war seit 1971 wieder im Aufwind: Das zweite Vorarlberger Grundmandat bei der Nationalratswahl sicherte das 93. Mandat und brachte der SPÖ die absolute Mehrheit. Sie erreichte vor 34 Jahren sagenhafte 36,65 Prozent.

Unter Partei-**ch**ef Fritz Mayer wurde 1978, in dieser Zeit der Erfolge und des Aufbruchs, ein neues Parteiprogramm beschlossen. Die Leitlinie lautete: „Die soziale Demokratie müsse vor allem eine reale Veränderung des Alltags bringen. Sie müsse sich unmittelbar auf die den Alltag

betreffenden Lebensinteressen der Menschen beziehen. Die Demokratisierung der Gesellschaft wurde nun zum Teil auch verwirklicht.

Das neue Parteiprogramm stand für humane Umwelt, leistbare Wohnungen, unbürokratische Sozialhilfe, Patientenrechte, Abbau von Bildungsschranken, ein neues umfassendes Verständnis für Kultur, die Aufwertung von Frau und Familie, eine Politik für die Arbeitnehmer und das SP-Programm forderte auch eine ausgewogene Struktur der Vorarlberger Wirtschaft, denn im Textilbereich begann es schon zu kriseln. In Bregenz hatte es Fritz Mayer schon vorgemacht: Mit der „Siedlung an der Ach“ wurde ein großes Projekt des sozialen Wohnbaus im Ländle verwirklicht. Die ÖVP im Land setzte auf den Bau von Eigenheimen und förderte den Bau von Mietwohnungen nur ungern. So wurden 1977 nur 158 solcher Wohnungen gefördert. Im Wohnbauprogramm der Regierung von 1977 waren 300 Mietwohnungen vorgesehen. Doch das wurde zusammengestrichen, obwohl allein bei der Vogewosi Anträge für 141 weitere Mietwohnungen vorlagen.

Fritz Mayer baute gegen anfänglichen Widerstand von Initiativen das Bregenzer Festspielhaus und förderte mit den Randspielen zugleich das Gegenfestival der Jugend.

Der frühere Parteisekretär Günter Dietrich charakterisierte Fritz Mayer so: Drei Vorzüge zeichneten ihn aus: Seine ausgeprägte Volksverbundenheit, seine Kontakte über politische, gesellschaftliche und konfessionelle Grenzen hinweg und seine guten Beziehungen zu Kanzler Kreisky und damit zu den Entscheidungsträgern in der Bundesregierung.

Den kontaktfreudigen, den freundlichen Fritz Mayer kannte man im ganzen Land. Die Nachricht von seinem Freitod im Herbst 1988 traf Freunde und Gegner gleichermaßen wie ein Blitz aus heiterem Himmel.



Arnulf Häfele: Der Boxer mit den roten Handschuhen

Im Herbst 1987 war Fritz Mayer nach bald zwölf Obmann-Jahren amts- müde und hatte die anstrengende Arbeit in der Landespartei satt. Um die Mitglieder in die Verantwortung zu nehmen, veranstaltete die Parteispitze eine Befragung, wer denn der neue Parteichef werden solle. Zur Auswahl standen Günther Keckeis und Klubobmann Ernst Winder. 42 Prozent stimmten für Keckeis, 28 Prozent für Winder. Keckeis nahm die Wahl an und wurde vom Parteirat zum Mayer- Nachfolger gekürt. 87 Prozent waren für ihn. Das schien eine gute Basis für seine künftige Arbeit.

Günther Keckeis war ein Gegner eines Kraftwerkes an der Unteren III. Der Parteivorstand war für den Bau. Nach nur sechs Monaten legte Keckeis sein Amt zurück, weil er die offizielle Parteilinie der Energie- politik nicht mittragen konnte.

Nun begann die fieberhafte Suche nach einem neuen Obmann- Kandidaten. Eine Woche vor dem Parteitag, der am 18. Juni 1988 in Lauterach stattfand, wurde Arnulf Häfele, damals 42 Jahre jung, förm- lich aus dem „Partei-Hut“ gezaubert. Zur allgemeinen Überraschung bekam der Hoffnungsträger Arnulf Häfele 97 Prozent der Stimmen. Der große Fritz Mayer hatte es zuletzt auf 64 Prozent gebracht. Arnulf Häfele ging die Sache mit viel Elan an, strahlte Optimismus aus, sah sich als „Obmann für die nächsten Jahrzehnte“, amtierte dann aber nur für fünf Jahre.

Trotz seiner Jugend war Häfele schon seit 14 Jahren Landtagsabgeordneter, der sich vor allem mit dem Kulturreferenten der Landesregierung, das war der recht konservative Landeshauptmann Keßler persönlich, gerne anlegte. Über ein Kulturgesetz, das den Künstlern durch einen Beirat Mitbestimmung vorgaukelte, sagte Häfele damals im Landtag: „Es ist ein völlig unnützes Gesetz, das bei den Kulturschaffenden viele unerfüllte Hoffnungen zurückgelassen hat und im Grunde für das unerfreuliche Klima zwischen Künstlern und Kulturreferat verantwortlich gemacht werden muss.“ Noch heute treten Künstler aus dem Beirat aus, weil sie sehen, dass ihre Meinung für die ÖVP unerheblich ist.

Die SPÖ war wieder motiviert. Die Landtagswahl im Herbst 1989 stand vor der Tür.

Als sich der intellektuell wirkende Häfele mit roten Boxhandschuhen als Herausforderer von ÖVP-Spitzenkandidat Martin Purtscher plakatieren ließ, kamen die ersten Zweifel auf, ob dieses Muhammed-Ali-Konzept seines Geschäftsführers Hanno Schuster, einen Wahlerfolg bringen würde.

Es ging nicht auf: Die ÖVP erreichte mit 51 Prozent die Absolute, die FPÖ legte dank Jörg Haider fünf Prozent zu und kam auf 16 Prozent, doch die SPÖ verlor 2,7 Prozent und lag bei 21,3 Prozent und nicht bei den angepeilten 30.

Dann begannen die unerfreulichen Auseinandersetzungen in der Partei: Zuerst trat Ernst Winder aus der SPÖ aus und wurde „wilder Abgeordneter“. Der Kampf zwischen dem neuen Klubchef Elmar Mayer und Arnulf Häfele begann.

Bei den Nationalratswahlen verlor die ÖVP 13 Prozent an die FPÖ und Häfele selbst wurde Vizebürgermeister in seiner Heimatstadt Hohenems.

Auf dem Parteitag im November 1992 trat Elmar Mayer gegen Häfele an und unterlag knapp. Doch schon im Oktober 1993 wurde Karl Falschlunger zum Parteichef gewählt.



Karl Falschlunger: Parteichef während schwerem Seegang

Um den Streit in der Landespartei zu beenden, übernahm Karl Falschlunger am 27. Oktober 1993 den Parteivorsitz von Arnulf Häfele, der einige Wochen davor seinen Rücktritt erklärt hatte. Ausgerechnet in der Belangsendung der SPÖ, die am frühen Abend im Regionalprogramm gesendet wurde, gab er seinen Rücktritt – fast beiläufig – bekannt. Damit wollte Häfele sicher gehen, dass, obwohl er seine Abdankung öffentlich gemacht hatte, kein Mensch davon erfahre würde. Wäre nicht zu dieser stillen Stunde ein ORF-Redakteur im Funkhaus am Klo gesessen und wäre er nicht vom eigenen Regionalsender „beschallt“ worden, hätte es sicher noch eine Weile gedauert, bis das Land von Häfeles Abgang erfahren hätte.

In den zwei Jahren als Parteichef versuchte Karl Falschlunger, das mutwillig zerschlagene Porzellan mühselig zu kitten, was ihm ganz gut gelang. Rückblickend sagte er: „Meine größte Enttäuschung als aktiver Politiker war es, dass wir es nicht geschafft haben, Konflikte intern auszutragen. Wir haben in aller Öffentlichkeit gestritten, und das hat sich immer in den Wahlergebnissen niedergeschlagen.“

Bei den Landtagwahlen im Herbst 1994 war Karl Falschlunger Spitzenkandidat, konnte aber trotz seines großen Einsatzes das Steuer nicht mehr herumreißen. Er stand einem übermächtigen Landeshauptmann Purtscher und einer aufstrebenden Haider-FPÖ gegenüber. Die SPÖ kam auf 16,3 Prozent, verlor fünf Prozent und zwei Mandate. Sie fiel damit

hinter die FPÖ zurück, was zehn Jahre andauerte.

Diese Niederlage nutzte Karl Falschlunger zu einer Reform, bei der die Männer ihre Vormacht einbüßen sollten. Er war überhaupt ein Politiker, dem niemand verbieten konnte, über Nacht gescheitert zu werden: Als alter Gewerkschafter trat er für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf ein. Nach dem Atomunfall von Tschernobyl stand er auf der Seite der Umweltschützer. Zuerst war er Befürworter der Bodensee-Autobahn S18, um dann zu einem ganz scharfen Gegner zu werden. Begründung: Die neue Straße bringt keine Entlastung.

Auch mit „Frauen an die Macht“ war es ihm ernst. So bot er Angelika Fußenegger sein Mandat im Landtag an und über Nacht wurde die Frau, die sich vorher beruflich mit Fragen der Dritten Welt beschäftigt hatte, Fraktionschefin der SPÖ im Landtag. Die Gemeindewahlen 1995 brachten eine Reihe von Niederlagen. Die schmerzlichste war wohl die in Bregenz. Die ÖVP, die schon 1990 den Bürgermeistersessel in der Landeshauptstadt erobert hatte, konnte zulegen und die SPÖ verlor 17 Prozent ihrer Wähler.

Die Parteireform, die der erfahrene Bodensee-Kapitän begonnen hatte, geriet ins Stocken. Die Abschaffung der Bezirke wollten die Genossen nicht, und die „Themenreferate“ fanden auch keine Mehrheit. Die Entscheidung wurde einer Kommission übertragen. Man hat nie mehr etwas darüber gehört.

Inzwischen war Karl Falschlunger 66 und gab zu verstehen, dass er im Herbst 1995 sein Amt niederlegen wollte. Der neue Parteichef war rasch gefunden: Günther Keckeis wollte wieder nicht, da bot sich Elmar Mayer, der einmal gegen Häfele verloren hatte, an.



**Elmar Mayer:
Ein Versuch bei „blauem Gegenwind“**

Als Elmar Mayer am 12. November 1995 im Bregenzer Blumenegg-Saal zum Landesobmann der SPÖ gewählt wurde, war er 42 und schon zwölf Jahre Landtagsabgeordneter. Beim zweiten Anlauf klappte es.

Elmar Mayer wurde endlich Parteichef.

Die Wohnbaupolitik, ein Gebiet auf dem er sich auskannte, wurde seine politische Spielwiese. Schon bald forderte Elmar Mayer vom Land neben einem Mietzuschuss auch einen Zuschuss für die Betriebskosten, die er öffentlichkeitswirksam die „zweite Miete“ nannte.

Die Landtagswahl war noch fern und so setzte sich der Obmann hohe Ziele. Für die Landtagswahl am 19. September 1999 setzte er sich „20 Prozent plus“ als ehrgeiziges Ziel. Dass es dann nur ein paar Stimmen unter 13 Prozent waren, überraschte selbst die Pessimisten. Seine ständigen Angriffe auf die landeseigene Wohnbaugesellschaft Vogewosi blieben nicht ohne Erfolg. Weil die Vorstandsetage der gemeinnützigen Häuslebauer ziemlich zerstritten war, wurde der ÖVP-Sozialexperte Manfred Dörler Aufsichtsratschef. Dieser warf die zerstrittenen Vogewosi-Chefs hinaus, senkte Mieten und Betriebskosten und begann forciert Mietwohnungen zu bauen. Eigentlich ein Pech für Elmar Mayer, der die Schwachstellen aufgezeigt hatte. Gegen jede frühere Erfahrung hatte die ÖVP gehandelt und die Stolpersteine ausgeräumt.

Doch knapp vor den Wahlen kam Elmar Mayer der Zufall zu Hilfe. Der Millionen-Skandal in der Sozialabteilung der Bezirkshauptmannschaft Bregenz war aufgefliegen. Im Laufe der Jahre hatte dort ein Referent über 20 Millionen Schilling an Sozialhilfegeldern für sich abgezweigt und damit sogar vom Land geförderte Häuser gebaut.

Als erfahrener Obmann des Kontrollausschusses sah Elmar Mayer seine Chance und forderte einen Landesrechnungshof. Die ÖVP konnte bisher mit ihrer absoluten Mehrheit diese Forderung der Opposition immer wieder abblocken. Doch nach dieser Millionen-Pleite brauchte er neben der Mehrheit im Landtag auch noch gute Argumente. Die hatte nicht die ÖVP, sondern Elmar Mayer.

Also wurde im Mai 1999, kurz vor den Landtagswahlen, der Chef des Prüfungsamtes bestellt und die SPÖ konnte jubeln. Doch in Mandaten und Prozentsätzen konnte Mayer seinen Erfolg nicht ummünzen.

Bei der Landtagswahl im September 1999 verlor zwar die ÖVP ihre absolute Mehrheit, konnte aber mit 18 Mandaten alles boykottieren. Die FPÖ, im Aufwind, hatte plötzlich elf Mandate, und die SPÖ, im „blauen Gegenwind“ gerade einmal fünf.

In einer Studie des Renner-Instituts, in der die Möglichkeiten der SPÖ im Westen untersucht wurden, hieß es: „Die SPÖ muss das fatale Image zerstören, dass sie nur aus Eisenbahnern, Gebietskrankenkassen- und Gewerkschafts-Funktionären besteht. Über ein neues Personalangebot muss die SPÖ den Nachweis führen, dass sie nicht nur auf den ihr zugeschriebenen Feldern Kompetenz besitzt.“

Diese neuen Felder hatte Elmar Mayer, der am Anfang seiner Karriere den Krawattenzwang im „Hohen Haus“ für sich abgeschafft und neuen Wind ins Landesparlament gebracht hatte, gesucht, aber nicht gefunden. Am 20. November 1999 trat er als SP-Obmann zurück.



Manfred Lackner: Ein Obmann des Übergangs

„Ich bin öfters in Wien und bin auch nicht Jung-Siegfried oder Robin Hood. Ich bin einfach der Genosse Manfred Lackner.“ Mit diesen Worten trat Manfred Lackner am 20. November 1999 auf dem Parteitag in Nenzing sein schweres Amt an.

Die Landtagswahlen vom September 1999 bescherten der SPÖ schwere Verluste. Mit 12,99 Prozent der Stimmen und fünf Abgeordneten war ein Neustart nötig. Offen und ehrlich deklarierte sich der Nationalratsabgeordnete aus Bludenz, der mit 53 Jahren das Amt des Parteichefs übernahm, als ein Obmann des Überganges. Er schloss schon im Herbst 1999 eine Kandidatur für die Landtagswahlen 2004 aus.

Manfred Lackner wurde im Jänner 1996 Nationalrats-Abgeordneter. Als Gesundheitssprecher seiner Fraktion leistete er solide und fundierte Arbeit. Sein solides Wissen über Gesundheitspolitik und Spitalsfinanzierung hatte er sich als Finanzchef des Krankenhauses Bludenz erworben.

Als zu Jahresanfang 2000 die Große Koalition auf Bundesebene zerbrach, wurde die Situation für den Vorarlberger SP-Chef einfacher: Opposition im Land, Opposition im Bund. Manfred Lackner musste nicht mehr wie seine Vorgänger seit 1974 den Spagat zwischen Regierung im Bund und Opposition im Land machen. Die Situation war nicht besser, aber einfacher geworden. Bei der Gemeindewahl im Frühjahr 2000 konnte Manfred Lackner noch nicht punkten. Doch bei

der vorgezogenen Nationalratswahl, wo die FPÖ für Knittelfeld büßte, hatte die Vorarlberger SPÖ schon bessere Karten: Sie steigerte sich von 18,2 Prozent im Jahr 1999 auf 20,1 Prozent. Der „blaue“ Trend war gebrochen. Die SPÖ war wieder auf Platz 2.

Jetzt konnte Manfred Lackner, der als Nationalrat natürlich oft in Wien war, die Politik von Bund und Land optimal aufeinander abstimmen. Das war auch notwendig, denn die SPÖ musste sparen. Der Parteiapparat „speckte ab“. Die SPÖ-Zentrale wurde nach Bregenz ins Landhaus-Viertel verlegt und es wurde alles unternommen, um die Partei zu verjüngen.

In Wien arbeitete Manfred Lackner als Gesundheitspolitiker an vorderster Front und kämpfte vor allem gegen die von der schwarz-blauen Regierung eingeführten Selbstbehalte und gegen die drohende Zwei-Klassen-Medizin.

Am 8. Juli 2002 hatte der Gesundheitspolitiker Manfred Lackner allen Grund zum Jubeln: An diesem Tag veröffentlichte der Verfassungsgerichtshof sein Erkenntnis, dass die von der schwarz-blauen Regierung eingeführte „Ambulanzgebühr“ verfassungswidrig sei. Manfred Lackner war immer schon ein Gegner dieser zusätzlichen Gesundheitskosten. Er sagte schon früh voraus, dass diese Gebühr zwar den Einzelnen spürbar treffen werde, in der Gesamtheit aber nur geringe Einnahmen bringen werde. Nicht nur das Höchstgericht, sondern auch die Berechnungen der Vorarlberger Gebietskrankenkasse gaben ihm Recht und die Patienten waren dankbar, von einer solchen Gebühr befreit zu sein. Also war Genosse Manfred Lackner doch ein Robin Hood – in seinem Falle für die Patienten, die keine Ambulanzgebühr mehr bezahlen mussten.

Im Herbst 2003 übergab Manfred Lackner nach fast vier Jahren Parteichef sein Amt an Elke Sader – ganz so wie es längst vereinbart gewesen war.



Elke Sader:
Parteichefin, die wieder siegen kann

„Ich bin in die Politik gegangen, weil ich Gegenwart und Zukunft gestalten will!“ Mit diesem Bekenntnis trat Elke Sader am 22. November 2003 ihr Amt als SPÖ-Landeschefin an. Die Lochauer Frauenärztin hatte mit ihrer Entscheidung, ganz in die Politik einzusteigen, auch ihre eigene Zukunft gestaltet: Sie verdiente weniger und musste dafür länger arbeiten.

Die Tochter des legendären Bregenzer Bürgermeisters, Fritz Mayer, hatte in der SPÖ keine Blitzkarriere gemacht. Als sie mit 48 Parteichefin wurde, war sie schon 29 Jahre Parteimitglied.

Elke Sader, der die Neigung zur Politik schon von ihren Eltern in die Wiege gelegt wurde, kam über die Hochschulpolitik in die Lochauer Gemeindepolitik und wurde 1999 in den Vorarlberger Landtag gewählt. Schon bald fiel sie im Landesparlament auf, weil ihre Reden über Gesundheits-, Frauen- und Sozialpolitik kurz, prägnant und voller Sachverstand waren. Elke Sader ließ – auch in ihren Landtagsanfängen – keine vorgefertigten Reden vom Stapel, sondern pflegte die freie Rede, eine parlamentarische Tugend, die man immer seltener findet. Elke Saders politische Programme liegen immer „Nahe beim Menschen“. Sie vermittelt den Menschen Sicherheit und Geborgenheit in einer Umwelt, die kälter wird. So ist das Ziel in der Gesundheitspolitik, die ihr ein Herzensanliegen ist, die Solidarität. Gesundheit darf auf keinen Fall ein Spielball der Globalisierung werden. Die Gesund-

heitskosten sollen von allen gemeinsam getragen werden. Privatisierung der Sozialversicherungen lehnen Partei und Parteichefin ab. Ein großes Anliegen Elke Saders ist der Erhalt der notwendigen medizinischen Zentren im Lande. Als Schließungen einzelner Abteilungen in Vorarlberger Spitälern von Gesundheitsökonomien gefordert wurden, trat Elke Sader öffentlich dagegen auf. Die Folge war, dass die Landesregierung all diese Pläne, die auf dem Tisch lagen, auf der Stelle lautstark „begrub“.

Was die SPÖ im Wahljahr 2004 dringend benötigte, waren Wahlerfolge. Die Arbeiterkammer-Wahl im März bescherte der Partei einen Erdrutsch-Sieg. 25 Mandate konnten die SP-Gewerkschafter „einfahren“. Das waren 14 Sitze und 19 Prozent der Stimmen mehr als bei der Wahl 1999.

Im April 2004 siegte SP-Kandidat Heinz Fischer bei den Bundespräsidentenwahlen. Das sagten auch alle Meinungsforscher voraus. Dass Heinz Fischer im traditionell „schwarzen“ Ländle 45,97 Prozent der Wählerstimmen erhielt, überraschte selbst die größten Optimisten. Die Ausgangslage für die Wahl am 19. September 2004 war für die SPÖ nicht schlecht. Schließlich hatte es seit 1974 keinen Stimmenzuwachs gegeben.

Nach einem sehr engagiert geführten Wahlkampf konnte Elke Sader, die erste Obfrau einer im Vorarlberger Landtag vertretenen Partei, die Ernte einfahren. Die SPÖ war wieder zweitstärkste Kraft im Land, sie stellte wieder einen Bundesrat und hatte vier Prozent der Stimmen und einen Sitz im Landesparlament dazu gewonnen.

In Bregenz, wo ihr Vater, Fritz Mayer, von 1970 bis 1988 erfolgreicher Bürgermeister war, konnte die SPÖ wieder Terrain zurück gewinnen: Sie legte ein Drittel der Stimmen zu und kam auf fast 30 Prozent.

Anhang:

1. Landesvorsitzende der SPÖ seit 1945

- 1945 – 1957: Jakob Bertsch
- 1957 – 1961: Josef Schoder
- 1961 – 1966: Franz Katzengruber
- 1966 – 1976: Roman Heinz
- 1976 – 1988: Dipl. Ing. Fritz Mayer
- 1988 – 1993: Arnulf Häfele
- 1993 – 1995: Karl Falschlunger
- 1995 – 1999: Elmar Mayer
- 1999 – 2003: Manfred Lackner
- ab 2003: Dr. Elke Sader

2. Landesparteisekretäre und Landesgeschäftsführer seit 1945:

- 1946 – 1949: Felix Mertl
- 1949: Wilhelm Keller
- 1949 – 1951: Friedrich Schmitt
- 1951 – 1953: Gottfried Klien
- 1953 – 1965: Paul Peter
- 1965: Anton Mayrhauser
- 1965 – 1972: Ernst Winder
- 1972 – 1974: Günther Dietrich
- 1974 – 1977: Ernst Winder
- 1977 – 1983: Günther Dietrich
- 1983 – 1985: Erich Morscher
- 1985 – 1988: Franz Plavec
- 1988 – 1996: Hanno Schuster
- 1996 – 1997: Herbert Pfanner

1997 – 1999 : Mag. Stefan Brinskele

2000-2001: Mag. Rudolf Längle

2001: Herbert Pfanner

2002 – 2004: Thomas Boss

2004: Mag. Gerhard Kilga

2004 – 2005: Herbert Pfanner

3. SPÖ – Landesräte bis 1974:

– Jakob Bertsch: 1945 – 1957

– Josef Schoder: 1957 – 1972

– Hermann Stecher: 1969 – 1970

– Walter Peter: 1970 – 1972

– Ernst Winder: 1972 – 1974

4. SPÖ – Nationalräte seit 1945:

– Anton Linder: 1945 – 1949

– Hans Draxler: 1949 – 1953

– Franz Katzengruber: 1953 – 1966

– Ernst Haselwanter: 1959 – 1965

– Roman Heinz: 1965 – 1983

– Leonhard Treichl: 1971 – 1983

– Helmut Wolf: 1983 – 1994

– Günther Dietrich: 1983 – 1994

– Mag. Herbert Bösch: 1994 – 1996

– Elisabeth Märk: 1995 – 1996

– Manfred Lackner: seit 1996

5. SPÖ – Bundesräte seit 1945:

– Franz Mellich: 1945 – 1949

– Anton Mayrhauser: 1954 – 1969

- Viktor Schwarzmann: 1969 – 1974
- Walter Bösch: 1974 – 1989
- Mag. Herbert Bösch: 1989 – 1994
- Ing. Reinhold Einwallner ab 2004

6. SPÖ – Landtagsabgeordnete seit 1945:

- Jakob Bertsch: 1945 – 1957
- Hans Draxler: 1945 – 1949
- Gebhard Grabher: 1945 – 1948 und 1953 – 1954
- Josef Greußing: 1945 – 1969
- Franz Katzengruber: 1945 – 1953
- Michael Nagele: 1945 – 1954
- Karl Würbel: 1945 – 1949
- Hans Ciresa: 1948 – 1949
- Walter Peter: 1954 – 1972
- Josef Diem: 1954 – 1962
- Alois Hammer: 1954 – 1964
- Franz Zoller: 1954 – 1969
- Pius Moosbrugger: 1954 – 1964
- Karl Graf: 1957 – 1974
- Josef Schoder: 1959 – 1969
- Franz Kielwein: 1959 – 1969
- Anna Mayr: 1959 – 1966
- Paul Peter: 1962 – 1965 (ab 1965 fraktionslos, dann zur FPÖ)
- Elmar Steurer: 1964 – 1976
- Bernhard Vogel: 1964 – 1974
- Viktor Schwarzmann: 1966 – 1974
- Franz Lanik: 1969 – 1979
- Mag. Norbert Neururer: 1969 – 1980
- Karl Falschlunger: 1969 – 1995

- Hermann Stecher: 1969 – 1979
- Ernst Winder: 1969 – 1971 und 1974 – 1989
(ab 1989 – 1991 „wilder Abgeordneter“)
- Fritz Mayer: 1972 – 1987
- Günther Dietrich: 1974 – 1983
- Arnulf Häfele: 1974 – 1999
- Dr. Günther Keckeis: 1974 – 2004
- Mag. Peter Spannring: 1976 – 1987
- Johanna Langanger: 1979 – 1994
- Helmut Wolf: 1979 – 1983
- Alwin Riedmann: 1980 – 1984
- Fritz Rudigier: 1983 – 1989
- Elmar Mayer: 1984 – heute
- Wilhelm Pröckl: 1987 – 1994
- Dr. Gerhard Zechner: 1994 – 1999
- Helmut Zimmermann: 1994 – 2001
- Angelika Fußenegger: 1995 – 1999
- Dr. Elke Sader: 1999 – heute
- Olga Pircher: 2001 – heute
- Marisa Polanec: 1999 – 2004
- Michael Ritsch :ab 2004
- Werner Posch: ab 2004
- Leopold Berthold: ab 2004

7. SPÖ – Landtagsklubvorsitzende seit 1945:

- Josef Bertsch: 1945 -1957
- Josef Schoder: 1957 – 1969
- Walter Peter: 1969 – 1970
- Karl Graf: 1970 – 1974
- Ernst Winder: 1974 – 1989

- Elmar Mayer: 1989 – 1992
- Dr. Arnulf Häfele: 1992 – 1993
- Karl Falschlunger: 1993 – 1995
- Angelika Fußenegger: 1995 – 1999
- Dr. Günther Keckeis: 1999 – 2004
- Dr. Elke Sader: ab 2004

EU-Abgeordneter:

Seit 1995: Mag. Herbert Bösch

8. Ortschaften mit Langzeit – SPÖ – Bürgermeistern in Vorarlberg:

- **Bludenz:** 1970 – 1983: Hermann Stecher
1983 – 1995: Heinz Wiedemann
- **Bludesch:** 1975 – 1985: Josef Wehinger
- **Bregenz:** 1970 – 1988: Fritz Mayer
- **Bürs:** 1955 – 1959: Ludwig Säly
1959 – 1971: Elmar Steurer
1971 – 1988: Willi Plangg
seit 1988: Herbert Zimmermann
- **Hard:** 1947 – 1950 Kölbl 1950-1954: Josef Blenk
- **St.Gallenkirch:** seit 1985: Fritz Rudigier
seit 2005: Arno Salzmann
- **Schlins:** 1991 – 1995: Karl Heinz Galehr

9. SPÖ – Landtags- und Nationalratswahlergebnisse seit 1945:

Landtagswahlen:

1945: 19 016 – 27,32 %	1949: 19 293 – 19,14 %	1954: 27 357 – 25,96 %
1959: 34 607 – 29,32 %	1964: 38 302 – 29,52 %	1969: 38 742 – 27,76 %
1974: 40 498 – 27,65 %	1979: 46 800 – 29,01 %	1984: 41 366 – 23,98 %
1989: 37 914 – 21,29 %	1994: 30 321 – 16,24 %	1999: 24 844 – 12,99%
2004: 24 609 – 16,87%		

Nationalratswahlen:

1945: 19 197 – 27,55 %	1949: 19 262 – 18,91 %	1953: 24 531 – 22,65 %
1956: 31 271 – 26,76 %	1959: 36 834 – 30,06 %	1962: 36 459 – 29,23 %
1966: 30 768 – 22,18 %	1970: 45 347 – 31,07 %	1971: 53 265 – 36,64 %
1975: 54 750 – 35,94 %	1979: 54 739 – 33,45 %	1983: 47 434 – 27,52 %
1986: 46 223 – 25,71 %	1990: 54 333 – 28,85 %	1994: 32 004 – 21,28 %
1995: 40 598 – 23,15 %	1999: 30 668 – 18,16%	2002: 39 590 – 20,06%

EU-Wahlen:

1996: 18 138 – 13,87%	1999: 19 824 – 19,77%	2004: 16 296 – 18,57%
-----------------------	-----------------------	-----------------------

